

23. Jahrgang

**Nr. 3**

September/Oktober 2012

# Sozialimpulse

**Rundbrief**

**Dreigliederung  
des sozialen  
Organismus**

**Euro(pa)-Krise und  
die Frage nach Lösungen**

**Philosophie der Freiheit  
und Nationalökonomischer Kurs**

**Neue Medien -  
Gefahren und Möglichkeiten**

**Europa und das  
US-Präsidentschaftsrennen**

**Berichte,  
Initiativen, Termine**

Herausgegeben von der  
Initiative Netzwerk Dreigliederung

# Inhalt

**Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens**  
(Hans-Jörg Barzen) \_\_\_\_\_ 3

**Euro(pa)-Krise - ausweglos?**  
**Die aktuelle Situation und die Frage nach den Lösungen (Eurobonds, Vollgeld?)**  
(Verschiedene Beiträge,  
Zusammenfassung Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 5

**Philosophie der Freiheit und Nationalökonomischer Kurs**  
(Nach Udo Herrmannstorfer von Jürgen Sust) \_\_\_\_\_ 17

**Neue Medien - Gefahren und Möglichkeiten**  
(Verschiedene Beiträge,  
Zusammenfassung Christoph Strawe) \_\_\_\_\_ 20

**Europa und das US-Präsidentenrennen zwischen Obama und Romney. Aspekte der „Post-Empire“-Depression des Westens**  
(Roland Benedikter) \_\_\_\_\_ 26

**Berichte, Initiativen, Termine**  
Hunderttausende demonstrieren für soziale Gerechtigkeit \_\_\_\_\_ 42  
Alternativer Nobelpreis 2012 \_\_\_\_\_ 42  
Bericht: Ausnahmezustand in Karlsruhe. Zum ESM-Urteil des BVerfG (Roman Huber) \_\_\_\_\_ 42  
25 Jahre für die Volksabstimmung unterwegs (Omnibus für direkte Demokratie) \_\_\_\_\_ 43  
Hessnatur will kritische Kunden verklagen \_\_\_\_\_ 44  
Stellungnahme von Andreas Schurack und Johannes Mosmann \_\_\_\_\_ 45  
Aktionaufruf gegen Nahrungsmittelspekulation \_\_\_\_\_ 47  
Studienkreis zum „NÖK“ (Stefan Padberg) \_\_\_\_\_ 48  
Ausbildung Sozialökonomie \_\_\_\_\_ 48  
Weltkongress zum Grundeinkommen (Ronald Blaschke) \_\_\_\_\_ 48

**Literaturhinweise**  
Neue Bücher zum Bedingungslosen Grundeinkommen \_\_\_\_\_ 49  
Helmut Creutz: Das Geldsyndrom \_\_\_\_\_ 50

**Netzwerk-Treffen** \_\_\_\_\_ 51  
**Leserpost** \_\_\_\_\_ 51

**Seminar „Wertschöpfung“ und andere Veranstaltungen 2012/13** \_\_\_\_\_ 52

# Editorial

Dieses Heft kommt leider aufgrund unvorhersehbarer Zusatzbelastungen des Redakteurs später als geplant, und somit als „September/Oktober“-Nummer. Ich bitte um Verständnis!

Die Krise im Euro-Raum und die Entwicklung der neuen Medien sind zwei der Schwerpunkte dieser Ausgabe. Das Medienthema hat für uns auch praktische Bedeutung: Für unsere Dreigliederungs-Öffentlichkeitsarbeit ist nicht nur das Printmedium „Sozialimpulse“, sondern auch unsere Webpräsenz wichtig. Ihre Gestaltung entsprach schon seit längerem nicht mehr den Erfordernissen. Seit dem 18. Juli ist [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de) nun in neuer und frischerer Aufmachung freigeschaltet. Diesen „Relaunch“ haben wir gemeinsam mit Stefan Padberg realisiert, der u.a. auch die Internetauftritte von Mehr Demokratie e.V. und des OMNIBUS für direkte Demokratie gestaltet hat. Ihm gilt unser Dank.

Auch der Newsletter wurde überarbeitet. In Zukunft wollen wir als neue Instrumente der Dreigliederungskommunikation auch Videos, etwa mit Veranstaltungsausschnitten, Interviews und Gesprächsaufzeichnungen über Zeitfragen einsetzen. Im Rahmen unseres Projekts „Neue Medien“ wird sich auch klären, in welchem Umfang wir die sozialen Netzwerke nutzen können. Klar ist uns aber auch: *Ein* Medium ersetzt nicht einfach alle anderen. Die Zeitschrift bleibt wichtig, und wir dürfen nicht nachlassen, an ihrer Verbesserung zu arbeiten. Und: *Kein* Medium ersetzt unmittelbare Begegnung und Gespräch. Daher werden wir auch weiterhin Treffen, Seminare und Kolloquia anbieten und freuen uns auf viele Begegnungen mit Ihnen.

Einen weiteres großes Dankeschön gilt es auszusprechen. Seit dem Jahr 2002 hat Prof. Dr. Hellmut Fischmeister (Graz) die Redaktion als Lektoratsberater begleitet. Seine große Kompetenz und Gewissenhaftigkeit, sein feines Sprachgefühl und sein Gespür für das Wesentliche war mir in dieser Zeit eine unschätzbare Hilfe. Dass ein bedeutender und allseits geschätzter Physiker wie er, aus seinem großen Engagement für die Sache der Dreigliederung heraus diese Last auf sich genommen hat, habe ich immer als ein ganz besonderes Geschenk empfunden. Jetzt lässt das Alter und die Gesundheit eine Fortsetzung dieser Tätigkeit nicht mehr zu. Mit der Entlastung von seinen Aufgaben verbindet sich unser Dank an ihn: Er kommt von ganzem Herzen!

Ihr  


# Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: [netzwerk@sozialimpulse.de](mailto:netzwerk@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de). ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Redaktions- und Vertriebsassistentz: Hans-Jörg Barzen, Simmozheim. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abg) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

# Notiert - Brennpunkte des Zeitgeschehens

23. Juni bis 2. Oktober 2012

*Hans-Jörg Barzen*

## Deutschland

Torsten Albig (SPD) wird zum neuen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein gewählt +++ bundesweite Razzia bei Salafisten +++ dritte Startbahn des Münchner Flughafens per Volksentscheid abgelehnt +++ Bundesverfassungsgericht veranlasst umfassende Informationspflicht des Bundestags über wichtige europäische Entscheidungen +++ Bundesverfassungsschutz vernichtet nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie wichtige Unterlagen +++ Opposition wertet die Einführung des ESM als kompletten Strategiewechsel der Bundesregierung weg von dem strikten Sparkurs, der die Krise der Bundesregierung verschärft hatte +++ 2013 soll der Bund etwa 19 Milliarden neue Schulden aufnehmen +++ Hauptstadtflughafen BER soll nun 1,1 Milliarden Euro mehr kosten +++ Kompromiss bei Kürzung der Solarförderung. Sie bleibt mit Einschränkungen bestehen +++ Die Praxisgebühr und der damit verbundene bürokratische Aufwand bleiben bestehen +++ Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz tritt wegen der Pannen bei der NSU-Affe zurück +++ Das ehemalige RAF-Mitglied Verena Blücher wird zu vier Jahren Haft verurteilt +++ Als Folge der NSU-Affäre wird eine zentrale Datei über gewaltbereite Neonazis eingerichtet +++ Die Zahl der Verkehrstoten steigt erstmals seit 20 Jahren +++ Anhebung der Zuwendungen für Asylbewerber von 224 auf 336 Euro monatlich +++ In Berlin demonstrieren 900 Menschen gegen die negative Veränderung der Sozialstruktur von Stadtvierteln („Gentrifizierung“) +++ Karstadt will bis Ende 2014 2000 Stellen abbauen +++ Versandhändler Neckermann ist pleite +++ Auch das Innenministerium vernichtet nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie wichtige Unterlagen +++ Die insolvente Drogerie-Kette Schlecker ist mit mehr als 1 Milliarde Euro verschuldet +++ Zentrale Vorschriften des Wahlrechts sind verfassungswidrig, vor allem das System der Überhangmandate. Das besagt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts +++ Ein Sänger bei den Richard-Wagner-Festspielen in Bayreuth verzichtet wegen eines Hakenkreuz-Tatoos auf seinen Auftritt +++ Banken tätigten weiterhin hochriskante Geschäfte, für deren Folgen sie nicht haften wollen, kritisiert der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel +++ Arbeitsverbot für Asylbewerber gelockert +++ Deutsche Steuerbehörden kaufen erneut Steuerhinterziehungs-CDs aus der Schweiz +++ Das Bundesfinanzministerium stellt

sich gegen die steuerrechtliche Gleichstellung homosexuelle Lebenspartnerschaften +++ Verschärfung von Kontrollen bei der Vergabe von Organen aufgrund des Organspendeskandals in Göttingen +++ Vertreter von Bund und Ländern einigen sich auf ein Rettungspaket für die Betriebsgesellschaft des Berliner Hauptstadtflughafens BER +++ Der Bundesgerichtshof erleichtert die Verfolgung von Rechtsverletzungen im Internet +++ 1000 Menschen bei friedlicher Demonstration in Berlin gegen die rechtspopulistische Partei Pro Deutschland +++ Das katholische Hilfswerk Misereor fordert wegen der weltweit steigenden Lebensmittelpreise die komplette Abschaffung des Biosprits E10 +++ Hitzerekorde überall +++ Annette Schavan zieht sich aus CDU-Spitze zurück +++ kein Schadenersatz bei streikbedingten Flugausfällen +++ Deutsche Wirtschaft bleibt trotz EU-Krise stabil +++ Auch die Welthungerhilfe will E10 stoppen +++ Es kommt ans Licht, das weißrussische Sicherheitskräfte von Deutschen ausgebildet und mit Technik ausgerüstet werden +++ Flugbegleiter der Lufthansa bestreiken acht Stunden den Flughafen Frankfurt +++ Bundestag stimmt dem europäischen Fiskalpakt und dem dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM zu +++ Klagen gegen ESM und Fiskalpakt beim Bundesverfassungsgericht +++ Protest zahlreicher Wirtschaftswissenschaftler gegen Bankenrettung +++ Ermittlungsverfahren gegen Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) wegen Untreue beim Kauf der EnBW-Aktien +++ Contergan-Hersteller Grünenthal entschuldigt sich erstmals bei seinen Opfern +++ Grüne beschließen Urwahl des Spitzenduos, bislang gibt es sechs Kandidaten +++ Bundesverfassungsgericht macht Auflagen für die Inkraftsetzung des ESM +++ Die SPD nominiert vorfristig den Ex-Finanzminister Peer Steinbrück als Kanzlerkandidaten. Steinbrück war zuvor mit neuen Vorschlägen Papier zur Regulierung von Banken und Finanzmärkten hervorgetreten

## Welt

G-20-Gipfel spricht sich gegen Hemmnisse im Welthandel, für eine Bankenunion in Europa und eine Produktionssteigerung von Nahrungsmitteln aus +++ François Hollande (französische Linke) wird im zweiten Wahlgang mit absoluter Mehrheit zum Präsidenten Frankreichs gewählt +++ Der Oberste US-Gerichtshof bestätigt Gesundheitsreform von Präsident Obama +++ Nach Abschuss eines Kampffjets schaltet Türkei Nato in den Syrien-Konflikt ein +++ Mohammed Mursi (Muslimbruderschaft) gewinnt die ägyptischen Präsidentschaftswahl +++ Syrien bezeichnet den Abschuss des türkischen Kampfflugzeugs als Versehen +++ Erneut Todesopfer im Konflikt zwischen Israel und militanten Palästinensern im Gazastreifen +++ Der ägyptische Präsident Mursi will alle internationalen Verträge seines Landes achten +++ Zypern und Spanien beantragen Finanzhilfen beim Euro-Rettungsfonds +++ NATO

verurteilt den Abschuss des Kampffjets +++ UN verlangt mehr Hilfe für syrische Flüchtlinge +++ Islamische Fanatiker zerstören jahrhundertealte Heiligengräber in der Wüstenstadt Timbuktu +++ EU-Parlament stoppt vorerst umstrittenes Acta-Abkommen +++ Syrien-Konferenz in Genf verständigt sich auf Grundzüge einer Übergangsregierung +++ Zypern übernimmt EU-Ratspräsidentschaft +++ Durchsuchungen bei Frankreichs Ex-Präsident Sarkozy wegen illegaler Wahlkampf-Finanzierung +++ Physiker am Teilchenbeschleuniger Cern meinen den letzten Baustein des Universums (Higgs-Boson) gefunden zu haben +++ Freie Parlamentswahl in Libyen +++ Ägyptisches Parlament tagt gegen den Willen von Militärtrat von Verfassungsgericht +++ Hilfslieferungen der USA an Kuba +++ Schweres Massaker in Syrien +++ Präsident Mursi kündigt Neuwahlen in Ägypten an +++ EU will Spanien mit 100 Milliarden Euro helfen +++ EU-Kommission beschließt neue CO2-Grenzwerte für Autos ab 2020 +++ Bundesregierung kritisiert russisches Gesetz gegen Nicht-Regierungsorganisationen +++ Mehrere enge Vertraute des syrischen Machthabers Assad sterben bei Bombenanschlag +++ Attentat auf israelische Urlauber in Bulgarien +++ Amokläufer tötet bei der Premiere eines Batman-Films in den USA zwölf Menschen +++ 97-jähriger NS-Kriegsverbrecher in Ungarn festgenommen +++ Gegenoffensive des syrischen Militärs gegen Rebellen +++ FDP-Vorsitzender Rösler zweifelt an der Reformfähigkeit Griechenlands +++ Norwegen gedenkt der Opfer des Breivik-Anschlags vor einem Jahr +++ 19. internationale Aids-Konferenz in Washington +++ Der früherer Finanzminister Mukherjee ist neuer indischer Staatspräsident +++ Viele Tote bei Anschlagsserie im Irak +++ Beginn der Olympische Spiele in London +++ Ägyptische Armee bekämpft Extremisten auf der Sinai-Halbinsel +++ Nasa-Roboter Curiosity auf dem Mars gelandet +++ Syrische Armee kontrolliert wieder gesamte Hauptstadt Damaskus +++ CDU und FDP attackierten EZB-Chef Draghi wegen der Bereitschaft zu massivem Ankauf von Staatsanleihen bei Euro-Krisenländern +++ Troika internationaler Geldgeber äußert sich positiv über griechische Sparbemühungen +++ Terroranschlag auf Sikh-Tempel in den USA +++ Syrischer Regierungschef Hidschab läuft zur Opposition über +++ Heftige Kämpfe in der syrischen Stadt Aleppo +++ Höchststrafe von 21 Jahren Gefängnis für den norwegischen Massenmörder Breivik +++ Obduktion der Leiche des früheren Palästinenserpräsidenten Jassir Arafat wegen möglicher Polonium-Vergiftung +++ Indonesien will 100 Leopard-2-Kampfpanzer kaufen +++ In China soll im November auf dem Parteitag eine neue jüngere Führung etabliert werde. Anzeichen deuten auf Machtkämpfe im Vorfeld hinter den Kulissen hin: So wird der Spitzenfunktionär Bo Xilai abgesetzt, seiner Frau war bereits vorher der Prozess gemacht worden +++ Letzte UN-Beobachter wegen anhaltender Gewalt aus Syrien abgezogen +++ Wikileaks-Gründer Assange fordert Ende der Verfolgung der Enthüllungsplattform +++ Russ-

land stellt sich erneut hinter das Assad-Regime +++ Bundeskanzlerin Merkel spricht sich gegen Austritt Griechenlands aus dem Euro aus +++ Mitt Romney wird Präsidentschaftskandidat der US-Republikaner. Verschiedene Pannen werfen ihn in seinem Wahlkampf zunächst zurück. So zeigt ein geheimer Video-Mitschnitt eine Äußerung des Bewerbers vor Sponsoren, nach der 47 Prozent der US-Amerikaner Schmarotzer seien, auf die sowieso nicht zu zählen sei +++ Der deutsche Außenminister Westerwelle lobt Syrien-Plan der Oppositionsgruppen +++ Beginn der Paralympics in London +++ Erstmals mehr als 18 Millionen Arbeitslose in der Eurozone +++ EU-Parlamentspräsident Schulz will Sonder-Wirtschaftszonen in Griechenland als Anreiz für Investoren +++ Jordanien braucht Millionen-Hilfe für syrische Flüchtlinge +++ Engere Zusammenarbeit zwischen Iran und Nordkorea +++ Gewaltsame Protesten gegen westliche Botschaften islamischer Länder nach Veröffentlichung von islamfeindlichem Film aus den USA +++ Japan steigt bis 2030 aus Atomkraft aus +++ Foltervideos aus georgischen Gefängnissen +++ Tote bei schwerem Feuergefecht an der israelisch-ägyptischen Grenze + Bei einem ersten TV-Duell zwischen Herausforderer Mitt Romney und US-Präsident Barack Obama kann der erstere überraschender Weise punkten +++

### Stand des Kostenausgleichs

Bis 30. 9. 2012 sind für Rundbrief und weiteren Kostenausgleich rund EUR 30.600 bei uns eingegangen. Offen sind noch EUR 6.400. Wir danken allen, die beigetragen haben, und bitten um weitere Kostenausgleichsbeiträge.

# Euro(pa)- Krise - ausweglos?

## Die aktuelle Situation und die Frage nach den Lösungen

**Verschiedene Beiträge,  
Zusammenfassung  
Christoph Strawe**

*Seit Jahren hören wir nun „Krise, Krise, Krise“. Angesichts immer neuer Milliardensummen und immer weiterer Rettungsschirme mit immer neuen Namen, verzweifelt so mancher und will am liebsten nichts mehr von alledem hören, weil „alles undurchschaubar ist und man ja doch nichts machen kann“. Wer sich nicht auf diese Weise lähmen lassen will, muss in zwei Richtungen Fragen stellen: Wie und aus welchen Ursachen hat sich die Krise entwickelt? Wo liegen realistische Lösungsansätze, für die es sich einzusetzen lohnt. Der vorliegende versucht einiges in dieser Richtung gehende zusammenzufassen. Dieser Überblick stützt sich vor allem auf verschiedene Beiträge, die Harald Spehl und Udo Herrmannstorfer bei Seminaren über die Finanz- und Staatsverschuldungskrise und die Wege zu einer neuen Geld- und Wirtschaftsordnung in den Jahren 2010 - 2012 gehalten haben (vgl. die Fußnoten). Ferner auf verschiedene Gespräche, die der Autor mit DreigliederungsfreundInnen zum Thema geführt hat - so jüngst mit Ingrid Lotze.*

### A. Entwicklung einer Krise<sup>1</sup>

Erinnern wir uns: Jahrelang haben US-Hypothekenbanken Kredite ohne entsprechende Sicherheiten gegeben. Da Kreditnehmer sich auf die Wertsteigerung der Häuser verließen, stiegen Nachfrage und Preise. Mit sich erhöhenden Kreditzinsen platzte die

Blase, immer mehr Kreditnehmer konnten nun nicht mehr zurückzahlen.

Dieses Problem greift 2007 schlagartig von den USA auf die globale Wirtschaft über. Die Kreditrisiken sind nämlich gebündelt, in handelbare Wertpapiere umgeformt und über die ganze Welt gestreut wurden - auch Dank großzügig vergebener Gütebescheinigungen der Ratingagenturen für die Papiere. Diese entwerten sich nun - und bei den Banken in aller Welt, die sie in großen Mengen hielten, entsteht ein gewaltiger Abschreibungsbedarf. Einige Banken werden mit Steuermitteln vor dem drohenden Zusammenbruch gerettet.

2008 geraten weitere große Banken besonders in USA ins Trudeln, von denen einige wiederum „gerettet“ werden. Als man dann die Investmentbank Lehman Brothers pleite gehen lässt, kommt es zur massiven Verschärfung der Krise: Der Interbankenverkehr kommt in großem Ausmaß zum Erliegen, da sich die Banken gegenseitig nicht mehr trauen und nicht mehr beleihen. Daher fluten die Zentralbanken die Märkte vermehrt mit Geld: die Banken versorgen sich zeitweise fast nur noch unmittelbar bei den Zentralbanken.

Die meisten Industrieländer beschließen, Abermilliarden zur Rettung des Bankensystems einzusetzen. Man glaubt, keine „systemrelevanten“ Banken mehr scheitern lassen zu dürfen, sie seien einfach „too big to fail“ In Deutschland umfasst das „Rettungspaket“ 480 Milliarden Euro, d.h. es werden Mittel bis zu dieser Höhe für Beteiligungskapital und Kreditbürgschaften zur Verfügung gestellt.

2009 wächst die Finanzkrise in eine Krise der Realwirtschaft hinüber. Produktionseinbrüche und mit ihnen wachsende Arbeitslosigkeit gibt es besonders in der Autoindustrie. Aber auch in anderen Branchen steigt die Zahl der Insolvenzen. Deutschland kommt, nicht zuletzt durch den Einsatz des Instruments der Kurzarbeit, dabei noch einigermaßen gut davon. In vielen Ländern werden Konjunkturpakete geschnürt.

2010 wächst die Krise schließlich in eine Staatsschuldenkrise hinüber, denn die genannten finanziellen Engagements vergrößern gleichzeitig auch die bereits früher entstandenen Verschuldungsprobleme. Angesichts einer für 2010 prognostizierten Neuverschuldung in der EU von knapp 900 Mrd. Euro, beschließen viele Länder Sparprogramme, die - da sie ins soziale Netz einschneiden - Proteste in Teilen der Bevölkerung auslösen. In Deutschland wurde bereits 2009 eine sogenannte Schuldenbremse beschlossen und das Grundgesetz dafür geändert.

In Europa - obwohl die Gesamtverschuldung dort deutlich niedriger ist als in den USA - bekommt diese Problematik eine besondere Relevanz angesichts der Tatsache, dass es sich formal um eine Gemeinschaft souveräner Staaten handelt, von denen eine Reihe in einer Währungsunion verbunden sind. Im Frühjahr 2010 erklärt das Euro-Land Griechenland, dass es ohne EU-Hilfe zahlungsunfähig sei, Irland hat sich

<sup>1</sup> Vgl. Herrmannstorfer/Spehl: Wie sicher ist unser Geld? Sozialimpulse Heft 2/2008. Und: Vgl. Wirtschaft und Schule, Das Lehrerportal der INSM, <http://www.wirtschaftundschule.de/aktuelle-themen/globalisierung-europa/schuldenkrise-der-euro-laender/>, besucht am 26.9.2012.

## Kleines Vokabular der „Euro-Rettung“

### Europäischer Krisenfonds EFSF

Der EFSF wurde 2010 in großer Eile eingerichtet. Er soll bis 2013 neue Finanzhilfen ausgeben können.

### Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Dieser ist dauerhaft angelegt und soll den ESM ablösen. Der ESM sollte eigentlich erst Juli 2013 bereit sein. Jedoch zog man den Termin zwecks „Beruhigung der Märkte“ um 1 Jahr vor (auf 1. Juli 2012). Diesen Zeitplan brachte die Klage vor dem BVG durcheinander.

„Die Euro-Länder geben für den ESM Garantien über 620 Milliarden und zahlen 80 Milliarden Euro in bar ein. Der Kapitalstock soll das Vertrauen von Investoren und Ratingagenturen sichern. Von den 700 Milliarden kann der ESM wegen nötiger Sicherheitsrücklagen 500 Milliarden einsetzen. Deutschland muss knapp 22 Milliarden Euro in bar - verteilt auf mehrere Tranchen - überweisen und übernimmt Garantien in Höhe von 168 Milliarden.“

### Fiskalpakt

Dieser Vertrag wurde am 2. März 2012 in Brüssel von allen EU-Staaten mit Ausnahme von Großbritannien und Tschechien unterschrieben. Die unterzeichneten Staaten verpflichten sich darin zu strengerer Haushaltsdisziplin. „Das konjunkturabhängige strukturelle Defizit darf fortan die Grenze von 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Bislang liegt diese bei 1,0 Prozent. Zudem sollen die Unterzeichner nach dem Vorbild Deutschlands eine verpflichtende Schuldenbremse im nationalen Recht verankern.“

Verstöße ziehen automatisch Strafverfahren nach sich, diese können nur durch einen ausdrücklichen Mehrheitsentscheid der Unterzeichnerstaaten gestoppt werden. Wer keine Schuldenbremse im nationalen Recht verankert, kann vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt und mit einer „Geldbuße von bis zu 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung“ belegt werden. Hilfszahlungen aus dem ESM sind von der Einhaltung des Fiskalpakts abhängig. Der Vertrag soll am 1.1.2013 in Kraft treten, dafür müssen ihn aber „mindestens zwölf Euro-Länder ratifizieren“.

(Nach <http://www.n-tv.de/politik/Was-ESM-und-Fiskalpakt-leisten-article7198396.html>, dort auch die wörtlichen Zitate.)

durch die Milliardengarantien für seine Banken übernommen. Für Griechenland wird von der EU ein „Rettungsschirm“ aufgespannt.

2011 eskaliert die Entwicklung. Betroffen sind nun auch Portugal, Spanien und sogar Italien. Der „Druck der Finanzmärkte“ steigt, einfacher gesagt: Die Anleger verlangen für Staatsanleihen aus diesen Ländern immer höhere Zinsen, was mit dem gestiegenen Risiko begründet wird. Die Europäische Zentralbank beginnt, zur Kursstützung Staatsanleihen dieser Länder aufzukaufen. Denn die auf EU-Ebene bzw. auf der Ebene der Eurogruppe beschlossenen Maßnahmen erreichen nicht die für eine Spanien- und Italienhilfe nötigen Dimensionen.

Auf einem Krisengipfel in Brüssel vereinbaren die Euro-Länder für Griechenland einen „Schuldenchnitt“ von 50%. - Außerdem soll der Rettungsschirm EFSF auf rund 1 Billion Euro ‚gehebelt‘ werden. Auf einem weiteren Gipfel wird beschlossen, dass 17 Euro-Länder sowie sechs weitere EU-Staaten bis März 2012 einen separaten Vertrag aushandeln, der durch nationale Schuldenbremsen und automatische Sanktionen gegen Defizitsünder solides Haushalten gewährleistet - den sogenannten Fiskalpakt. Außerdem soll der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM), der ursprünglich Mitte 2013 den Rettungsfonds EFSF ablösen sollte, auf Mitte 2012 vorgezogen werden.“<sup>2</sup>

Die von der sog. Troika (EU-Kommission, IWF und EZB) geforderten weiteren Sparmaßnahmen - ohne die es keine Hilfskredite geben soll - führen zum Rückgang der Binnennachfrage und zu enormer Arbeitslosigkeit. Die soziale Not treibt immer mehr Menschen auf die Straße. Bei Wahlen und Neuwahlen gewinnen in Griechenland die Gegner der Rotstiftpolitik hinzu, dennoch können die Befürworter des Sparkurses eine neue Regierung bilden. Spanien gerät nach dem Platzen seiner Immobilienblase und ihren Folgen für den Banksektor in immer weitere Kalamitäten, der „Druck“ der Finanzmärkte auf das Land wächst. Die Euro-Länder stellen für das Land ein 100-Mrd.-Hilfsprogramm zusammen.

Die öffentliche Debatte wird leidenschaftlich geführt: Warnungen vor dem Zerfall der Euro-Zone auf der einen Seite und Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Euro (Tilo Sarrazin u.a.) bzw. dem Austritt einiger oder aller Südländer bzw. der Einführung eines Nord- und eines Süd-Euro (Olaf Henkel) auf der anderen Seite stehen sich gegenüber.

In der gegenwärtigen Krisendebatte werden in mancher Hinsicht Positionen wiederholt, die schon vor Einführung des Euro vertreten worden. Damals sagten einige den Zerfall der Währungsstabilität voraus und hätten am liebsten die Währungsunion verhindert. Anderen dagegen konnte es gar nicht schnell genug gehen - und

<sup>2</sup> Vgl. Wirtschaft und Schule, a.a.O.

man vernachlässigte dabei die Schaffung notwendiger Rahmenbedingungen. So stellte man auch die schöngerechneten Bilanzen Griechenlands nicht infrage, obwohl das Land beim Beitritt offensichtlich die Kriterien dafür nicht erfüllte. Auch heute noch sehen einige in der Euro-Einführung dämonische Kräfte am Werk, während andere alle Euro-Kritiker in die Ecke nationalistischer Hinterwälder zu stellen versuchen. Dagegen bewahrheitet sich die in dieser Zeitschrift damals bezogene Position, dass der Euro nicht an sich ein Problem darstelle; dass jedoch die Schaffung einer Währungsunion Folgen haben werde, die sehr weit gehen würden, da es sich mitnichten um den bloßen Austausch von Geldscheinen handele. Die Einführung des Euro werde die sozialen Verhältnisse in den verschiedenen Regionen Europas in eine unmittelbare Vergleichbarkeit bringen, – und damit den Druck auf das „Soziale“ verstärken.

Es ist auffällig, dass die Forderungen in beiden Richtungen notwendig einen Sog zur Änderung des Status quo erzeugen: Für diejenigen, die im Euro an sich eher ein Unglück sehen, bleibt am Ende nur ein Europa übrig, das eine Art erweiterte Zollunion darstellt. Für die anderen ziehen die vorgeschlagenen Maßnahmen notwendig eine weitere Reform der EU bzw. zunächst einmal der Euro-Gruppe nach sich, die im Sinne eines Mehr an Zentralisierung und eines Weniger an Souveränität der Einzelstaaten und an Subsidiarität vor sich gehen muss. Die Fiskalunion ist nur der Einstieg, letztlich soll der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa führen. Bei den gegebenen Strukturen innerhalb der EU ist diese Entwicklung mit der Gefahr eines Verlustes an Demokratie und Freiheit verbunden, der sich heute bereits in der Art und Weise zeigt, wie die Regierung an den Parlamenten vorbei Europapolitik zu machen versuchen und die Euro-Krise „managen“.

Daran ändern auch die löblichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nichts, wie zuletzt diejenige zum ESFM, die der Regierung gewisse Regeln für Transparenz und Einbeziehung des Parlaments vorgibt.

Wir sehen also, dass die besonders lautstark vorgebrachten Vorschläge alle in einen gewissen Konflikt mit dem Bestehenden und gesetzlich bzw. vertraglich fixierten kommen. Der Maastricht-Vertrag von 1992 macht bekanntlich den Beitritt zur Euro-Zone nicht nur von der Erfüllung von Konvergenzkriterien (Schuldenstand < 60% des BIP, Neuverschuldung < 3% des BIP) vor, sondern enthält auch eine sog. No-Bail-Out-Klausel: sie bedeutet, dass bei einem drohenden Staatsbankrott nicht die anderen Länder einspringen dürfen.

Wichtige Vorschläge in der derzeitigen Diskussion kommen in dieser Hinsicht in Konflikt mit dem Bestehenden, was nichts über ihre Plausibilität aussagt:

Einer dieser Vorschläge ist der von Euro-Bonds. Das wären gemeinsame Staatsanleihen aller Euro-Länder (sozusagen Euroland-Schatzbriefe). Da sie von

allen Ländern garantiert würden, reduzierte sich das Risiko und damit die Zinsen. Für Länder, die derzeit fast keine Zinsen zahlen müssen wie Deutschland wäre das ein Solidarbeitrag, für schwache Länder ein Riesenerleichterung bei der Entschuldung. Der Euro-Raum würde zu einer Haftungsgemeinschaft.

Das führt zum Anreiz, munter neue Schulden zu machen, sagen die Gegner dieses Vorschlags. Denn die solide wirtschaftenden Länder müssten für die anderen mithaften, ohne deren Fiskalpolitik mitbestimmen zu können.

Ein weiterer Vorschlag besteht darin, dass der ESM mit einer Banklizenz versehen würde. Dadurch kann er sich bei der EZB wie eine Bank letztlich unbegrenzt Geld leihen. Wie? Er kauft die Staatsanleihen der Krisenländer auf und hinterlegt sie als Sicherheiten bei der EZB. Für die Sicherheiten leiht er Geld, um noch mehr Anleihen zu kaufen. „Unmöglich“ sagen die Gegner, das Risiko der Mithaftung steigt ins Unermessliche.

„Die EZB könnte in der Schuldenkrise das sein, was Ökonomen ‚lender of last resort‘ nennen, das heißt: Wenn alle anderen - Institutionen, Staaten, Investoren - ausfallen, ist die Notenbank der ‚Kreditgeber der letzten Instanz‘. Mit anderen Worten: Die EZB könnte ihre Schleusen öffnen und den Markt mit Geld fluten, indem sie die Staatsanleihen der Krisenländer aufkauft, um so die Zinsen zu drücken. Diese Art der Staatsfinanzierung ist in den USA gang und gäbe, der Europäischen Zentralbank aber nach eigener Satzung verboten. Gleichwohl, sagen Ökonomen, wäre dies die einzige wenigstens halbwegs saubere Lösung. [...] Weil nach einem bekannten Bonmot ‚die Hälfte der Wirtschaft/Börse Psychologie ist‘, erhofft man sich, dass die EZB letztlich gar nicht eingreifen muss - sondern dass allein die Ankündigung ausreicht und die Märkte beruhigt.“<sup>3</sup>

Darauf genau ist dann letztlich hinausgelaufen, als Mario Draghi ankündigte, die EZB werde in Zukunft Staatsanleihen kriselnder Euro-Staaten in unbegrenzter Höhe aufkaufen. Dem war eine entsprechende Entscheidung des EZB-Rates vorausgegangen, bei der nur die deutsche Vertreter Jens Weidmann dagegen stimmte. Voraussetzung für die Hilfe ist, dass sich die entsprechenden Länder zunächst unter den Euro-Rettungsschirm begeben und damit auch eine Kontrolle ihrer Haushaltspolitik bzw. die Umsetzung geforderter Strukturanpassungsprogramme zulassen.

## B. Krisenursachen und Lösungsrichtungen

Die Regierung Merkel hatte lange gezögert, Solidarlösungen verhindert und damit die Kosten der Krise noch in die Höhe schießen lassen. Der Versuch die deutsche Haftung auf ein Minimum zu beschrän-

<sup>3</sup> A.a.O.

ken, erwies sich dabei als Illusion. Die europäischen Partner waren dabei immer misstrauischer geworden, schließlich hatte sich mit den Präsidentschaftswahlen in Frankreich eine andere Linie durchgesetzt. Schadensbegrenzung war angesagt.

Generell ist festzustellen, dass die Argumentationen in der Krisen-debatte sich vielfach an der Oberfläche bewegen. Die Politik läuft den Ereignissen hinterher. Es rächt sich jetzt auch, dass die verschiedenen G-20 Konferenzen nach der Finanzkrise nur einen Bruchteil der dort diskutierten und propagierten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt haben und die Zockerei der Banken längst wie früher weitergeht.

Wo man so weit entfernt ist auch nur von einer Therapie, die die größten Erscheinungsformen der Krankheit bekämpft, nimmt es nicht Wunder, dass der Blick auf die Ursachen nach wie vor fast gänzlich unterbleibt. Eine wirkliche Diskussion über die Reform der Geldordnung, über die unterschiedlichen Rollen von Kauf-, Leih- und Schenkungsgeld sowie die nötigen strukturellen Folgerungen daraus findet nur in kleinen Kreisen mit geringem Einfluss statt. Ebenso hat die Krisendiskussion die Debatte über die Überwindung des Wachstumszwangs, die Bekämpfung einer Klimakatastrophe und die Lösung der vielfältigen anderen ökologischen Probleme erheblich zurückgeworfen. Auch die offensichtlich in Strukturen der Wirtschaftsordnung wurzelnden Mechanismen der Steigerung von sozialer Ungleichheit, wird nur sehr oberflächlich in den Blick genommen. Zum Beispiel werden die Umverteilungswirkungen des Zinseszinses kaum registriert.

Damit behaupte ich nicht, dass es einfache Lösungen gäbe und man nur an einer einzigen Schraube drehen müsse, um alle Probleme zu bewältigen. Ebenso wenig Sinn sehe ich in simplen Schuldzuweisungen. Die Uneinigkeit der Experten, ihre Hilflosigkeit, was belastbare Prognosen angeht, sind ein Symptom, dafür, woran es mangelt: an der Fähigkeit, die Ursachen in ihrer realen Komplexität zu verstehen.

Wir sahen bereits, dass nach den Euro-Konvergenzkriterien die Gesamtverschuldung (Schuldenquote geteilt durch das BIP<sup>4</sup>) in der EU 60% und die Nettoneuverschuldung 3% nicht übersteigen sollen. Im Moment liegt die Schuldenquote in den Euro-Ländern im Schnitt bei 83%, in Deutschland bei 70%, in Italien bei 100%, in Griechenland bei 160%. In den USA dagegen beträgt sie 98%, in Großbritannien 82%, und in Japan weit über 100%. Schon diese Zahlen zeigen, dass die Schuldenquote nicht das eigentliche ökonomische Problem Europas sein kann.

Schauen wir auf das Haushaltsdefizit: es beträgt in der Eurozone durchschnittlich 4,2% - und dieser Teil der Haushalte muss durch Neuverschuldung gedeckt werden. Auch hier steht die Eurozone besser da als die USA und Großbritannien (9,8% und 9,1%)

4 BIP = Privater Konsum + private Investitionen + Staatsausgaben + Exporte minus Importe (also die Summe der wirtschaftlichen Leistungen zu Marktpreisen).

Auch die Schuldenquote kann also auch nicht das entscheidende Problem sein.

Um noch einmal auf die Krise 2008 zurückzukommen: im Fall Lehman hatte man den Eindruck, es müsse aus ordnungspolitischen Gründen einer über die Klinge springen. Die Folgen waren indessen so erheblich, dass man sofort zurückzuckte: ein Gefühl wie bei der großen Wirtschaftskrise von 1929 stellte sich ein.

## Die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise 1929 und ihren Folgen

Man erinnerte sich an den zwischendurch fast vergessenen John Maynard Keynes und handelte entsprechend. Die Politik des New Deal der Dreißigerjahre war seinen Rezepten gefolgt. Er hatte gelehrt, dass Ausgabenkürzung der falsche Weg aus einer durch eine Finanzkrise ausgelösten Depression ist. Das Scheitern einer solchen Sparpolitik bei dem deutschen Reichskanzler Brüning hatte ihm Recht gegeben. Dass Sparen eine Tugend sei stimmt eben so nur für die schwäbische Hausfrau, die tatsächlich mit der Sparsamkeit gut über die Runden kommt. Wenn jedoch alle ökonomischen Akteure sparen, wird niemand mehr seine Produkte los. Also sinken die Einnahmen, mit ihnen die Steuern und das Staatsdefizit wird im Endeffekt größer statt kleiner.

Auch der Weg, dass sich einzelne Staaten auf Kosten anderer aus der Schlinge ziehen, führt sich ad absurdum. Für eine derartige „Beggar-My-Neighbour-Policy“ („Bring deinen Nachbarn an den Bettelstab“-Politik) wie früher üblich - waren übrigens immer schon Exportüberschüsse um jeden Preis ein beliebtes Mittel.

Wer bei einer Finanzkrise schlicht den Rotstift ansetzt provoziert eine Rezession, die durch Aufschaukeln in eine Depression münden kann. Wenn die privaten Konsumenten und Investoren nicht mehr nachfragen, sondern alles auf die hohe Kante legen, gehen die Investitionen in Konsum-, aber auch in Investitionsgüter zurück. Die sinkende Nachfrage führt zu einem Teufelskreis durch niedrigere Löhne, weniger Steuereinnahmen usw. Nach Keynes ist es nun notwendig, die Investitionen z.B. durch eine Zinssenkung durch die Notenbank zu verbilligen. Wenn beispielsweise Zinsen und Steuern die Renditen in hohem Maße aufzehren, schafft ein Nullzins enorme Investitionsanreize. Was aber wenn trotz eines Zinses nahe Null oder bei null immer noch nicht investiert wird („die Pferde saufen nicht“)? Ein Nullzins wäre ja bei 2 % Inflation sogar ein Negativzins.

Jetzt ist der Staat nach Keynes gefragt, durch Programme selbst für Nachfrage zu sorgen, wie es dann im New Deal geschah, etwa mit dem Tennessee Valley project. So kann der Teufelskreis durchbrochen werden. Das war dann auch die Logik dessen, dass viele Länder nach der Finanzkrise Konjunkturprogramme auflegten, in Deutschland z.B. mit der Abwrackprämie von 1500 Euro für Neuwagenkäufer



für ihr altes Auto. Ökologische Folgen interessierten dabei weniger.

Staatsausgaben zu tätigen ist also das Mittel der Wahl staatlicher Konjunkturpolitik. Finanziert man diese durch Steuererhöhungen, verschreckt man aber nicht nur den Wähler, sondern verringert auch die private Nachfrage. Insofern schien die Finanzierung durch Verschuldung tatsächlich Vorteile mit sich zu bringen. Und was macht der Staat, wenn er sich verschulden will? Er emittiert Papiere, Staatsanleihen, die er verzinst und tilgt.

Lange Jahre sind alle Staaten diesen Weg gegangen - und zwar mit Überzeugung. Da man gleichzeitig vergaß, in Zeiten der Konjunktur die Schulden entsprechend zu tilgen, stiegen diese immer mehr. In Deutschland zum Beispiel hat sich der Schuldenstand seit 1949 sehr langsam aufgebaut; dann ging es schneller durch die Kosten der deutschen Einheit, so dass sich 2008 ca. 1,5 Billionen Euro aufsummiert hatten. 2010 sind wir jetzt bei 2 Billionen. Jeder Deutsche hat nach Angaben des Bundes der Steuerzahler 25.000 EUR Schulden, denen allerdings über 80.000 EUR Vermögen gegenüberstehen. Diese Vermögen ist allerdings sehr ungleich verteilt. Jedenfalls sind wir heute aus der Finanzkrise in eine Wirtschaftskrise und aus dieser in eine Staatsschuldenkrise geraten. Was lange funktionierte, funktioniert heute nicht mehr.

Ein Grund besteht im Folgenden. Während es jedoch in den dreißiger Jahren zu einem richtiggehenden Wertaufbau kam, bei dem Realwerte wie Straßen, Gebäude und so weiter entstanden, konzentrierten sich diesmal die Mittel weitestgehend auf die „Bankenrettung“ - es wurde also sozusagen gutes Geld schlechtem hinterher geworfen. Zwar wurde die Depression erst einmal vermieden, aber um welchen Preis?

Hinsichtlich der Bankenrettung muss man sich zugleich vor pauschalen Urteilen hüten. Nach Lehman Brothers ging es um die Frage: Wie verhindern, dass das gesamte Bankensystem zusammenbricht? Wenn alle Leute ihre Guthaben abziehen passiert genau das. Die Euros in den Tresoren sind bald alle. Nur Notenbank oder Staat konnten das verhindern. Daher haben die Notenbanken jedes gebrauchte Geld gegeben und jedes Papier als Sicherheit genommen. Zusätzlich zur gesetzlichen Einlagensicherung hat der deutsche Staat mit einer Erklärung von Frau Merkel und Herrn Steinbrück bis 100.000 Euro Einlagen zusätzlich garantiert. Das war reine Psychologie, um einen Crash zu vermeiden., der bei seinem Eintritt sicherlich auch das Versprechen zur Makulatur gemacht hätte.

Wenn eine große Bank insolvent wird, zieht sie andere mit hinein. Daher darf das nicht geschehen. Die Bilanzen müssen also auf jeden Fall stimmen. Aber was ist, wenn der Eigenkapitalpuffer nicht ausreicht, wenn es doch schiefgeht? Dann könnte die Notenbank Aktionär werden oder der Staat, das Institut wäre also wieder mit Eigenkapital ausgestattet. Eine noch radikalere Lösung besteht in der Übernahme

von Bankunternehmen durch den Staat, wie bei der HRE. Eine andere Lösung besteht darin, dass der Staat Bürgschaften für die Schulden übernimmt. Für all diese Dinge ist in der Vergangenheit sehr viel Geld aufgewendet worden bzw. das Geld wird seitdem bereit gehalten. Und man hofft natürlich, dass es niemals wirklich fließen muss. Jetzt wird sogar versucht, die Garantiesummen zu hebeln, also das zu tun, wofür die Banken kritisiert worden waren.<sup>5</sup> Solange Vertrauen in die Garantien herrschte, schien dennoch alles in Ordnung zu sein.

Aber jetzt kam unverhofft die Staatsschuldenkrise. Alle haben gemeint, mit einer Quote von 70% des BIP seien wir eh besser als die anderen und daher kämen wir auch locker wieder auf die geforderten 60% herunter. 2009 betrug die Netto-Neuverschuldung in Deutschland 80 Milliarden EUR, die zusätzlich aufgenommen wurden. Dies sei einer Ausnahmesituation und müsse es bleiben, so hieß es. Man beschloss die schon erwähnte Schuldenbremse, durch die der Bund bis 2016 die Netto-Neuverschuldung auf 0,35% des BIP zu reduzieren hat und die Kommunen und Länder nach 2020 überhaupt keine Schulden mehr machen dürfen. Wenn man voraussetzt, dass das so eintrifft, wären wir 2020 bei einer Gesamtverschuldung von 2,5 Billionen, die dann konstant blieben. 2012 wird mit 25 Milliarden Nettoneuverschuldung gerechnet, geplant waren sogar 40 Mrd.

## Erdrückende Zinsbelastung

Egal wie hoch die Neuverschuldung ist, jemand muss der Bundesrepublik das Geld geben. Das sind die privaten und institutionellen Anleger. - Wer das genau ist, ist interessanterweise kaum zu ermitteln -. Sie sind die Gläubiger, der Staat ist der Schuldner. Die Papiere haben unterschiedliche Laufzeiten. Daher haben wir nicht nur eine Nettoneuverschuldung, sondern auch eine Bruttoneuverschuldung, bei der die Umschuldung ausgelaufener Papiere mit eingerechnet ist. Die Emission bzw. die Umschuldung fälliger Papier managt die Bundesschuldenverwaltung. Das waren im Jahr 2010 ca. 240 Milliarden, die ersetzt werden mussten.

Die 40 - 60 Milliarden Euro, die wir als Zinsen für die 2 Billionen Euro jährlich bezahlen, bilden die zweitgrößte Position im Bundeshaushalt nach dem Sozialhaushalt. Dieses Geld fehlt für Bildung, Umwelt und Soziales. Jedes Jahr müssen wir auslaufende Anleihen umschulden, immer mehr davon, je höher die Schulden steigen. Im Moment zahlt der Bund einen sehr geringen Zins. Was aber passiert eigentlich, wenn der Zins steigt und wir 6% oder noch mehr zahlen müssen? Dann wäre unter Umständen die Zinslast der bei Weitem größte Posten im Haushalt, die Folgen erheblich.

<sup>5</sup> Vgl.: ESM-Erweiterung. Euro-Länder wollen Rettungsschirm auf zwei Billionen hebeln. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/esm-euro-laender-wollen-rettungsschirm-auf-zwei-billionen-euro-hebeln-a-857446.html>

# Eurorettung und Staatsentschuldung ist sofort möglich - mit Umstellung auf Vollgeld

*Thomas Mayer*

Die öffentliche Diskussion zur Eurokrise wirkt immer verzweifelter und auswegloser und schwankt zwischen Kaputtsparen und Schuldenvermehrern und Staatsbankrott hin und her. Doch es gibt viel wirkungsvollere Lösungen. Hier die Beste: Mit der Umstellung auf Vollgeld wäre die Eurokrise sofort gelöst, die Schulden der Eurostaaten könnten vollständig getilgt werden, das Geld wäre auch bei Bankenpleiten sicher und die Finanzmärkte hätten weniger Geldtreibstoff für Spekulationsblasen. Vollgeld heißt, dass Girogeld zu einem richtigen und von der Zentralbank herausgegebenem Geld wird und die Geschäftsbanken durch Kreditvergabe kein Geld mehr schöpfen können. Daran forschten schon viele bekannte Ökonomen wie zum Beispiel Irving Fisher. Prof. Joseph Huber hat es aktualisiert und detailliert ausgearbeitet.

Die Geschäftsbanken haben die Finanzkrise wesentlich verursacht, da sie durch ein Aufblähen der Geldmenge die Spekulationsblasen erst ermöglicht haben. Nur das Bargeld (etwa 15% des Geldes) wird von der Zentralbank geschöpft, das Geld auf den Girokonten (etwa 85%) wird von den Geschäftsbanken durch Kreditvergabe erzeugt und ist eine private Bankenschöpfung. Das weiß aber niemand, da es in der Praxis wie ein gesetzliches Zahlungsmittel verwendet wird, obwohl es tatsächlich gar keines ist.

Bei der Umstellung auf Vollgeld geht es darum, dass die Guthaben auf Girokonten zu gesetzlichen Zahlungsmitteln gleich Münzen und Banknoten erklärt werden und in Zukunft nur noch die Zentralbank Girogeld schöpfen kann.

Dazu müssen die Banken die Summe der Giroguthaben aus ihren Bilanzen nehmen und der Zentralbank übertragen. Sie verwalten die Girokonten dann nur noch im Auftrag ihrer Kunden, haben aber keinerlei Zugriff mehr auf das Geld selbst und können es nicht verleihen. (Wir kennen das alle von Wertpapierdepots, hier kann die Bank mit den Anleihen der Kunden kein Eigenhandel betreiben. Anders ist es, wenn ein Kunde der Bank tatsächlich für einen bestimmten Zeitraum etwas leiht und auf ein Sparkonto anlegen, das kann von der Bank natürlich weiterverliehen werden.)

Das für den Wirtschaftskreislauf benötigte Geld bringt die Zentralbank in Zukunft direkt in den Umlauf, in dem sie es dem Staat überweist, genauso wie sie ihm bislang die Zentralbankgewinne und den Nennwert der Geldmünzen überweist. Dabei ist die Zentralbank als eigenständiges Verfassungsorgan wie das Verfassungsgericht unabhängig von den Begehrlichkeiten der Regierung.

Das Ganze ist eine unmerkliche Änderung, das Vollgeld könnte tatsächlich eingeführt werden, ohne dass die Kunden im In- und Ausland überhaupt etwas davon bemerken, denn man sieht es den Zahlen auf den Kontoauszug nicht an, ob es Zentralbank-Vollgeld oder Banken-Kreditgeld ist. Doch die Wirkungen sind gewaltig:

1. Unser Geld wird sicher. Auch wenn eine Bank bankrott geht, die Girokonten und der Zahlungsverkehr wäre davon überhaupt nicht betroffen, da dies nicht mehr Teil der Bankbilanzen ist. Politik und Öffentlichkeit wären durch Banken Krisen nicht mehr erpressbar, panikartige Bankruns wären ausgeschlossen.
2. Die Zentralbank kann die Geldmenge erstmals vollständig kontrollieren, da nur noch sie Geld schöpft. Durch Steuerungsinstrumente wie den Umlaufimpuls und die Fristen für Spareinlagen (beides wird später erklärt) kann sie auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes genau regulieren. Das bedeutet, dass sie tatsächlich Inflation und Spekulationsblasen verhindern und gleichzeitig die Zinshöhe regulieren kann.
3. Damit verstetigt sich der Geldfluss und die Konjunktur- und Börsenzyklen verlaufen moderater. Denn für spekulative Immobilien- und Aktienblasen auf Kredit ginge den Märkten bald der verfügbare Geldtreibstoff aus, der dann nicht mehr von den Geschäftsbanken aus dem Nichts geschöpft werden kann. Die Banken können dann nur noch das Geld verleihen, das sie selbst von jemand anderem geliehen bekommen. Das Bankgeschäft wird langweiliger, was beabsichtigt ist.

4. Durch die Umstellung auf Vollgeld wird für die Eurostaaten eine gewaltige einmalige stille Reserve erschlossen mit der eine vollständige Tilgung aller Schulden der Eurostaaten in spätestens 30 Jahren möglich ist, ohne jedes Sparprogramm oder Steuerhöhung. Ich wiederhole: aller Staatsschulden! Und wenn man es geheim hielte, niemand würde bemerken, dass die Schulden auf einmal weg sind. Wie geht das? Das Girogeld, das wir zur Zeit benützen, wurde von der Zentralbank noch gar nicht herausgegeben, sondern von den Geschäftsbanken als Kredite an Kunden vergeben.

Die Umwandlung in Vollgeld macht die Zentralbank auf einen Schlag, indem sie die Giroguthaben bei den Geschäftsbanken in die eigene Bilanz nimmt und damit natürlich auch einen Anspruch auf die zurückfließenden Kundenkredite hat. Mit diesem Geld können dann die Staatsschulden zurückgeführt werden. Diese stille Reserve wird also gehoben, indem die bisherige Gelderzeugung durch Kredit verändert wird in die Schöpfung von in sich bestehendem Vollgeld, dem kein Kredit gegenübersteht. Für Deutschland wären das etwa 1,1 Billionen Euro der 2,1 Billionen Staatsschulden, die Hälfte aller Staatsschulden wären damit beseitigt. Da mit wachsender Wirtschaft laufend mehr Geld benötigt wird, muss die Zentralbank die Geldmenge entsprechend erhöhen. Bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum zwischen 1-2% können so auch die restlichen Staatsschulden nach und nach vollständig getilgt werden. Und zusätzlich werden jährlich bis zu 40 Milliarden Euro Zinskosten im Bundeshaushalt eingespart.

5. Mit der Einführung des Vollgeldes wäre also mit einem Schlag die Eurokrise beendet. Die bestehenden Staatsschulden aller Euroländer wären kein Problem mehr und die Finanzmärkte wären froh, wenn sie überhaupt noch Staatsanleihen zum Kauf finden. Die Eurostaaten könnten sich entspannt auf die Einhaltung des Fiskalpaktes und der Schuldenbremsen und den Ausgleich der Handelsdefizite konzentrieren, so dass keine neuen langfristigen Staatsschulden mehr entstehen. (Kurzfristige Staatsschulden sind zum Ausgleich von Konjunkturschwankungen in begrenztem Umfang sinnvoll, wenn sie laufend wieder zurückgeführt werden.)

Ausführliche Informationen, Artikel und Buchhinweise finden Sie beim Verein Monetative: <http://www.monetative.de>. Weitere Konzepte zur Eurorettung finden Sie unter: <http://www.eurorettung.org>. Quelle: Presstext zur freien Verwendung vom 26. Jul 2012. Von Thomas Mayer, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel. 0049-(0)831-5709512, Mobil 0049-(0)177-8796786. Thomas.Mayer@eurorettung.org, <http://www.eurorettung.org>

Wir sehen hier zugleich, welches Problem die Griechen - und auch die Portugiesen, Spanier und Italiener. haben, die immer höhere Zinslasten tragen müssen. Sie werden von den Zinslasten für die Altschulden heute bereits schier erdrückt. Und wir kommen an dieser Stelle nicht um eine Antwort auf die Frage herum, ob wir nun einen Schuldigen oder eine Lösung suchen. Es ist die Umschuldung der Altkredite, die diesen Ländern den Hals bricht. So ist es kein Wunder, dass die Sparprogramme bisher nicht zum angestrebten Erfolg geführt haben.

In der öffentlichen Debatte geht der Unterschied zwischen Altschulden und Umschuldung einerseits und Neuverschuldung andererseits fast vollständig unter. Es herrscht heillose Begriffsverwirrung. Das erschwert den Weg zu wirklichen Lösungen.

Dass die Krisenländer - und nicht nur diese - die Neuverschuldung aus eigener Kraft auf Null fahren müssen, ist eine legitime Forderung. Die Altschulden jedoch können bei den von den Märkten bei jeder Umschuldung erzwungenen Wucherzinsen niemals aus eigener Kraft allein geschultert werden. Das man heute bereits griechische Anleihen für 50% des Nennwerts bekommt, zeigt die Dimension des Problems.

## C. Neun lösungsorientierte Vorschläge

### 1. Umschuldung der Krisenländer / Eurobonds<sup>6</sup>

Daher muss diese Umschuldung anders gelöst werden. Es muss verhindert werden, dass diese Ländern an den Lasten der Umschuldung zugrunde gehen. Der klarste und sauberste Weg dazu wären sogenannte Eurobonds: Das heißt wir nehmen als EU oder als Euro-Gruppe Anleihen auf, die - da solidarisch gedeckt - an den Finanzmärkten attraktiv wären und niedrig verzinst würden. Diese Anleihen geben wir gegen eine Bearbeitungsgebühr an Griechenland und nötigenfalls auch an andere Länder weiter. Bedingung wäre, dass diese sich glaubwürdig um den Abbau der Neuverschuldung bemühen. Bei entsprechender Ansage könnten dagegen aller Voraussicht nach die Finanzmärkte nicht anspekulieren und die Situation würde auf Antrieb beruhigt. Die Intervention der Schweizer Notenbank, die durch Euroankäufe in der notwendigen Höhe den Kurs des Franken bei

<sup>6</sup> Ich folge hier der Argumentation Harald Spehls.

1,20 stabilisiert hat, zeigt, dass das keine Illusion ist, - zumal dann, wenn die Einführung der Bonds wenigstens durch einige der unten vorgeschlagenen weiteren Maßnahmen flankiert wird.

Der eigentliche Grund für die ablehnende Haltung der Merkel-Regierung zu Eurobonds ist die Angst, statt 0,5% 2,5% Zinsen an die Anleger in Staatspapieren bezahlen zu müssen und dafür auch innenpolitisch unter Druck zu geraten. Daher das lange Zaudern und Taktieren, das die Kosten der Krise immer weiter hochgetrieben hat, bevor man über die Ankäufe von Staatspapieren in unbegrenzter Höhe durch die EZB auf weit riskantere Weise das Prinzip der Eurobonds ohne das Instrument der Eurobonds durch die Hintertür eingeführt hat. Man sieht, dass gerade eine derartige Verweigerungshaltung dazu führen kann, dass Deutschland irgendwann 2,5% oder noch viel mehr zahlen müssen.

Der einzige Ökonom im Sachverständigenrat, der sich für das Konzept der Eurobonds eingesetzt hat, war Peter Bofinger. Er blieb ungehört. Inzwischen ist längst eingetreten, was zu befürchten war, dass sich nämlich „die Märkte“ auf Italien, Portugal und Spanien stürzen. Wer Eurobonds oder ähnliche Instrumente ablehnt, muss letztlich die Insolvenz von Krisenländern in Kauf nehmen. Das ist nicht unmöglich, wie das Beispiel Argentinien zeigt, aber der Preis ist unverträglich hoch. Das Land würde zum Paria der Weltwirtschaft. Gesetzt der Fall, die Griechen träten aus dem Euro aus, die Drachme käme wieder und sie würde abgewertet werden, damit die wirtschaftliche Leistungskraft des Landes widerspiegeln und so dessen internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken: Exporte würden verbilligt. Aber mit der Abwertung der Drachme stiegen auch die weiter in Euro gerechneten Schulden, es bliebe also dem Land selbst bei einem Schuldenschnitt von 80% ein kaum lösbares Problem mit den verbliebenen 20% zurück. Im übrigen ist für die kleinen Leute die Alternative von Gelddrucken und Währungsschnitt die zwischen Pest und Cholera: ihre Sparguthaben werden von beidem entwertet.

Wir kommen also um die Grundentscheidung nicht herum: Solidarisches Europa oder Europa der nationalstaatlichen Egoisten, so wie wir auf nationaler Ebene nicht um die Grundentscheidung herumkommen, die Krisenlasten den „kleinen Leuten“ aufzubürden oder einen solidarischen „Lastenausgleich“ vorzunehmen. Er wäre zugleich das nötige Kontrastprogramm zu einer Sparpolitik, die nur zur Verschärfung der ökonomischen Misere und zur Erzeugung von Wut der Bevölkerung beiträgt, auch weil die herrschenden Klassen und korrupte politische Eliten bisher überhaupt nicht zur Krisenbewältigung herangezogen wurden.

## 2. Lastenausgleich<sup>7</sup>

Einen Lastenausgleich gab es bekanntlich schon einmal nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem Vorschlag für einen Gesellschaftspakt Schuldentilgung - andere Länder könnten ähnliche Projekte umsetzen - knüpft der Ökonom Harald Spiel an diesen Begriff an. Der Vorschlag wurde in dieser Zeitschrift zuerst publiziert und fand dann eine gewisse Beachtung in Teilen der Öffentlichkeit. Er geht von der Überlegung aus, dass die Nettoneuverschuldung der noch am leichtesten zu bewältigende Teil der Schuldenproblematik ist. Die Umfinanzierung der Altschulden bildet dagegen den größeren Teil der Belastung, der also primär von der Gesamtschuld kommt. Hier gibt es theoretisch drei Lösungen: Die Inflation oder den Währungsschnitt - oder, eine geplanten und sozialverträgliche Schuldenreduktion.

Die Vermögenden haben von den Stabilisierungsprogrammen der Staaten profitiert. Wir dürfen sie, insbesondere auch die Anleger, deren Geld ja von den „Rettungsschirmen“ letztlich gerettet wird, zum Ausgleich heranziehen. Das Nettovermögen der Deutschen beträgt im Schnitt pro Kopf 88.000 Euro, insgesamt kommt man auf 6,6 Billionen Nettovermögen, denen die Gesamtschuld von 2,5 Billionen gegenübersteht. Von diesen 6,6 Billionen besitzen 20% der Bevölkerung ca. 80%, während die unteren 30% gar nicht besitzen oder sogar persönlich verschuldet sind. Aus einem Teil der Erträge der Vermögens kann man einen Fonds speisen, aus dem im Lauf von 30 Jahren durch den Lastenausgleich die Gesamtschuld getilgt werden kann, - in für alle Beteiligten zumutbarer Weise.

Die Entschuldung könnte beschleunigt werden, wenn der Lastenausgleich mit anderen weiter unten genauer geschilderten Maßnahmen (zum Beispiel Einführung des Vollgeldes) gekoppelt würde. Sie kann außerdem nur funktionieren, wenn die Kosten der laufenden Umschuldung der noch nicht getilgten Kredite in der beschriebenen Weise im Rahmen gehalten werden können.

Ein Gesellschaftspakt Schuldentilgung Deutschland (vgl. Schema) würde dann in 30 Jahren tatsächlich die Verschuldung auf Null drücken können. Das wäre machbar, wenn der politische Wille da wäre, auch wenn mächtige Interessen dem entgegenstehen.

## 3. Sparen, aber richtig!

Sparprogramme, die jede wirtschaftliche Entwicklung abwürgen, was wir gegenwärtig in Griechenland beobachten können, sind sozial zutiefst ungerecht. Von Augenzeugen hört man aus Griechenland, dass Menschen weinend vor den Apotheken stehen, weil diese Medizin nur gegen Bares herausgeben - denn

<sup>7</sup> Vgl.: Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe? In: Sozialimpulse, Heft 3/2010. S.a. [www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Staatsverschuldung.pdf](http://www.sozialimpulse.de/fileadmin/sozialimpulse/pdf/Staatsverschuldung.pdf). Ferner: H. Spehl: Tschüss, Kapitalmarkt. DIE ZEIT, 27.10.2011, Nr. 44. <http://www.zeit.de/2011/44/Deutschland-Schuldenabbau>

sie wird ihnen nicht mehr erstattet. Auch Hilfe bei Entbindungen bekommt man nur noch gegen Cash. Die „Rettungsmaßnahmen“ werden denn auch in den betroffenen Ländern kaum als Hilfe, sondern mehr als Demütigung erlebt. Die garantierten und tatsächlich aufgewendeten Mittel kommen ja auch nicht den Ländern zugute, sondern dienen der „Rettung“ der Ansprüche der Kapitalanleger. Es wird auf Kosten der Steuerzahler verhindert, dass die von den Anlegern gehaltenen Staatsanleihen sich entwerten. Diese haben jetzt einen Dummen gefunden, der zahlt und ihnen das Risiko abnimmt. Das führt politisch zu einer ausweglosen Polarisierung der Bevölkerung, bis sich der Unmut schließlich in einer Art Volksaufstand Luft macht.

Die Sparprogramme sind in dieser Form aber auch ökonomisch absurd. Es war die bahnbrechende Erkenntnis von Keynes (und Gesell), das Sparen zwar eine private Tugend ist, aber volkswirtschaftlich hochgefährlich werden kann. Sparen ist nicht an allen Stellen falsch, aber an manchen. Genauer zu erkennen, an welchen, ist eine Aufgabe, die zur Krisenbewältigung notwendig angegangen werden muss.

So ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man Investitionen in echte Werte kürzt oder ob man die Ausgaben für Destruktivkräfte verringert und etwa wie von der Linken vorgeschlagen in Griechenland die immensen Militärausgaben um die Hälfte kürzt.

#### 4. Einnahmen gezielt erhöhen

Mehrung der Einnahmen durch Steuererhöhungen ist nicht generell hilfreich, sondern nur, wenn sie genau so gezielt erfolgt wie die Reduktion von Ausgaben. Richtig ist es jedenfalls, die Einnahmesituation der öffentlichen Hand durch effektive Bekämpfung der Steuerhinterziehung und der Korruption zu bessern, eine intakte Finanzverwaltung aufzubauen, das Steuersystem zu vereinfachen und der demokratischen Gleichheit widersprechende fette Pfründe von einzelnen und Gruppen zu beseitigen. In einigen dieser Punkte hat ein Land wie Deutschland übrigens kaum weniger Nachbesserungsbedarf als die gescholtenen Krisenländer.

#### 5. Raus aus dem Euro? Besser ist „Expressgeld“!

Ein ernst zu nehmendes Argument der Euro-Gegner ist der Hinweis darauf, dass sich im Verhältnis der Währungen, die Unterschiede der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der betreffenden Länder widerspiegelt. Werde nun ein Land mit geringerer Wettbewerbsfähigkeit in einem gemeinsamen Währungsraum gezwungen, so entfallt die Möglichkeit durch Abwertung der Landeswährung die Wettbewerbsfähigkeit auf internationalen Märkten zu stärken. Komme noch eine zu großzügige Kreditvergabe durch die EU hinzu, trete eine Teuerung ein, die das Land nicht aufzufangen in der Lage sei. Im Euro hätten Länder wie Griechenland von vornherein keine Chance gehabt.

An diesem Argument ist zunächst einmal nur das eine wahr, dass eine Währungsunion nicht isoliert für sich eingeführt werden kann, sondern eingebunden sein muss in ein Konzept der schrittweisen Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in dem ganzen Währungsraum. Die deutsch-deutsche Währungsunion hat zunächst ja auch durchaus so gewirkt, dass die Handelsbeziehungen zum Osten zerstört wurden, weil die Waren aus der Ex-DDR für die Ostländer nicht mehr bezahlbar waren. Ohne die Unterstützung durch die Milliardentransfers aus dem Westen, wäre die Situation auf Dauer kritisch geblieben. Wir müssten also nur die Griechen genauso ernst nehmen wie einst „unsere Brüder und Schwestern“ in der Ex-DDR.

Nachdem der Euro nun einmal in diesen Ländern eingeführt ist, wäre der von mancher Seite empfohlene Rückzug auf die Drachme, wie oben bereits geschildert, keine Lösung. Eine Entspannung der Situation würde jedoch der in dieser Zeitschrift bereits vorgestellte Vorschlag eines „Expressgeldes“, d.h. eines staatlichen Regiogeldes, darstellen.<sup>8</sup> (Manche sprechen auch von nationalen Parallelwährungen für die Krisenländer). Das hätte gewaltige Vorteile und würde einen Wirtschaftsaufschwung trotz Verbleib in der Eurozone ermöglichen.

#### 6. Ein Marshallplan zur Belebung der Wirtschaft der Krisenländer

Nach dem II. Weltkrieg sorgte der Marshallplan für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Angesichts der verheerenden Situation - man denke nur an die immense Jugendarbeitslosigkeit - bedurfte es eines ähnlichen Programms für die Krisenländer. Man sollte die Geschichte des Marshallplans ebenso studieren und aus ihr lernen, wie die des Lastenausgleich in Deutschland nach dem Krieg.

#### 7. Regeln für Finanzmärkte, Banken-ESM

Die erste Forderung wäre Transparenz. Das was verschiedene G20-Gipfel beschlossen haben, was aber nicht umgesetzt wurde, wäre sofort zu realisieren: Transaktionen im außerbörslichen Handel, der für die Spekulation die größte Rolle spielt, würden endlich meldepflichtig, die Halter von Staatsanleihen blieben nicht länger weitgehend anonym usw. Auch die seit längerem diskutierte Idee einer eigenen europäischen Rating-Agentur in Form einer unabhängigen Stiftung wäre eine hilfreiche Maßnahme.

Peer Steinbrück, neuerdings offiziell SPD-Kanzlerkandidat, forderte jüngst in einem Bankenpapier die „Bändigung der Finanzmärkte“ durch folgende Maßnahmen: Europas Banken sollen 200 Milliarden Euro in einen europäischen Rettungsfonds einzahlen, so dass bei einer erneuten Krise nicht mehr der Steuerzahler einspringen muss. Dieser „Banken-ESM“ soll auch Anleihen ausgeben können, die von den

<sup>8</sup> Christian Gelleri, Thomas Mayer: Expressgeld statt Euroaustritt. Sozialimpulse 1/2012.

Banken erworben werden. Banken sollen durch die EZB, kleinere Banken durch die nationalen Behörden kontrolliert werden. 2. Verbot der Spekulation mit Rohstoffen wie Getreide. 3. Stärkere Trennung des Kredit- und Einlagengeschäfts vom Investmentbanking. 4. fordert Steinbrück die Festschreibung einer Obergrenze von 80% bei der Beleihung von Immobilien, in Boomphasen dürfen es sogar 60% sein. 4. will er Managergehältern begrenzen und falsche Anreize beseitigen, die den kurzfristigen Erfolg mehr prämiieren als den nachhaltigen.

Letztlich sind sicherlich noch weitergehende Veränderungen nötig (s. unter Social Banking auf S. 16).

## 8. Vollgeld als Lösungsansatz?

Ein weiterer Vorschlag, der in der Krisen-debatte eingebracht wird, ist die Einführung eines sogenannten Vollgeldes. Was davon erwartet wird, schildert Thomas Mayer (vgl. Kästen auf S. 10 und 11) und schafft damit eine wichtige Diskussionsgrundlage. Ein Versuch, die Idee der Sache vertiefend zu verdeutlichen, findet sich unter Punkt D. Geldschöpfung.

## 9. Demokratische EU statt EU-kratie

Mit dem ökonomischen Druck wächst auch das Verlangen nach einer stärkeren politischen Einheit Europas. Damit wird von bestimmten politischen Kreisen ganz bewusst kalkuliert. Sie setzen auf die weitere Abgabe von Souveränitätsrechten an die EU. Die Verlagerung von Entscheidungen weg von der Basis ist unter dem Gesichtspunkt der Subsidiarität und Bürgernähe an sich schon problematisch. Wie in der Debatte um den europäischen Verfassungsvertrag von Vertretern der Zivilgesellschaft immer wieder hervorgehoben wurde, leidet die EU zudem nach wie vor unter schweren strukturellen Demokratiedefiziten. Ein Journalist hat es einmal so ausgedrückt: ein Land, das verfasst wäre wie die EU, könnte nie deren Mitglied werden. Es würde die Mitgliedschaftsbedingungen schlicht nicht erfüllen.

Forderungen nach stärkerer Bürgerbeteiligung, nach mehr parlamentarischer Kontrolle durch das EU-Parlament, nach einem demokratisierenden Umbau der EU, nach einklagbaren Rechten der EU-Bürger<sup>9</sup> sind deshalb unabdingbar. So in das Leben aller EU-Bürgerinnen und Bürger einschneidende Maßnahmen wie die Schaffung der Rettungsschirme bedürften unter normalen Bedingungen der direkten Zustimmung durch die Völker.

Ein wichtiger Beitrag zur Durchsetzung solcher Forderungen war die Klage von Mehr Demokratie e.V. beim Bundesverfassungsgericht.<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Der EUGH hat das letzte Sagen bei der Auslegung der Verträge. Als normaler Bürger kann ich aber dort nicht klagen.

<sup>10</sup> Das Bundesverfassungsgericht hat zwar den Eilantrag der 37.000, für die „Mehr Demokratie e.V.“ geklagt hatte, zurückgewiesen - eine Entscheidung in der Hauptsache steht

## D. Geldschöpfung<sup>11</sup>

### Was ist Vollgeld?

In den letzten Jahren tauchte in der Krisen-debatte ein neuer Begriff auf, der des Vollgeldes. Für viele Menschen ist es nicht ganz einfach verstehen, worum es sich bei „Vollgeld“ eigentlich handelt. Um das zu klären, müssen wir etwas weiter ausholen.

Wir beginnen mit der Kreditschöpfung. Bei Kredit haben wir meist den „Normalfall“ vor Augen: Jemand spart und ein anderer, der etwas unternehmen will, bekommt dieses Ersparnis als Kredit. Wenn das so läuft, gibt es immer soviel Kredit, wie es Ersparnis gibt.

Aber in der Realität ist es nicht so einfach. Wenn wir als Sparer Geld bei der Bank einbuchen, dann hat die Bank dieses Geld, sagen wir 1000 Euro. Jetzt kommt ein Kreditnehmer, der die Summe haben will. Danach legt er sie auf sein eigenes Konto, oft bei derselben Bank. Jetzt hat also schon wieder die Bank die 1000 Euro. Für den nächsten Kreditnehmer wäre eigentlich kein Geld mehr da, denn der Kredit ist ja schon vergeben. Aber nun liegt das Geld wieder da - und kann ein zweites Mal verliehen werden, mit Abzug einer Reserve, die die Bargeldabhebungen usw. decken muss. Aber permanent verbleibt Geld bei der Privatbank, immer nur verkürzt um diesen Faktor. Wenn die Bank sagen wir immer nur 10% als Reserve zurückhalten muss, kann sie vom zweiten Kredit 80% wieder verleihen vom dritten 70% usw. D.h. die Kreditsumme ist viel größer als das ursprünglich Spargeld. Es findet eine Giralgeldmultiplikation statt und damit eine tatsächliche Kreditschöpfung gewissermaßen aus dem Nichts (Fiat-Money). Zu diesem verleihbaren Geld gehört natürlich auch das, was die Lieferanten des Investors von diesem dafür bekommen haben: Dieses Geld deponieren sie wieder bei der Bank. Diese hat es gratis bekommen und verleiht es gegen Zinsen.

Wir sehen, dass auf diese Weise Geldschöpfung, für die doch eigentlich nur die Nationalbank zuständig sein sollte, bei den Geschäftsbanken gelandet ist. Eine gewissermaßen autonom wuchernde Geldentwicklung ist entstanden, die prinzipiell nur durch die Notwendigkeit beschränkt wird, Mindest-

noch aus - aber in seinem Beschluss wesentliche Feststellungen getroffen, die als wichtiger Teilsieg betrachtet werden können. Erstmals verlangt das Gericht von Regierung und Bundestag, dass völkerrechtlich abgesicherte Vorbehalte in europäischen Vertrag aufgenommen werden. Diese Vorbehalte beziehen sich auf die Haftungsbeschränkung auf 190 Mrd. Euro, die jetzt nur noch aufgrund eines Beschlusses des Bundestages überschritten werden dürfte. Auch darf laut BVG die Schweigepflicht der Mitarbeiter der EZB und der Deutschen Bundesbank eine umfassende Information des Parlaments nicht behindern. Es ist also an diesen Stellen ein Mehr an Demokratie erreicht worden. Auch ist anzunehmen, dass das BVG in seiner bevorstehenden Sachentscheidung den Punkt genau bezeichnen wird, ab dem eine weitere Machtausdehnung der EU die Annahme einer neuen Verfassung durch das Volk unabdingbar machen würde. Von verschiedenen Seiten war in den letzten Monaten zu hören: „Die Volksabstimmung über Europa muss kommen“. Vgl. auch den Artikel von Roman Huber auf S. 42.

<sup>11</sup> Ich folge hier im Wesentlichen einer Einführung in das Thema durch Udo Herrmannstorfer.

reserven zu halten. Wir haben also zwei Quellen der Geldschöpfung: Nationalbank und Geschäftsbanken, die beide als ein System zusammenwirken. So wie die Banken heute aufgestellt sind, entsteht aber hier ein Zielkonflikt, ja ein Systembruch: die Nationalbank ist dem Gemeinwohl verpflichtet, die Geschäftsbanken verfolgen Eigeninteressen. Die Gewinne der Bundesbank fließen in den Staatshaushalt, die Gewinne der Geschäftsbanken gehören diesen allein. Im Grunde genommen sponsert die Allgemeinheit die Geschäftsbanken, in dem sie die Notenbank verpflichtet, diese mit günstigem Geld zu versorgen.

Nun zum Begriff „Vollgeld: gesetzliches Zahlungsmittel ist heute - was nicht allgemein bekannt ist - ausschließlich das Bargeld. Sichteinlagen sind zwar Geld, aber nicht von der Nationalbank ausgegeben. Die Idee der Vollgeldbefürworter ist nun die folgende: Sie fragen sich, warum man überhaupt den Vorgang der Giralgeldschöpfung den Geschäftsbanken überlassen soll und die Sichteinlagen nicht zum gesetzlichen Zahlungsmittel aufwertet. Damit würde das neu verliehene Geld auch so behandelt, als wäre es jeweils frisches Geld. Die neuen Konten lägen damit bei der Nationalbank, würden von den Geschäftsbanken allenfalls treuhänderisch verwaltet. Jedes Girokonto würde zum gesetzlichen Zahlungsmittel und verkörpert nicht mehr bloß einen Anspruch der Bank auf solche Mittel. Für die Ausgabe eben dieses Zahlungsmittels erhebt nun die Notenbank die Erstkosten, so wie sie es heute bei der Erstaussgabe an die Geschäftsbanken tut. Durch diese so genannte Seigniorage würden enorme Geldmittel für öffentliche Ausgaben frei. Neues Geld würde nicht mehr teilweise von den Geschäftsbanken geschöpft, sondern ausschließlich über das Gemeinwesen eingespeist. Für diesen Vorgang muss es selbstverwaltete Institutionen geben, die nicht zur Exekutive oder Legislative gehören, aber auch nicht privat sind. Es handelt sich um eine eigene Gewalt, die deshalb auch *Monetative* genannt wird.

Bahnbrechend für die Vollgeldidee war das Buch von Joseph Huber und James Robertson „*Geldschöpfung in öffentlicher Hand*“.<sup>12</sup> Inzwischen hat sich hierfür eine breite Bewegung entwickelt, der namhafte Ökonomen wie Christoph Binswanger angehören. Es gibt aber auch offene Fragen. Sie beziehen sich zum einen auf die praktikabelste technische Lösung. Es wäre ja auch denkbar, dass die Geschäftsbank den Gesamtkreditbetrag bei der Nationalbank hinterlegen muss („100-Prozent-Geld“), wie es bereits von dem amerikanischen Ökonomen Irving Fisher vorgeschlagen wurde (vgl. den Beitrag von Th. Mayer auf S. 10f.). Es gibt auch Stimmen, die die Befürchtung äußern, dass das Modell staatlichen Zentralismus fördere.

Letztlich geht es auch darum, wie dem Schenkungscharakter der Erstschöpfung des Geldes am besten

<sup>12</sup> Geldschöpfung in öffentlicher Hand: Weg zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter, Gauke Verlag Kiel 2008.

Rechnung getragen werden kann. Geld kommt immer in den Kreislauf hinein, indem es von einer autorisierten Instanz gedruckt wird, die es dann verschenkt. Das ist in der Regel die Nationalbank. Die Währungsreform begann damit, dass jedermann 30 DM geschenkt bekam. - Es hätten auch 50 sein können, dann wären eben andere Preise herausgekommen. Die Erstschöpfung erzeugt Geld als einen Ausdruckswert, dieses Geld ist noch kein Kredit. Menschen laufen damit los und das Weitere regelt sich durch das Leben. Insofern ist die bekannte Auffassung des amerikanischen Notenbankchefs Bernanke zwar nur eine halbe Wahrheit, beleuchtet aber doch ein Stück Wirklichkeit. Bernanke hat den Spitznamen Helikopter-Berni, weil er als Rezept gegen die Depression empfiehlt, schlicht aus dem Hubschrauber Geldscheine abzuwerfen. Die Leute sammeln sie ein und kaufen etwas damit.

Erst im zweiten Schritt treten Zinsfragen usw. auf. Die Geschäftsbank refinanziert sich, indem sie sich zu einem bestimmten Zinssatz Geld bei der Notenbank besorgt. Sie muss dieser auch Sicherheiten bieten, z.B. durch Hinterlegung von Handelswechslern. Wechsel stellen immer ein Kreditversprechen von ökonomischen Akteuren dar. Von der Erstschöpfung abgesehen, kommt Geld immer durch Schuldverhältnisse ins Leben. Die Geschäftsbank weiß, was sie als Mindestreserve bei der Notenbank halten muss und wie viel gesetzliche Zahlungsmittel sie für die Abwicklung der laufenden Geschäfte braucht. Beides begrenzt die Kreditschöpfung.

Für das Mehr, was sie an Geld durch eigene Geldschöpfung erzeugt, zahlt die Geschäftsbank keine Zinsen. Das geschöpfte Geld gibt es kostenlos. Eigentlich, so argumentieren die Vertreter des Vollgeldansatzes, müssten aus diesen Summen die Seigniorage-Beiträge entstehen, die der Staat von der Notenbank zu bekommen hätte. Dadurch dass diese Geldschöpfungsprozesse nur indirekt auf die Notenbank zurückgehen, entgehen der Allgemeinheit diese Einnahmen.

Notenbanken gab es nicht schon immer. Die Ökonomen wissen, dass ein Geschäftsbankensystem ohne Notenbank im Hintergrund unendlich Geld schöpfen, durch gegenseitige Kreditvergabe die Geldmenge unendlich aufblasen könnte. Das ist mit der Gefahr verbunden, dass galoppierende Inflation entsteht, wenn dieser Geldmenge keine realen Werte gegenüberstehen. Daher die Notwendigkeit, die Geschäftsbanken an die Kandare zu nehmen, was überhaupt erst zur Schaffung der Notenbanken führt. Die Geldschöpfung durch die Notenbanken begrenzte man wiederum durch Einrichtungen wie den Goldstandard. Die Notenbank war verpflichtet, Papiergeld jederzeit in Gold umzutauschen. Diesen Standard gibt es spätestens seit 1972 nicht mehr. Notenbanken können die Geldmenge nur noch indirekt steuern, etwa über den Leitzins. Da Kredite eben nicht nur für reale Dinge gegeben werden, sondern die Geschäftsbanken sich Geld holen und es außerhalb des Lebens, in spekulativen Kreisläufen anlegen, entstehen immer wieder Blasen, deren Platzen Krisen hervorruft.

Notenbanken können unterschiedlich organisiert sein. Die Deutsche Bundesbank ist unabhängig. Ihre einzige Aufgabe ist die Sicherstellung der Preisstabilität. Die EZB orientierte sich ursprünglich ganz am Beispiel der Bundesbank. Dagegen ist die amerikanische Notenbank FED ein Konsortium von Geschäftsbanken mit der Lizenz zur Ausgabe des gesetzlichen Zahlungsmittels und mit der Doppelaufgabe, die Preisstabilität und die Sicherung des gedeihlichen Wirtschaftsablaufs zu gewährleisten. Unsere Notenbanken sind im Prinzip nicht renditeorientiert. Bei der FED muss man genauer hinschauen - kritisch, aber zugleich unvoreingenommen durch die vielfach kursierenden Verschwörungstheorien. Übrigens bleibt auch bei der Europäischen Zentralbank und in der europäischen schwer durchschaubar, wie Eingenommenheiten bestimmter Unternehmen und Netzwerke den Kurs beeinflussen. Interessant ist, dass sowohl Mario Draghi als auch Mario Monti hohe Funktionen bei der US-Bank Goldman Sachs hatten.<sup>13</sup>

## E. Social Banking

Die Frage nach der Monetative ist die Frage, wie wir die gesellschaftliche Hoheit über das Geld zurückgewinnen. Letztlich handelt es sich um die Diskussion über einen Baustein im Gebäude einer sozialen Geldordnung, in der Banken eine neue Rolle zu spielen hätten. Eine hochkomplexe arbeitsteilige Wirtschaft braucht ein Bankensystem, aber ein gegenüber dem heutigen durchaus gründlich verändertes.

In einem solchen System würde das Verhältnis von Noten- und Geschäftsbanken nicht mehr dadurch belastet, dass die Geschäftsbanken nur ihr Eigeninteresse verfolgen und die Notenbanken oft einen mangelnden Bezug zur ökonomischen Lebensrealität haben. Kooperation, Transparenz und andere soziale Kriterien hätten in einem solchen System Vorrang vor betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, so berechtigt sie an ihrem Platz auch sind.

Banken und Finanzunternehmen stehen heute ganz oben bei den größten und mächtigsten Firmen dieser Welt, die Deutsche Bank z.B. an 12. Stelle. In einer zukünftigen Ordnung der Dinge würde die gegenwärtig immer größere Machtkonzentration des Finanzkapitals ihr Ende finden. Die „unsichtbare Hand“ regelt angeblich die Märkte. Es fragt sich heute nur: die unsichtbare Hand von wem?

Banken müssen ehrliche Makler werden zwischen denjenigen, die Geld haben, und denjenigen, die es für sinnvolle Unternehmungen brauchen.<sup>14</sup> Denn

das Leistungsversprechen, der Wille etwas zu tun, ist der Loslöser des Geldes. Die Geschäftsbanken haben Kreditnehmer, und deshalb brauchen sie Geld von der Notenbank, die dieses eben deshalb nicht willkürlich druckt, sondern der realen Bedürfnissen der Ökonomie Rechnung trägt.

Könnte nicht im Grunde jeder Einzelne Geld schöpfen? In Wirklichkeit machen wir das längst. Ich verspreche, etwas zu tun, wenn jemand mit einem glaubwürdig dokumentierten Anspruch auf einen Teil des von anderen Geleisteten kommt und mir diesen verspricht, wenn ich mein Versprechen eingelöst habe. Das kann ein Arbeitszettel sein oder ein „richtiger“ Geldschein, die Geldfunktion hängt immer am Vertrauen, der Akzeptanz. In Regional- oder Sektoralwährungen bringen wir das ja auch zur Sichtbarkeit. Allerdings wird es hier schon schwierig, wenn es über den Kaufgeldbereich hinaus- und in die Kreditsphäre gehen soll.

Wir brauchen ein soziales Bankwesen, das auch die Kreditrisiken richtig auszugleichen vermag - und sozialschädliche Geschäfte unterlässt.

Und wir brauchen auch eine Reform der Währungsverhältnisse. Die Wechselkurse zwischen den verschiedenen Währungen sollten sich nicht primär über Märkte, sondern über Vereinbarungen regeln, bei denen es zum Beispiel darum ginge, ob die Geld- und Handelsströme im Gleichgewicht sind. Banken müssten bei den Assoziationen, den zu schaffenden Verständigungsorganen der Wirtschaftspartner, angesiedelt werden.

Wir müssen auch lernen, mit solchen Kategorien wie „altes“ und „junges“ Geld umzugehen. Geld kann letztlich nie mehr wert sein als die Leistungen für die es steht, die vorhandenen und die zukünftig versprochenen. Fähigkeiten der Menschen sind daher letztlich die Deckung des Geldes.

<sup>13</sup> Goldman Sachs - Eine Bank lenkt die Welt, 4.9.2012 - ARTE. <http://videos.arte.tv/de/videos/goldman-sachs-eine-bank-lenkt-die-welt-6894428.html>

<sup>14</sup> Vgl. Harald Spehl, Christoph Strawe: Wirtschafts- und Finanzkrise - und kein Ende? Wie kommt Vernunft in die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse? Sozialimpulse.3/2009.



# Philosophie der Freiheit und National- ökonomischer Kurs<sup>1</sup>

## Versuch eines methodischen Zuganges zu ihrem inneren Zusammenhang

*Nach Udo Herrmannstorfer von  
Jürgen Sust*

### Einleitung: Der Doppelcharakter der heutigen Zeit

Jeder Mensch will heute als Individualität ernst genommen werden, nicht nur als einer von vielen gesehen werden. Die Gesellschaft schützt heute den Einzelnen, der mit Individualrechten ausgestattet ist. Wir stehen nach Rudolf Steiner an einem Punkt innerhalb der Menschheitsentwicklung, wo das zukünftige Schicksal der Welt aus dem Menschen heraus geboren werden muss. Macht man sich das klar, merkt man erst, welche Verantwortung heute den einzelnen Menschen auferlegt ist. Plötzlich sind wir diejenigen, die die Antwort auf die Fragen finden sollen, die die Welt an uns stellt. Bis jetzt haben andere für uns geantwortet, in dieser Situation muss jetzt der Mensch, die Individualität lernen, Verantwortung

<sup>1</sup> Vom Vortragenden nicht durchgesehene frei gehaltene Zusammenfassung von Ausführungen, die Udo Herrmannstorfer bei einem Seminar vomn 28.-30. Oktober 2011 in Frankfurt mit dem Titel: „Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs“ gemacht hat.

zu übernehmen und für die Welt einzutreten. Man kann sich nicht mehr naiv verhalten, jeder Einzelne muss heute lernen, die richtigen Fragen zu stellen, um in der für ihn und die Welt angemessenen Weise antworten zu können.

### 1. Die Individualisierungsfrage, wer bin ich?

Das was wir heute Individualisierung nennen, dass wir uns als Ich erfassen können, hängt damit zusammen, dass wir uns von der Welt abgrenzen können. Solange ich glaube, noch mit unbekanntem und fremden Fäden mit der Welt verbunden zu sein, kann ich nicht wirklich von Individualität sprechen. Wahrhaft „Ich“ kann der Mensch erst zu sich sagen, wenn er sich von der Welt abgelöst hat. Indem wir für uns wach werden, verlieren wir gleichzeitig auch den Zusammenhang mit der geistigen Welt, zu den geistigen Wesen, die uns bisher geleitet haben. Jetzt tauchen Fragen auf wie: Gibt es noch etwas, was wir aus der geistigen Welt mitgenommen haben, das uns mit dieser Welt verbunden hält? Wo ist der Ariadnefaden, der uns den Weg aus dem Labyrinth, in das uns unser Verstand<sup>2</sup> geführt hat, herausführen kann<sup>3</sup>?

Dieses Verschwinden der geistigen Realität, diese Landung in der diesseitigen Welt, in der Kausalität des Faktischen, findet einen Ausdruck in der Philosophie Immanuel Kants. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass die Grenzen zur geistigen Welt für alle Zeiten geschlossen sind und das menschliche Erkenntnisvermögen nicht geeignet ist, diese Grenzen zu überschreiten. Der Pflichtbegriff wird dann eine Hilfskonstruktion, mit der er auf die Frage antwortet, wie der Mensch noch eine Ethik haben kann, um in seiner Erkenntnisbeschränkung nicht unmoralisch zu werden. Mit dieser Beschränkung reduziert sich die Freiheit auf ein Postulat der praktischen Vernunft, kann nicht als Handeln aus konkreter Erkenntnis, als schöpferische Antwort auf eine erkannte Situation verstanden werden.

### 2. Die soziale Frage (Beziehungsfrage), der Andere, das Miteinander

Die Beantwortung der Freiheitsfrage hängt also mit einer Erweiterung der menschlichen Erkenntnis auf das Engste zusammen, sie wird zu einer existenziellen Frage: Wie kann ich die Tür wieder aufstoßen, die Kant mit einer gewissen Folgerichtigkeit gegenüber

<sup>2</sup> Es sind die Irrlichter, die in Goethes Märchen den Verstand repräsentieren. Sie sind scheinbar zu nichts nütze und doch sind sie es, die am Ende die Schlösser des unterirdischen Tempels aufschließen.

<sup>3</sup> „So wahr es ist, dass wir uns der Natur entfremdet haben, so wahr ist es, dass wir fühlen: wir sind in ihr und gehören zu ihr. Es kann nur ihr eigenes Wirken sein, das auch in uns lebt. Wir müssen den Weg zu ihr zurück wieder finden. Eine einfache Überlegung kann uns diesen Weg weisen. Wir haben uns zwar losgerissen von der Natur; aber wir müssen doch etwas mit herüber genommen haben in unser eigenes Wesen. Dieses Naturwesen in uns müssen wir aufsuchen, dann werden wir den Zusammenhang auch wieder finden.“ (Rudolf Steiner: Die Philosophie der Freiheit. Grundzüge einer modernen Weltanschauung. Seelische Beobachtungsergebnisse nach naturwissenschaftlicher Methode, GA 4, Dornach 1995, S. 34)

der vergangenen Erkenntnislage der Menschheit verschlossen hat? Die „Philosophie der Freiheit“ ist nichts anderes als ein Öffnen jener Tür. Rudolf Steiner öffnet sie ohne Rückgriff auf Esoterik, ohne Rückgriff auf ein vergangenes Weisheitsgut, auf Überlieferungen, sondern baut nur auf Wahrnehmung und Denken, die für jeden, der sich diesen nicht verschließt, als Ausgangspunkte allen menschlichen Erkennens nachvollziehbar sind. Er betont, dass die „Philosophie der Freiheit“ existenziell gemeint ist, es sich eigentlich um die Wegbeschreibung eines Menschen handelt, der diesen Weg zur Freiheit gegangen ist. Dieser hier beschriebene Weg wird letztlich für jeden Menschen anders aussehen.

Dennoch hat er etwas Urbildliches, das demjenigen, der sich auf dieses unbekanntes Terrain begibt, eine Orientierung ermöglicht: Er wird die Freiheitsfrage als das Fundament, als die Stütze für das Geistige erkennen. Es handelt sich hierbei um einen Zugang, der noch vor dem eigentlichen Schauen des Geistgebietes liegt, um einen geistigen Erkenntnisweg der ergebnisoffen ist<sup>4</sup>. In ihrem Kern führt die Freiheitsfrage den Menschen dazu hin, dass er sich in seiner Menschlichkeit findet. Er führt zu dem Erlebnis, dass er sich als ein geistiges Wesen in einer Geistwelt befindet. Das heißt gleichzeitig, dass er sein Vergangenheitswesen zurückdrängen, abstreifen, überwinden kann, dass er sich öffnen kann bis hin zu der Einsicht und dem möglichen, daraus folgenden Entschluss: „Ich will tun, was sich mir als richtig erweist und nicht, was ich gerne hätte“. Damit lande ich auf dem Weg zur Freiheit im Kern bei demjenigen, was mir entgegenkommt, lande ich beim Anderen, bei dem, was mir sonst als Welt nur gegenübersteht; d.h. der Weg zur Freiheit führt letzten Endes in die Sozialität. Der Vorwurf, dass die Freiheitssuche den Menschen für immer aus dem sozialen Kontext herausführt und in die Isolation seiner Egoität enden muss, stimmt eben nicht. Vielmehr führt die Freiheitsfrage den Menschen letztlich in eine Erweiterung seines Ich. Der Kern der Freiheitsfrage ist der Andere, sind die anderen We-

4 „Wenn jemand verwundert darüber sein sollte, dass man in diesem Buche noch keinen Hinweis findet auf das Gebiet der geistigen Erfahrungswelt, das in späteren Schriften von mir zur Darstellung gekommen ist, so möge er bedenken, dass ich damals eben nicht eine Schilderung geistiger Forschungsergebnisse geben, sondern erst die Grundlage erbauen wollte, auf der solche Ergebnisse ruhen können. Diese ‚Philosophie der Freiheit‘ enthält keine solchen speziellen Ergebnisse, ebenso wenig als sie spezielle naturwissenschaftliche Ergebnisse enthält; aber was sie enthält, wird derjenige nach meiner Meinung nicht entbehren können, der Sicherheit für solche Erkenntnisse anstrebt. Was in dem Buche gesagt ist, kann auch für manchen Menschen annehmbar sein, der aus irgendwelchen ihm geltenden Gründen mit meinen geisteswissenschaftlichen Forschungsergebnissen nichts zu tun haben will. Demjenigen aber, der diese geisteswissenschaftlichen Ergebnisse als etwas betrachten kann, zu dem es ihn hinzieht, dem wird auch wichtig sein können, was hier versucht wurde. Es ist dies: nachzuweisen, wie eine unbefangene Betrachtung, die sich bloß über die beiden gekennzeichneten für alles Erkennen grundlegenden Fragen erstreckt, zu der Anschauung führt, dass der Mensch in einer wahrhaftigen Geistwelt drinnen lebt. In diesem Buche ist erstrebt, eine Erkenntnis des Geistgebietes vor dem Eintritte in die geistige Erfahrung zu rechtfertigen. Und diese Rechtfertigung ist so unternommen, dass man wohl nirgends bei diesen Ausführungen schon auf die später von mir geltend gemachten Erfahrungen hinzuschließen braucht, um, was hier gesagt ist, annehmbar zu finden, wenn man auf die Art dieser Ausführungen selbst eingehen kann oder mag.“ (Die Philosophie der Freiheit, S. 8f.)

sen. Das ist die eigentliche Überraschung, das die Freiheitsfrage letztlich nicht aus dem Weltkontext, dem sozialen Kontext herausführt, sondern in ihn hinein. Es ist ein tiefes Vorurteil dem Freiheitsstreben gegenüber, dass Freiheit in die Distanz zur der Sozietät münden müsse. Daraus ergibt sich dann das: „Jeder kann in seinem eigenen Garten machen, was er will, solange er bloß den anderen in Ruhe lässt“<sup>5</sup>.

Aber das Ergebnis des Freiheitsweges ist eben nicht die Willkür, sondern er endet in der Liebe zur Handlung, welche mein freier Entschluss ist, dem meine Einsicht in den Zusammenhang, in den hinein ich handle, voranging. So geht es bei der Freiheitsfrage einerseits um die menschliche Individualität, andererseits immer auch um die Gemeinschaft. Um uns sind die anderen Menschen - und wir brauchen sie, nicht nur wenn wir irgendwie hilflos werden, sondern um überhaupt etwas Sinnvolles in der Welt machen zu können. Wenn wir also zunächst fragen „Wer bin ich“ und uns damit in ein Verhältnis zu uns selbst setzen, wenn jeder „für sich“ ist, gibt es auch das gegenteilige Verhältnis, die Beziehung zum Anderen, und damit die Beziehung zwischen unterschiedlichen Menschen: das Miteinander. Einfach die Tatsache, dass auch andere Menschen da sind, mit denen wir in vielfältigster Weise zu tun haben, bringt uns in eine Beziehung zu denselben. Und diese Beziehung die wir zu anderen haben dadurch, dass sie neben uns und mit uns sind, nennen wir weitesten Sinne eine Rechtsbeziehung. D.h. neben der Freiheitsfrage haben wir die Rechtsfrage, die Frage der Gleichheit. Hier müssen Menschen Vereinbarungen treffen, sich in Einklang zueinander setzen. Da gibt es ein breites Spektrum, je nachdem, worum es geht, aber bei allen Rechtsfragen, allen Vereinbarungen geht es im Kern um die Ordnung der Beziehungen, des Neben- und Miteinander.

### 3. Die ökonomische Frage, das „Füreinander“

Aber es gibt noch eine dritte Beziehung. Schauen wir genau, dann sind wir nicht nur für uns als Individualität da, es sind nicht nur andere Menschen um uns herum, sondern wir leben auch alle gleichzeitig auf der Erde. Zu unseren Lebensbedingungen gehört eben, dass wir auch ein Stück Erdenmensch an uns tragen. Dieser Erdenmensch, der eben notwendig ist, um uns als geistige Wesen überhaupt zu emanzipieren, um überhaupt Individualität zu werden, der ist angewiesen auf die Bedingungen der Erde selbst. Und deshalb muss der Mensch, als ein in das Dasein Geworfener, auch sehen, wie er als Mensch auf dieser Erde existieren kann. Diese Existenz auf der Erde ist eben weitgehend immer mehr davon abhängig, dass er tatsächlich die Natur wie sie gegeben ist, die Erde wie sie eben da ist, nicht nur so nimmt, wie sie gegeben ist, sondern das er sie so verändert, das er sie so verwandelt, dass sie zum Träger des sich zur Kultur entfaltenden Menschen, dass sie Träger des freien Menschen sein kann. Diese Verwandlungs-

5 So wie das ja auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland formuliert, hat jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, solange er nicht das Recht anderer beeinträchtigt.

arbeit nennen wir Ökonomie, - sie beginnt mit der Bearbeitung der Natur. Das ist der Beginn einer dritten Beziehung die der Mensch entfaltet. Sie hat in der modernen Zeit eine Richtung angenommen hat, die man das „Füreinander“ nennen kann. Durch die strukturelle Arbeitsteilung und den dadurch notwendigen Altruismus zu dem der darin arbeitende Mensch gezwungen ist<sup>6</sup>, kann er nicht dauernd nur nach sich, nach seiner Freiheit fragen, danach fragen, was ihm für Rechte zustehen oder nicht. Sondern indem wir in das arbeitsteilige Berufsleben eintreten, müssen wir noch eine dritte Beziehung ausgestalten, die dadurch entsteht, dass wir etwas für die Welt, für die Menschen leisten. Die Frage hier lautet: Was tust du eigentlich für den Anderen? Diese Frage ist für den Menschen, der sich auf den Weg zu sich selbst macht, die Kehrseite der Frage: „Wer bin ich? Das steckt in jeder Ökonomie als innerste Frage darin. Geht dich der andere etwas an? Was ist dein Beitrag für ihn? Diese Frage nach dem, was wir für einander beitragen, können wir im weitesten Sinne nennen: „das sich kümmern um den Anderen“. Das, was wir als Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit bezeichnen, das ist die andere Seite der Medaille.

Nehmen wir in der Zeit, in der sich die arbeitsteilige Weltwirtschaft entwickelt hat, das „Füreinander“ ernst und stellen die Frage: Wer ist denn das „für“? Wer ist denn der Andere? - dann gibt es nur eine einzige Antwort darauf: der Andere das sind eben alle. Der Nächste ist nicht bloß der Nächste, sondern, der Nächste ist jeder andere auch. So haben wir in der Ökonomie genau die umgekehrte Problemstellung wie im Geistesleben: ich muss mit der Frage nach dem Ganzen, der Ganzheit beginnen, mit der Frage nach der Peripherie. Die Ökonomie fängt in der Moderne mit der Frage nach dieser Ganzheit, nach der Gemeinschaft an, die dadurch da ist, dass wir alle Menschen auf der Erde sind, die unser individuelles Leben trägt. Im Gegensatz zur Freiheit, die im punktuell, im Ich, beginnt, beginnt die Ökonomie eigentlich mit der peripheren Frage: wie werde ich jetzt wach für die Menschheit als Ganzes. Somit führt mich die Freiheitsfrage von einer ganz persönlichen - von mir ausgehenden Frage: Bin ich frei? zu dem Gegensatz, der mich zu den anderen Menschen führt. In der Ökonomie beginnen wir mit der Frage nach dem Ganzen, fangen außen, an der Peripherie an. Nun entsteht die Frage, wo der ganz konkrete Ansatzpunkt in der Gesellschaft ist. Das heißt, die Gesellschaft kann Ökonomie nur weiterentwickeln, wenn sie in jeder Beziehung den Blick auf das Individuelle, den konkreten einzelnen Menschen und seine Bedürfnisse richtet. Die Soziale wird sich nur wirklich entfalten, wenn es das Individuelle findet, und die Individualitäten durch ihre Freiheit erleben können, dass sie in sich, in ihrem tiefsten Grunde den andern Menschen entdecken.

Damit ist die Situation, in der wir uns befinden, umrissen. Wir haben auf der einen Seite die Frage nach der Freiheit, die „Philosophie der Freiheit“ als Verständigungsmöglichkeit zugrundegelegt und auf der anderen Seite die Frage nach der Ökonomie,

den „Nationalökonomischen Kurs“. Dies sind zwei Wege zu dem gleichen Ziele. Gehen wir in die Freiheitsfrage wirklich hinein, so bemerken wir, dass wir auf der sozialen Seite landen. Und auf der sozialen Seite bemerken wir, da steht im Mittelpunkt der einzelne Mensch. Das ist das Credo der Gemeinschaft: die Gemeinschaft landet bei der Verantwortung für das Individuelle<sup>7</sup>, das Individuelle landet in seiner Tiefe in der Beziehung zum Ganzen. Diese beiden Eigenschaften stellen in ihrer Polarität zwei verschiedene Beziehungswege dar, die sich gegeneinander beleuchten und bedingen.

### Jürgen Sust

arbeitet im Rudolf Steiner Haus Stuttgart und war beteiligt an zahlreichen Arbeitskreisen zur Philosophie der Freiheit.

## Hinweis

Vom 26. - 28. Oktober findet in Frankfurt/M ein **Seminar „Wertschöpfung: Verständnis und praktische Konsequenzen“** statt (Ort: Steiner Haus, Hängelstr. 67, 60433 Ffm. Mitwirkende: Christian Czesla, Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl, Dr. Michael Ross, Prof. Dr. Christoph Strawe).

Das Seminar setzt die Arbeit vom letzten Jahr am Thema „Von der Philosophie der Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs“ fort. Es wird am Freitag, dem 26. Oktober, um 20 Uhr eröffnet durch einen Vortrag von Udo Herrmannstorfer zu diesem Grundthema. Es folgt am Samstag vormittag eine Darstellung von Dr. Michael Ross „Wertbildende Bewegungen und wertbildende Spannungen - Was ist wirklich ‚wertvoll‘?“ Am Nachmittag spricht Christian Czesla über Wertschöpfungsrechnung (doppelte Buchführung, Sozialbilanzen etc.) und führt Übungen hierzu mit den Teilnehmern durch. Nach den Vorträgen finden immer wieder Aussprachen statt. Abends dann wendet man sich der „wirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Gemeinwohlökonomie“ zu (Vortrag von Harald Spehl und Aussprache).

Am Sonntag geht es in einem Forum um praktische Konsequenzen (gerechte Preisbildung, Kooperation, Pull- statt Push-Ökonomie). C. Strawe leitet hierbei ein. In einem Schlussgespräch soll eine Zusammenfassung versucht werden. Das Seminar endet am Sonntag um 12.30 Uhr, am Freitag ist das Tagungsbüro ab 19.30 Uhr zum Einchecken geöffnet. Die Teilnahmegebühr (ohne Unterbringung und Verpflegung) beträgt 175 EUR (im begründeten Einzelfall sind auch Ermäßigungen möglich). Dazu kommen 25 EUR für die Gemeinschaftsverpflegung - die auch die Pausenverpflegung einschließt. Anmeldung: institut@sozialimpulse.de. Siehe a. S. 52 im Heft.

<sup>7</sup> Nur die Gemeinschaft, die alles für den Einzelnen will, kann eine moderne Gemeinschaft sein. (vgl. R. Steiner: „Freiheit und Gesellschaft“) „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ heißt es in Art. 1 GG. Daran sieht man, dass heute das Individuum im Fokus der Gesellschaft stehen muss.

<sup>6</sup> Wir lernen in der Arbeitsteilung de facto, dass jeder Mensch auch noch etwas für andere leistet.

# Neue Medien

## Gefahren und Möglichkeiten

### **Verschiedene Beiträge Zusammenfassung Christoph Strawe**

*Neue Medien verändern unser gesellschaftliches und individuelles Leben. Wir müssen uns zu ihnen verhalten, bis in die Fragen des öffentlichen Wirkens für die Dreigliederung hinein. Dazu aber müssen wir wissen, womit wir es qualitativ überhaupt zu tun haben. Dass dem Thema auch in unserem Umkreis vermehrt Interesse entgegengebracht wird, ist daher erfreulich. Das ist auch Pionieren wie den Mitarbeitern des IPSUM-Instituts zu danken, die jahrelang den Boden vorbereitet haben. Ein Kolloquium des Forums Zeitfragen in der Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland am 6. März 2012 in Frankfurt und ein weiteres Forschungskolloquium des Instituts für soziale Gegenwartsfragen am 18./19. Mai im Stuttgarter Forum 3 boten Gelegenheit, sich dem Thema vertiefend zu widmen. Das führte auch zu gegenseitiger Anregung, die u.a. in der Teilnahme einiger Menschen an beiden Veranstaltungen zum Ausdruck kam. Von den zahlreichen Beiträgen vieler Experten seien hier nur die Referate von Edwin Hübner und Professor Heinz Buddemeier in Frankfurt und die von Roland Benedikter - per Video aus USA eingespielt - und Udo Herrmannstorfer in Stuttgart genannt.*

*Im folgenden Artikel habe ich, unter Verwendung meiner eigenen Arbeit zur Konzentration des Stoffes für einen öffentlichen Vortrag in Zürich, wesentliche Gesichtspunkte, die bei beiden Kolloquium behandelt wurde, in freier Form zusammengefasst, - Hinweise auf Beiträge, auf die ich mich jeweils gestützt habe, finden sich in den Fußnoten.*

### **Pro und Contra**

Neulich fragte mich tatsächlich jemand, was denn Facebook sei - und zeigte sich sehr verwundert, als ich ihm erzählte, dass dort fast eine Milliarde Menschen mitmachen. Ein solches Maß an Unwissenheit ist aber weniger typisch als noch vor einigen Jahren, auch in der älteren Generation, die zunehmend ebenfalls ins Internet geht - auch wenn sie es im praktischen Umgang mit den „Digital Natives“ der jungen Generation nicht aufnehmen kann. Gesellschaftliche Bewegungen wie die Piratenpartei leben von ihrem Kompetenzvorsprung gegenüber der traditionellen Politik in Sachen neue Medien. Ohne Zugang zu solchen Medien gibt es offensichtlich keine umfassende Beteiligung am

gesellschaftlichen Leben mehr: Medienkompetenz und Mündigkeit gehören zusammen. So wird denn „Inklusion“ für Menschen mit Behinderungen auch auf diesem Gebiet vehement eingefordert.

Zugleich gibt es zunehmend eine heftige Kontroverse darüber, wie „gut“ oder „schlecht“ der Umgang mit neuen Medien für die Menschen sei. Auf der einen Seite steht die Euphorie über die gigantischen neuen Möglichkeiten nicht der Information und darüberhinaus der interaktiven Kommunikation. Wer selbst noch die Steinzeit des PC erlebt hat, kann sich solcher Gefühle nur schwer erwehren. Auf der anderen Seite steht ein Buch oben auf den Bestsellerlisten, das den Titel „Digitale Demenz“ trägt. Darin warnt ein hochkarätiger Experte, der Hirnforscher Manfred Spitzer, vor zu frühem und überhaupt exzessivem Gebrauch der Medien, der zur regelrecht Verblödung führe und nachweislich süchtig mache.<sup>1</sup> In der Regel könnten Menschen, die auf traditionelle Weise gelernt hätten Fragen zu stellen und Gesichtspunkte zu entwickeln, mit Suchmaschinen produktiver umgehen als solche, die mit Google groß geworden seien. Das ist ernst zu nehmen, auch wenn man sich daran erinnern mag, dass alarmistisch Warnungen bei keiner technischen Neuerungen gefehlt haben: beim Buchdruck vor der „Lesesucht“, bei der Eisenbahn vor schweren Nervenkrankungen durch vorbeifahrende Züge.

### **Eigene Betroffenheit**

Unser Institut für soziale Gegenwartsfragen und die Initiative Netzwerk waren durch das Thema in doppelter Weise gefordert: erstens aus den praktischen Erfordernissen des zukünftigen Wirkens für die soziale Dreigliederung heraus<sup>2</sup> und zweitens aus den Notwendigkeiten des forschenden Umgangs mit den wichtigsten Zeitfragen (vgl. hierzu den im Kasten gegenüber dokumentierten Fragenkatalog für das Stuttgarter Kolloquium).

Zum Zeitpunkt der Kolloquia lag der inzwischen abgeschlossene Relaunch unserer Website noch vor uns, und wir suchten Gesichtspunkte des Herangehens dafür. Generell sahen wir uns in einer Phase der Organisationsbiografie, in der Ergebnissicherung und Weitergabe von Forschungsergebnissen und praktischen Ansätzen an die jüngere Generation eine immer größere Rolle zu spielen begann. Dabei mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass bei aller Wichtigkeit des Erscheinens einer Zeitschrift wie der Sozialimpulse die Umorientierung großer Teile der jüngeren Generation weg von den Print-Medien nicht ignoriert werden durfte.

Unsere Forschungsfragen bündelten sich in der Frage nach einem qualitativen Verständnis der gesellschaftlichen und individuellen Wirkungsweise

<sup>1</sup> Manfred Spitzer: Digitale Demenz. Wie wir uns und unsere Kinder um den Verstand bringen. 368 Seiten, Droemer Verlag München 2012.

<sup>2</sup> Das begann bereits Ende der 90er Jahre mit dem Projekt „Neue Wege in der anthroposophischen Publizistik“; vgl. C. Strawe: „Medien - die vierte Gewalt“, in: Dreigliederungs-Rundbrief Nr. 4 / 97.

neuer Medien, und dies nicht als bloße theoretische Frage, sondern als seelische Beobachtungsaufgabe.

### **Die Entwicklung des Medienwesens und sein Einfluss auf den Einzelnen und die Gesellschaft**

Man könnte meinen, eine derartige Betrachtung müsse mit einer Definition der Kategorie Neue Medien beginnen. Die Schwierigkeit liegt darin, dass alle Medien einmal als neue Medien begonnen haben und die Abgrenzung immer ein Stück uneindeutig ist. Zweifelsohne war das Internet ein qualitativer Sprung in der Entwicklung, doch die Interaktivität war damals gegenüber den sozialen Netzwerken natürlich noch sehr kümmerlich. - So erscheint es gerechtfertigt, die historische Schritte der Medienentwicklung qualitativ zu charakterisieren, ohne definitorischen Anspruch.

Wegweisend für die Theorie der Medien ist der kanadische Kommunikationstheoretiker Marshall McLuhan (1911-1980).<sup>3</sup> Sein bekanntester und sprichwörtlich gewordener Satz lautet: „The Medium is the Message, das Medium ist die Botschaft“, - zugleich die Überschrift eines seiner Hauptwerke. Der Satz sagt im Kern, dass Medien nicht neutrale Vermittler sind, sondern die Art der Wahrnehmung der Welt verändern. D.h. McLuhan beschäftigt die Frage, was Medien mit der Wahrnehmung des Menschen tun. Die Medien sind für ihn ebenso „Körpererweiterungen“ wie Werkzeuge und Maschinen. Diese sind jedoch nicht technisch, sondern anthropologisch zu verstehen.

McLuhan unterscheidet hier verschiedene Entwicklungsepochen. Die erste ist für ihn die „orale Stammeskultur“, in der Menschen in einem überwiegend akustischen Raum lebten. Hauptmedium war die Sprache, das Leben war durch starke Abhängigkeit voneinander gekennzeichnet. Weder die Individualität noch abgegrenzte Wissenschaften existierten.

Die 2. Epoche kann man als „literale-Manuskriptkultur“ sehen. Das wichtigste Medium ist die Schrift. Das Auge tritt in den Vordergrund. Eine Zivilisation kann entstehen, die aber noch dadurch mitgeprägt ist, dass viele Menschen nicht lesen können, Bücher vorgelesen werden müssen.

Die 3. Epoche ist die der „Gutenberg-Galaxies“. Sie beginnt mit dem Buchdruck. Die Technik schreitet voran, was nach McLuhan zu einer Art „Explosion“ der Welt führt, weil den Menschen immer mehr Einzelheiten zugänglich werden. Durch die Elektrizität jedoch finde wiederum eine Art „Implosion“ statt: Das Ganze kann zusammengefasst werden zu einem - auch das wieder ist sprichwörtlich geworden - „global village“. Videokonferenzen über Kontinente hinweg, Millionen, die eine Fußballweltmeisterschaft im TV ansehen, aber auch das Internet, all das be-

<sup>3</sup> Vgl. a.i.f. [http://de.wikipedia.org/wiki/Marshall\\_McLuhan](http://de.wikipedia.org/wiki/Marshall_McLuhan). Ferner: [http://www.filmkrake.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=96&Itemid=168](http://www.filmkrake.de/index.php?option=com_content&view=article&id=96&Itemid=168)

## **Fragen zu den Komplexen**

### **1. Chancen und Risiken neuer Medien: Grundfragen im bewussten Umgang**

- Welche qualitativen Veränderungen in unserem Wirklichkeitserleben bringt der flächendeckende Einsatz der neuen Medien?
- Bedeutet Fortschritt der Medienentwicklung auch Fortschritt der individuellen menschlichen Entwicklung?
- Wie kann die moralische Entwicklung mit der Entwicklungsgeschwindigkeit technischer Medien Schritt halten?

### **2. Veränderung sozialer Strukturen durch neue Medien**

- Ende der Bildungsprivilegien? Was ändert die persönliche Verfügbarkeit des gesamten menschlichen Wissens an den gesellschaftlichen Strukturen?
- Welche Auswirkungen hat das Internet als Kommunikationsplattform für das demokratische Verhalten und die demokratischen Strukturen?
- Operationale Krönung des Neoliberalismus oder Plattform für beginnende Kooperation? Welche Folgen hat das Internet als universell direkt zugängiger Marktplatz für das ökonomische Verhalten?

### **3. Nutzung neuer Medien in der Öffentlichkeitsarbeit**

- Medien verlangen immer neue Informationen: Wie kann man mit der Tendenz zur Inflationierung und damit auch zur Banalisierung medialer Inhalte umgehen?
- Mediale Präsenz oder Exhibitionismus? Wie kann man verantwortlich umgehen mit dem Zwang zur Selbstanpreisung?
- Was bedeutet es, wenn jeder einzelne oder jede Gruppe von jedem als Ziel seiner Absichten ins Visier genommen werden kann (zielgruppen-genau)?

### **4. Praktische Erfahrungen**

- Kann man heute bereits eine Gewinn- und Verlustrechnung in Bezug auf den Einsatz der neuen Medien machen?
- Gibt es die Alternative des Nicht-Mitmachens überhaupt?
- 5. Perspektiven für einen neuer Umgang mit neuen Medien?

(Arbeitspapier zum Forschungskolloquium des Instituts für soziale Gegenwartsfragen am 18./19. Mai 2012 in Stuttgart)

deutet „global village“. Mit dieser Idee weltweiter Vernetzung eilte McLuhan seiner Zeit weit voraus.

### Bewusstseinsseele und Information<sup>4</sup>

Anthroposophisch betrachtet sind die Entwicklungsepochen Orte der Erringung jeweils neuer Stufen seelischer Selbstständigkeit durch die Menschen. In ihrem Verlauf stülpt sich das Verhältnis von Einzelnen und Gemeinschaft um und der Einzelne tritt in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens (Individualisierung). Die Einbeziehung der Betrachtung jeweils epochencharakteristischer Medien bereichert diese Sicht um einen wesentlichen Punkt.

Das Zeitalter der „Gutenberg Galaxies“ ist die Neuzeit: die Epoche der Bewusstseinsseele und damit des Zeitalters, in dem Entwicklung immer mehr vom einzelnen Menschen ausgehen muss. Die Bewusstseinsseele ist der Ort des Erwachens des Ichbewusstseins. Hier entscheidet sich, ob eine bewusste Verbindung mit der Welt realisiert wird oder seelische Vereinsamung eintritt, ob Mündigkeit realisiert wird oder Rückfall in das „Man“ der Masse eintritt. Medien öffnen Räume für die Publizität des Urteils des Einzelnen und den Zugang zu der für die Urteilsbildung nötigen Information, stehen aber immer auch in der Gefahr, Instrumente eines Konformitätsdrucks der „öffentlichen Meinung“ als Mehrheitsmeinung zu werden.

So ist die Ambivalenz, die in der Entwicklung des Medienwesens entsteht und heute kulminiert, bereits den Printmedien immanent. Der junge Steiner preist die emanzipatorischen Wirkungen der Buchdruckerkunst in emphatischen Worten auf einer Arbeiterversammlung im Zirkus Busch zum Gutenbergjubiläum 1900. Knapp ein Vierteljahrhundert später arbeitet derselbe Steiner heraus, wie die Buchdruckerkunst von Kräften und Wesen benutzt wird, die die Entwicklung des Menschen zur verantwortungsvollen Freiheit durchkreuzen wollen.<sup>5</sup> Diese Sichtweisen scheinen nur auf den ersten Blick auf einen absurden Widerspruch hinauszulaufen, während sie in Wirklichkeit widersprüchliche Tendenzen in der Sache selbst widerspiegeln: Medien können Verbreitungsstützen eines freien Geisteslebens oder Instrumentarium von Manipulation sein.

### Zahlen und Fakten zur Entwicklung des Medienwesens<sup>6</sup>

1910 hatte ein Durchschnittshaushalt in Deutschland 1 Zeitung und 2 Bücher, wenige ein Grammophon. Es gab 1500 Kinos. 1919 hatten gab es 300.000 Festnetztelefone, 1923 fand die erste öffentliche Radiosendung statt. 1933 war das Radio als Volksempfänger das wichtigste Propagandainstrument des 3. Reiches. Der Krieg verhinderte, dass das Fernsehen diese Rolle übernahm. Die erste öffentliche

<sup>4</sup> Vgl. Medien - die vierte Gewalt, a.a.O.

<sup>5</sup> Gutenbergs Tat als Markstein der Kulturentwicklung. In GA 31, Dornach 1966, S. 341 ff. und Vortrag vom 20. Juli 1924, GA 240.

<sup>6</sup> Ich stütze mich hier auf Edwin Hübners Referat beim erwähnten Kolloquium in Frankfurt („Medien und virtuelle Welten als Herausforderung für die Entwicklung der Bewusstseinsseele“).

### R. Steiner: Zusammenschmiedung von Mensch und Maschine

„An solchen Stellen ist der Wille dazu vorhanden, die Menschenkraft zusammenzuspannen mit Maschinenkraft. Diese Dinge dürfen nicht so behandelt werden, als ob man sie bekämpfen müsste. Das ist eine ganz falsche Anschauung. Diese Dinge werden nicht ausbleiben, sie werden kommen. Es handelt sich nur darum, ob sie im weltgeschichtlichen Verlaufe von solchen Menschen in Szene gesetzt werden, die mit den großen Zielen des Erdenwerdens in selbstloser Weise vertraut sind und zum Heil der Menschen diese Dinge formen, oder ob sie in Szene gesetzt werden von jenen Menschengruppe, die nur im egoistischen oder im gruppenegoistischen Sinne diese Dinge ausnützen.“

Darum handelt es sich. Nicht auf das Was kommt es in diesem Falle an, das Was kommt sicher; auf das Wie kommt es an, wie man die Dinge in Angriff nimmt. Denn das Was liegt einfach im Sinne der Erdenentwicklung. Die Zusammenschmiedung des Menschenwesens mit dem maschinellen Wesen, das wird für den Rest der Erdenentwicklung ein. großes, bedeutsames Problem sein.“

(R. Steiner, Individuelle Geistwesen und ihr Wirken in der Seele des Menschen. Vortrag vom 25.11.1917, GA 178. Dornach 1992, S. 118f.)

Fernsehsendung hatte im Jahr 1935 stattgefunden, aber erst nach dem Krieg verbreitete sich das TV mit einer ähnlichen Rasanz wie später die Zahl der PCs und Mobilfunkanschlüsse.

Die Verbreitung des PCs gewann an Geschwindigkeit, nachdem ab 1990 das Internet vorhanden war. Heute sind von 7 Mrd. Menschen 2,2 Milliarden am Netz, in Deutschland 97% der unter 25jährigen, 89% der 25- bis 50jährigen und 52% der über 50jährigen. Am Tage, an dem diese Zeilen geschrieben werden, dem 30. September 2012, kommt Google mit der Botschaft: „Feiern Sie mit Google Play: 25 Milliarden heruntergeladene Apps.“

Das Fernsehen bleibt übrigens trotz der Entwicklung der anderen Medien das Leitmedium, macht aber selbst eine Verwandlung durch. Die durchschnittlichen Bildschirmzeiten nehmen sogar zu, so wie generell die durchschnittliche Mediennutzungszeit en pro Tag.

### Trends in der Computertechnologie

Betrachten wir die Entwicklung der Medien mehr qualitativ, so finden wir die folgenden Tendenzen:

- Die Hardware wird immer mehr miniaturisiert, womit die Speicherkapazitäten immens wachsen. Es werden Massenspeicher im Nanometerbereich entwickelt, Zugriffszeiten im Nanosekundenbereich möglich. Experten sagen voraus, dass in dieser Hinsicht noch einmal ein neuer Sprung bevor steht.

- Die Folge ist, dass Gebrauchsgegenstände, z. B. Kühlschrank, Auto, Wohnung, mit „Intelligenz“ ausgestattet werden.

- Geräte, Werkzeuge, Autos, Züge, Flugzeuge usw. werden zunehmend autonom, damit nimmt aber auch die Anfälligkeit für Störungen zu.

- Biologisches und Technisches wird verschmolzen. „Ersatzteile“ für den Menschen (Implantate, Prothesen) werden entwickelt oder perfektioniert. Der Trend geht in Richtung der Steuerung von Maschinen durch Gehirnvorgänge. Auch die Steuerung von Käfern, Ratten usw. wird versucht. Die Fernsteuerung des Menschen scheint technisch möglich zu werden.

- Neue Kriegstechnik wurde bereits entwickelt oder wird es. Unter Obama hat der Drohneninsatz zur gezielten Tötung von „Terroristen“ einen nie gekannten Umfang angenommen. Es wird an selbständig agierenden „intelligenten“ Kriegssystemen gearbeitet.

- Mensch und Maschine wachsen zusammen. Wir befinden uns mitten in diesem Prozess. Roland Benedikter hat in verschiedenen bedeutenden Aufsätzen und auch in seinem Beitrag für das Stuttgarter Kolloquium diese Tendenzen im Detail aufgezeigt und durchleuchtet.<sup>7</sup> Letztlich steht dahinter das Ideal des Transhumanismus, der einen technischen Übermenschen schaffen will, einen „Cyborg“. Man darf sich diejenigen, die so etwas wollen, nicht als Frankenstein vorstellen: es sind im Grund „materialistische Idealisten“, die den Menschen von den Übeln seiner Unvollkommenheit technisch erlösen, ihn damit aber auch an das Irdische fesseln wollen.<sup>8</sup> Die Verbindung von Mensch und Maschine wird nicht aufzuhalten sein, aber die Frage ist eben, ob sie von Menschen

7 Vgl. Roland Benedikter, James Giordano, James Olds: Jahrzehnt des Gehirns, des Verstandes - oder der Vernunft? Die vierte Vorbereitungstagung zu einem internationalen „Jahrzehnt des Bewusstseins“ in Albuquerque, New Mexiko. Sozialimpulse 3/2009, S. 20 ff. Roland Benedikter: Neue Medien? Die globalisierten Kommunikationstechnologien werden zu Körpertechnologien - und ihre Zukunft birgt viele Fragen. Sozialimpulse 1/2012, S. 5 ff. Roland Benedikter: Fragen an neue Medien (Video-Statement für das Kolloquium am 18./19. Mai 2012, unveröffentlicht).

8 Tiefendimensionen dieser Entwicklungen untersucht Andreas Neider in seinem Buch: Der Mensch zwischen Über- und Unternatur. Das Erwachen des Bewusstseins im Ätherischen und die Gefährdung der freien Kräfte. Verlag Freies Geistesleben Stuttgart 2012. Neider referierte zu Teilaspekten dieses Themas auch beim Stuttgarter Kolloquium.

vorangebracht wird, die ihren Wesenskern als „Ich“ erleben und sich nicht selbst als Maschinenwesen missverstehen.

## Suchmaschinen, soziale Netzwerke und Aufmerksamkeitsökonomie

### Beispiel Google

Eine Internetseite ist um so bedeutender, hat um so höhere Autorität, je häufiger sie aufgerufen wird. Das geschieht um so häufiger, als sie bei Recherchen gefunden wird, was wiederum eine Folge ihrer Zugänglichkeit über Suchmaschinen ist. Diese spielen damit eine Schlüsselrolle im Netz. Das Maß aller Dinge bei den Suchmaschinen ist mittlerweile Google geworden. Man sucht nicht mehr, man „googelt“. An Google kommt daher niemand vorbei, denn mit der Schlüsselrolle entstehen zugleich Nutzerprofile, die überaus hilfreich sind, um gezielte Werbung (Google AdWords) an Unternehmen zu verkaufen. Das bringt Google sehr viel Geld ein, und für Unternehmen ist es attraktiv, weil es deutlich weniger Streuverluste gibt als bei traditioneller Werbung. Gewiss, man kann viele Funktionen, durch die solche Profile entstehen bzw. perfektioniert werden, abschalten. Aber die (Selbst)erfahrung zeigt, dass das auf die Dauer so „nervig“ ist, dass man versucht ist, es freiwillig zu unterlassen. Auch hinter dem Unternehmenskonzept von Google stecken transhumanistische Visionen einer übermenschlich leistungsfähigen künstlichen Intelligenz. Google ist so erfolgreich, weil die „menschliche Aufmerksamkeit [...] zum wichtigsten Rohstoff und zur meistgehandelten Ware des 21. Jahrhunderts geworden ist. Der Aufstieg der ‚Aufmerksamkeitsökonomie‘ zum weltweit am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweig zeigt dies.“<sup>9</sup>

### Beispiel Facebook

Die Vorgeschichte von Facebook ist kurios: Marc Zuckerberg, ein genialer Programmierer, besorgte sich als Harvard-Student „Fotos seiner Kommilitonen und stellte Facemash („Gesichterbrei“) ins Netz. Bei dieser zynischen Variante eines Schönheitswettbewerbs konnten die Studenten von jeweils zwei angezeigten Konterfeis das attraktivere wählen.“<sup>10</sup> Das brachte ihm ein Disziplinarverfahren ein, machte ihn aber zugleich berühmt. Zuckerberg fragte sich, ob die Studierenden nicht ganz freiwillig bei einem sozialen Netzwerk mitmachen würden, und diese Vermutung bestätigte sich. 2004 erfolgte die Freischaltung von „thefacebook“ für Harvard-Studierende, von da verbreitete es sich an andere Universitäten, Ende 2004 gab es bereits 1 Mio. Nutzer. Peter Thiel, Mitbegründer des Bezahlsystems Paypal, investierte 500.000 \$ in Facebook. Auch er gilt als Vertreter des „Transhumanismus“.

## Die Entwicklung von Facebook

2005: 5,5 Mio. Teilnehmer

2006: weltweites Angebot

2007: Plattform für andere Anbieter

2008: 100 Mio. Nutzer

2009: 350 Mio. Nutzer, explosionsartige Zunahme weltweit, Erreichen der Gewinnzone

2010: 500 Mio. Nutzer

September 2012: 1 Mrd. Nutzer

Neueste Entwicklung ist die „timeline“, die chronologische Selbstdarstellung der User. Ist die Vision dahinter eine Art Weltgedächtnis in Echtzeit?

9 Roland Benedikter: Neue Medien? a.a.O., S. 5.

10 [http://www.focus.de/digital/internet/facebook/tid-19487/titel-der-grosse-bruder-seite-2\\_aid\\_540725.html](http://www.focus.de/digital/internet/facebook/tid-19487/titel-der-grosse-bruder-seite-2_aid_540725.html)

## Eine Herausforderung der Bewusstseinsseele...<sup>11</sup>

Warum tiefes Erschrecken und Faszination gleichermaßen verständliche Reaktionen auf die neuen Medien sind, sollte durch die Darstellung deutlicher geworden sein. Dabei geht es nicht um Sympathie und Antipathie, nicht um Verbote oder Gebote im Umgang mit diesen Medien. Es gibt keine allgemeinen Antworten auf das Phänomen, sondern jeder einzelne muss Antworten finden. Die Geschwindigkeit der Ausbreitung der neuen Technik ist enorm. Es ist mehr ein Fortsturz, denn ein Fortschritt. Das Bewusstsein hat es schwer mitzukommen. Daher stehen viele wie träumend darinnen, glauben zu agieren, aber funktionieren bloß. Es ist nicht zu leugnen, dass die neuen Medien Aufmerksamkeitskräfte des Menschen in großem Umfang binden, die damit als freie Kräfte nicht mehr zur Verfügung stehen. Da der Mensch zur kreativen Arbeit solche Kräfte braucht, bedarf es großer innerer Anstrengungen, sich nicht von der neuen Technik bannen zu lassen. Wer träumt, kann diese innere Arbeit nicht leisten.

## Information, Kommunikation, Manipulation

Das Erwachen des Ich in der Bewusstseinsseele bedeutet zunächst einmal Abtrennung von der Welt, auch der geistigen Welt, und Aussonderung aus ihrem Zusammenhang. Auf dem Freiheitsweg hat sich der Mensch aus den Bindungen gelöst und muss den Zusammenhang mit der Welt selbstständig und neu finden. Doch dies erweist sich als noch viel schwieriger als die Loslösung aus ihm. Der Zustand des Getrenntseins erst schafft „Informationsbedürfnis“ im modernen Sinn. Woher erfahre ich, was ich und die Gesellschaft brauchen? Von der geistigen Welt blieben allenfalls Glaubensdogmen kirchlicher Autoritäten. Die Befragung von „Medien“ - Menschen, die in Trancezuständen Kunde von dieser Welt geben sollten - wie im Spiritismus - half da auch nicht weiter. Sie führte nur zur Verstärkung des Materialismus und zu einer noch stärkeren Autoritätsabhängigkeit.

Die Summe von Einzelinformationen, wie sehr auch immer die Datenvolumina wachsen mögen, schafft noch keine Durchschaubarkeit von Zusammenhängen. - Daher gelangen wir von der Frage bloßer Information

<sup>11</sup> Dieser Teil des Artikels stützt sich auf das Referat von Udo Herrmannstorfer „Informieren - kommunizieren - manipulieren?“ am 18. Mai 2012 beim Stuttgarter Kolloquium.

## ... die Kraft, nicht unterzusinken

„Im naturwissenschaftlichen Zeitalter, das um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts beginnt, gleitet die Kulturbetätigung der Menschen allmählich nicht nur in die untersten Gebiete der Natur, sondern *unter* die Natur hinunter. Die Technik wird Unter-Natur.

Das erfordert, dass der Mensch erlebend eine Geist-Erkenntnis finde, in der er sich eben so hoch in die Über-Natur erhebt, wie er mit der unternatürlichen technischen Betätigung unter die Natur hinuntersinkt. Er schafft dadurch in seinem Innern die Kraft, nicht unterzusinken.“

(R. Steiner: Anthroposophische Leitsätze, GA 26, Leitsatz 183 und 184)

zu der tiefergehenden Frage nach Beteiligung: nach Verbundensein, Durchdrungensein, Anteil haben. Wir sprechen hier nicht mehr von Information, sondern von Kommunikation. Erst wirkliche Kommunikation, d.h. Wesensbegegnung, stellt das Ich wieder in den Zusammenhang der Welt. Doch wie oft beobachten wir heute, dass Menschen in einer Straßenbahn oder einem Café sitzen, jeder mit seinem Smartphone beschäftigt. Isoliert also der Umgang mit den neuen Medien die Menschen mehr voneinander als er sie verbindet? Mindestens die Gefahr ist vorhanden, und es bedarf weit stärkerer innerer Anstrengung als bei der Begegnung von Angesicht zu Angesicht, um den „Du-Sinn“ zu betätigen.

Das Problem hängt mit der Technik selbst unmittelbar zusammen. Bei der analogen Datenübertragung werden noch „wirkliche“ kommunikative Akte eins zu eins in das Medium der Elektrizität transformiert, um beim Benutzer etwa eines Telefons wieder als Schall zur Erscheinung zu kommen. Bei der digitalen Übertragung geschieht nur scheinbar dasselbe, in Wahrheit wird die Wirklichkeit völlig in Bits und Bytes zerstückelt und kann nun neu zusammengesetzt werden. Qualität wird vollständig auf Quantität reduziert. Der Manipulation von Bild und Tonsignalen sind nun keine Grenzen mehr gesetzt, naives Wirklichkeitsvertrauen ist nicht mehr möglich, Verantwortung in ganz neuer Dimension ist gefragt. Welcher Information kann ich noch trauen? Welche Folgen löst mein eigenes Informationsverhalten aus? Das beginnt mit der versehentlich geposteten öffentlichen Einladung zur Facebook Party, aber endet dort nicht.

## Verantwortungsfrage und neue Bewusstseinsformen

Letztlich entsteht so die Frage nach der Entwicklung neuer Bewusstseinsformen. In der Technik der neuen Medien finden wir etwas wie Schattenwürfe eines solchen Neuen. Dass wir bewegte Bilder im Smartphone mit uns herumtragen können, ist wie ein Schattenwurf des Imaginativen. Die Verbildlichung komplexer Vorgänge, nicht Datensammeln als Selbstzweck, macht moderne EDV aus. Die sich anschließende Frage lautet, wie die Bilder zu interpretieren und zu verstehen sind, wie sie „sprechend werden“. Das ist die Frage nach der Inspiration, deren Schattenwurf wir auch in der Perfektionierung der Spracherkennung gewahren können. Schließlich haben wir es mit dem Phänomen zu tun, dass Computer quasi Willensakte vollziehen, Selbstständigkeit erlangen, Entscheidungen treffen, Lösungen finden usw. Moderne Logistik wäre ohne diese Möglichkeiten nicht denkbar. Wie gesagt, das sind Schattenwürfe von Imagination, Inspiration und Intuition, nicht diese selbst. Es ist etwas anderes, ob ich ein bewegtes Bild durch einen Mausclick bewirke oder das Bild und seine Bewegung innerlich hervorbringe.<sup>12</sup>

## Soziale Netzwerke

Ein weiterer Schritt der Entwicklung ist das Eindringen der neuen Medien ins Soziale, sichtbar am Vormarsch der sozialen Netzwerke - nicht nur Facebook, sondern

<sup>12</sup> Vgl. auch Edwin Hübner: Imagination im virtuellen Raum. Technik und Spiritualität - Chancen eines neuen Jahrhunderts. Clavis Verlag Frankfurt/M 2008.



auch Google plus, LinkedIn, Xing und wie sie alle heißen. Ohne Zugang zu solchen Netzwerken, sind Menschen immer mehr sozial wie amputiert. Auch bei den sozialen Medien stoßen wir auf die Figur der Ambivalenz. „Ich kenne z.B. eine ganze Reihe von Leuten, die, wenn sie ausgehen, die meiste Zeit damit zubringen, Fotos zu machen, um sie auf Facebook hochzuladen und zu zeigen, was sie gerade tun. Mir scheint, dass sie keine Bilder von dem machen, was sie tun, sondern dass sie etwas tun, um davon das Foto machen zu können.“ Das schreibt Sofia Mackern, Jahrgang 1992, in der Zeitschrift „Die Christengemeinschaft“ (9/2012). „Ich muss aber auch gestehen“, schreibt sie weiter, „dass ich Facebook täglich und sogar gern besuche. Es kann also nicht nur schlecht sein!“ Virtuelle Interaktion könne „Austausch mit Augenkontakt“ nicht ersetzen. Zugleich verändere Facebook manchmal Beziehungen positiv, „weil man mehr über Leute erfährt, ihre Vorlieben, ihre Aktivitäten usw. und mehr miteinander zu reden hat.“ Auf diese Weise habe sie Freunde um den ganzen Globus gewonnen.

### Folgen für die Demokratieentwicklung

Ebenso ambivalent erscheinen die Folgen für die Entwicklung der Demokratie. Es ist positiv, dass über Twitter und Facebook Gewalt und Ungerechtigkeit irgendwo auf der Welt in kürzester Zeit weltweit sichtbar gemacht werden und Proteste dagegen organisiert werden können. Die neuen Medien können mehr Transparenz und größere Beteiligung an Entscheidungsprozessen bewirken, können helfen, Machtstrukturen frühzeitig zu erkennen. Sie bergen aber auch Gefahren, dass sich neuartige Machtstrukturen bilden. Jederzeit Mehrheitsmeinungen elektronisch ermitteln zu können, wird nur dann ein Fortschritt sein, wenn zugleich stärker als bisher berücksichtigt wird, dass unser Gemeinwesen auf den Menschenrechten des Einzelnen beruht und deshalb dessen Urteils- und Gestaltungsraum auch vor den Mehrheiten schützen muss.

### Kraftentwicklung

Es geht darum, aus dem Ich heraus Gegenkräfte zu entwickeln, die verhindern, dass wir „unter die Natur hinuntersinken“ und zu jenen Maschinen entarten, zu denen der Transhumanismus uns machen will. Die berühmte Rede des Apple-Gründers Steve Jobs im Jahr 2005 (s. Kasten) mag uns da ermutigen in der Arbeit auf einem Feld, das immer mehr zum geistigen Kampfplatz wird, intoniert sie doch die Motive Freiheit und Liebe. Es ist nicht gleichgültig, wer mit den neuen Medien umgeht und wie. Die Entwicklung als solche ist nicht aufzuhalten, aber es geht darum, für welche Kräfte sie eingesetzt wird.

## „Du musst finden, was du liebst“

### Aus Steve Jobs Stanford-Rede vom 12. Juni 2005

In dieser Rede spricht der Apple-Gründer vor Absolventen der Stanford University Kalifornien über sein Leben: über seine Mutter, seine Entlassung bei Apple, seine Krebsdiagnose und seine Lebensgrundsätze.

„Nur drei Geschichten. Die erste Geschichte handelt davon, die Punkte zu verbinden. Ich verließ das Reed College nach den ersten sechs Monaten (des Studiums), blieb dann aber weitere 18 Monate oder so als Besucher da, bis ich endgültig aufhörte. Also, warum hörte ich auf? [...] Es war damals ziemlich beängstigend, aber zurückblickend war es eine der besten Entscheidungen, die ich je traf. Sobald ich (das Studium) abbrach, konnte ich damit aufhören, die Pflichtkurse zu belegen, die mich nicht interessierten und damit anfangen, diejenigen zu besuchen, die interessant aussahen. [...] Nochmal, du kannst sie nur zurückschauend verbinden. Also musst du dich darauf verlassen, dass die Punkte sich irgendwie in deiner Zukunft zusammenfügen werden. Du musst dich auf etwas verlassen - deinen Bauch, Schicksal, Leben, Karma, was auch immer. Diese Haltung hat mich nie enttäuscht und es hat den entscheidenden Unterschied in meinem Leben gemacht.

Meine zweite Geschichte handelt von der Liebe und dem Verlust. Ich hatte Glück - ich entdeckte früh im Leben, was ich gerne tat. Woz (Apple-Mitgründer Steve Wozniak, Anmerk. d. Red.) und ich gründeten Apple in der Garage meiner Eltern, als ich 20 war. Wir arbeiteten hart und in zehn Jahren war Apple von nur uns beiden in einer Garage zu einem Zwei-Milliarden-Dollar-Unternehmen mit mehr als 4.000 Mitarbeitern geworden. Wir hatten gerade unsere feinste Kreation - den Macintosh - ein Jahr zuvor herausgebracht und ich war gerade 30 geworden. Und dann wurde ich gefeuert. Wie kannst du von einem Unternehmen gefeuert werden, das du gegründet hast? [...]

Manchmal schlägt dich das Leben mit einem Stein vor den Kopf. Gib' die Hoffnung nicht auf. Ich bin davon überzeugt, dass die einzige Sache, die mich weitermachen ließ, war, dass ich noch immer liebte, was ich tat. Du musst finden, was du liebst [...] Wenn du es noch nicht gefunden hast, such' weiter. Gib' dich nicht zufrieden. So wie mit allen Herzenssachen, wirst du es wissen, wenn du es findest. Und wie jede großartige Beziehung wird es mit den Jahren einfach besser und besser. [...]

Meine dritte Geschichte handelt vom Tod.

[...] Vor etwa einem Jahr wurde bei mir Krebs diagnostiziert. Ich hatte einen Scan um 7.30 Uhr morgens und er zeigt deutlich einen Tumor auf meiner Bauchspeicheldrüse. [...]

Niemand will sterben. Sogar Menschen, die in den Himmel kommen wollen, wollen nicht sterben, um dorthin zu gelangen. Und dennoch ist der Tod das Reiseziel, das wir alle teilen. Niemand ist ihm je entkommen. Und so sollte es sein, weil der Tod sehr wahrscheinlich die einzig beste Erfindung des Lebens ist. Er ist des Lebens Wandlungskraft. Er räumt das Alte aus, um den Weg für das Neue frei zu machen...

Eure Zeit ist begrenzt, also verschwendet sie nicht damit, das Leben eines anderen zu leben. Lasst euch nicht von Dogma gefangen nehmen - was Leben mit den Resultaten der Denkweise anderer Menschen entspricht. Lasst nicht den Lärm von Meinungen anderer eure eigene innere Stimme überdröhnen. Und am Wichtigsten, habt den Mut, eurem Herzen und eurer Intuition zu folgen. Sie wissen irgendwie bereits, was du wirklich werden willst. Alles andere ist zweitrangig. [...] Die Rede endet mit dem Wunsch an seine Zuhörer: „Stay hungry, stay foolish“ (Bleibe hungrig, bewahre deine naive Spiel- und Experimentierfreude).

Steve Jobs starb am 5. Oktober 2011 in Paolo Alto, Kalifornien. <http://www.ndtv.com/article/technology/stay-hungry-stay-foolish-steve-jobs-famous-speech-139029>, vgl. auch <http://www.rp-online.de/wirtschaft/du-musst-finden-was-du-liebst-1.2261412>

# Europa und das US-Präsidenten- schaftsrennen zwischen Obama und Romney:

## Aspekte der „Post-Empire“- Depression des Westens

*Roland Benedikter*

Der nun in seine Endphase tretende US-Präsidentenwahlkampf 2012 zwischen Präsident Barack Obama und seinem Herausforderer Willard „Mitt“ Romney, der am 6. November entschieden wird, offenbart zentrale Aspekte der gegenwärtigen „Post-Empire“-Depression des demokratischen Westens. Unabhängig von vorwiegend medial bedeutsamen Seitengefechten wie den Nominierungen der Vizekandidaten oder Wahlkampfgeräuschen wie Obamas - nach jahrelanger Untätigkeit - plötzlichen, nur allzu offensichtlich innenpolitisch gemeinten Drohungen gegen Syrien und Iran seit August 2012, ist die Endphase des Wahlkampfes durch drei tiefgehende und langfristig bedeutsame Paradoxien gekennzeichnet, die den Kern der atlantischen Beziehungen, aber auch die Zukunft der demokratischen Gesellschaften insgesamt betreffen. Diese drei Paradoxien zeigen, dass die atlantische Partnerschaft in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen ist - mit negativem Ausblick. Wie auch immer die Entscheidung der amerikanischen Wähler im November ausgeht: Europa wird zu den Verlierern der US-Präsidentenwahl 2012 gehören. Und daran ist wenig zu ändern, wenn man erstens den zeithistorischen Hintergrund und zweitens die - darin eingebetteten - Überzeugungen der beiden Kandidaten kennt.

### Der zeithistorische Hintergrund: „Post-Empire“-Depression des Westens

Während Obama Ende September in allen drei voraussichtlich bei der Wahl richtungsweisenden Staaten Ohio, Virginia und Florida voran war und Romneys schwere wahlkampfaktische Fehler - wie seine beispiellos peinliche politische Weltreise und die Abwertung der Hälfte aller Amerikaner zu Wohlstandsparasiten mit „Opfer-Selbstbild“ in einer Rede vor Superreichen - ihn bereits im Sinn zweier „game changer“ die Wahl gekostet haben könnten, nahm zugleich die vergleichsweise unabhängige Egan-Jones Agentur am 15. September nicht zuletzt wegen der inneren politischen Lähmung und ideologischen Polarisierung der USA eine weitere Abwertung des US-Ratings von AA auf AA- vor. Amerikas Gefühl des Niedergangs, das es seit dem 11. September 2001 allgegenwärtig bedrückt, wurde dadurch bestärkt. Dass ein so offensichtlich zur Leitung der Supermacht unfähiger Kandidat wie Mitt Romney es überhaupt bis in den Endkampf der Präsidentenwahl schaffen konnte, halten ohnehin mehr als 70% der Bevölkerung, einschließlich Teile der Republikaner, für das deutlichste Zeichen des Niedergangs der USA.

In dieser Situation ist das wichtigste globalpolitische Motiv der Gegenwart - entgegen der Meinung vieler Kommentatoren - nicht der Aufstieg Chinas, der meist übertrieben dargestellt wird und Chinas rasch wachsende innere Brüche und Problemniveaus nicht berücksichtigt. Es ist auch nicht der Abstieg Europas, der zwar global nach sechs Jahren Dauerkrise international zu einem wohlfeilen Topos geworden ist, aber ebenfalls übertrieben ist, weil er Europas nach wie vor bestehende soziale und Strukturstärken nicht berücksichtigt, die es bei multidimensionaler und ausgewogener Erhebung insgesamt besser und stabiler dastehen lassen als die meisten anderen Weltregionen. Das wichtigste globalpolitische Motiv der Gegenwart ist stattdessen die „Post-Empire“-Depression des Westens. Was ist damit gemeint?

Die „Post-Empire“-Depression ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: nämlich des wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, technologischen und nicht zuletzt demographischen Niedergangs des „Westens“ im globalen Vergleich. Also des - zusammengenommen - wenn nicht absoluten, so doch relativen Abstiegs der einzigen Weltgegend, die auf der Grundlage eines individualistischen, aufklärerischen und rationalen Menschenbildes und aus einer anthropomorph strukturierten metaphysischen und religiösen Ideengeschichte in griechisch-römischem Geist Demokratie entwickelt - und über mehr als zweieinhalb Jahrhunderte zum Wohl größerer Teile der Menschheit militant gegen ihre Feinde verteidigt hat. „Post-Empire“-Depression heisst daher nicht nur simple Macht-Depression eines Westens, der seine globale Vorherrschaft, die mehr als 300 Jahre dauerte, nun zugunsten einer multipolareren Welt schwinden sieht, sondern vor allem - und langfristig bedeutsamer - Depression

des globalen Systems von Demokratie und offener Gesellschaft.

Ironischerweise kommt diese selbsterfüllende Prophezeiung des Abstiegs nicht von außerhalb, sondern aus dem Westen selbst - ja bislang praktisch nur aus diesem. Alle anderen Weltgegenden (mit wenigen Ausnahmen wie etwa Iran oder Nordkorea) hören sie schon aus Eigeninteresse, nämlich wegen ihrer Verwebung mit dem Westen, mit gemischten Gefühlen, ja mit Ablehnung.<sup>1</sup> Aber der Westen besteht in seiner politischen, ökonomischen und intellektuellen Selbstreflexion der Gegenwart hartnäckig auf seinem eigenen Niedergang. Erinnern wir uns zum Beispiel an das berühmte Zitat des damaligen französischen Premierministers Francois Fillon vom November 2010, die jahrelangen Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen des Westens seit 2008 vollzogen den definitiven Übergang des globalen Machtzentrums vom Westen in den aufsteigenden Osten.<sup>2</sup> Dieser Übergang habe sich - jedenfalls laut „praktizierenden Theoretikern“ wie Fareed Zakaria oder Martin Jacques - schon länger aus rein demographischen und ökonomischen Gründen angebahnt.<sup>3</sup> Zusammengenommen zeigten, so die meisten Analytiker, tagesaktuelle statistische Zahlen ebenso wie langfristige Makrotrends, dass der Aufstieg des Ostens unausweichlich, der Niedergang des Westens daher unvermeidlich sei.<sup>4</sup>

Obwohl (sowohl qualitativ wie quantitativ) berechnete Zweifel an diesen Thesen möglich sind, wähnt sich die demokratische Wertegemeinschaft inmitten dieser - vorerst vorwiegend theoretischen - Inklination in Richtung eines scheinbar unaufhaltsamen Aufstiegs nicht-demokratischer Mächte Asiens wie China, von Halbdemokratien wie Indien sowie von Schwellenländern wie denen des globalen Südens (einschließlich Brasilien und Südafrika, also der sogenannten „BASIC“-Länder) auf einem Niedergang, dem sie aus ihrer eigenen Sicht heraus wenig entgegenzusetzen hat - und auf den sie also nur mit Ohnmacht und „Eindämmungsmassnahmen“ reagieren kann, welche in bester Hegelscher Manier wie die Eule der Minerva „immer schon zu spät“ zu kommen scheinen. Ob der Westen auf die neue

globale Situation nun mit einem „gemäßigten“ oder einem „offensiven Realismus“<sup>5</sup> reagiert - er scheint aus der Sicht seiner eigenen Vertreter ein Sisyphos-Unternehmen geworden zu sein, und zwar ohne Aussicht auf substantielle Besserung.

## Zwei Seitenfaktoren: Ende der „drei Welten“, Zwielficht der globalen Demokratisierung

Dazu kommen zwei größere Zeifaktoren, die diese Tendenz noch zu verstärken scheinen - und damit der „Post-Empire“-Depression des Westens weiter Nahrung geben:

Erstens die schleichende Aufhebung der Unterschiede zwischen erster, zweiter und dritter Welt im Rahmen einer der Globalisierung geschuldeten technologischen und ökonomischen Angleichung, die die Unterscheidung verschiedener „Welten“ in der einen globalisierten Welt nun auch terminologisch sinnlos zu machen beginnt.<sup>6</sup>

Zweitens das unübersehbar beginnende „Zwielficht“ der Entscheidung über künftig wünschenswerte Gesellschaftsformen, das derzeit in den seit den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts am Westen orientierten, nun aber notgedrungen immer stärker in den Bannkreis Chinas geratenden - zumindest der Form nach demokratischen - Nationen wie Korea, den Philippinen, Pakistan und sogar Indien herrscht. Dass China unter seinen Nachbarn nicht Demokratie, sondern Autokratie pausenlos als wünschenswertes, „eigenständig asiatisches“ und für Asien angeblich einzig kulturell kompatibles Modell propagiert, erzeugt Effekte bei den Bevölkerungen, denen die Krise des Westens, und damit Krise der Leitdemokratien nicht entgangen ist. Dass wegen der scheinbar nicht enden wollenden Krise Europas und der USA die Eliten von gesellschaftspolitisch noch West-orientierten, geostrategisch aber bereits notgedrungen in das Gravitationszentrum Chinas geratenden Ländern wie Korea oder Taiwan in ihren Inklinationen zwischen Demokratie und Autokratie zunehmend „neutralisiert“ werden, ist dabei das eine.<sup>7</sup>

Dass dies zeitgleich einhergeht erstens mit der inzwischen in der außereuropäischen Business-Welt geradezu sprichwörtlichen „Rückkehr der Armut nach Europa“<sup>8</sup>; zweitens mit einer tiefgreifenden,

1 R. Benedikter und J.-S. Lee: Schuldenkrise: China fürchtet die Selbstaufgabe des Westens. Politischer Essay. In: Die Welt, Berlin, 23.01.2012, S. 1-6, <http://www.welt.de/debatte/kommentare/article13829594/China-fuerchtet-die-Selbstaufgabe-des-Westens.html>; sowie dies.: Does China Want to Buy Up Europe? Europe's Crisis and China's Reluctant Rise. Lead Story. In: The European Business Review London. March/April 2012 edition, London 2012, pp. 30-31, <http://www.europeanbusinessreview.com/?p=5858>.

2 F. Fillon: „Die Jahre 2008 bis 2012 werden das Ende der westlichen Vorherrschaft und das Driften der Weltwirtschaft Richtung Asien markieren.“ Zitiert nach: Dpa: Schuldenkrise: Frankreich plant neues Sparpaket, 06.01.2011.

3 F. Zakaria: The Post-American World, W.W. Norton & Company, New York 2009; M. Jacques: When China Rules the World. The Rise of the Middle Kingdom and the End of the Western World. London: Allen Lane Publishers 2009.

4 K. Mahbubani: The New Asian Hemisphere. The Irresistible Shift of Global Power to the East. Public Affairs, New York 2008. Vgl. bereits 2007 R. Little: The Rise of the East and the Decline of the West. In: Culture Mandala: The Bulletin of the Centre for East-West Cultural and Economic Studies: Vol. 7, Issue 2, Article 6.

5 G. H. Snyder: Offensive Realism and the Struggle for Security. In: International Security, Vol. 27, No. 1 (Summer 2002), pp. 149-173.

6 J. Lobe: Weltbankdirektor Zoellick sieht das „Ende der Dritten Welt“. In: InfoSüd, 15.04.2012, <http://www.infosued.ch/cms2/index.php/aktuell/51-handel-globalisierung/136-weltbankdirektor-zoellick-sieht-das-gende-der-dritten-weltq>. Vgl. bereits U. Menzel: Das Ende der dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt am Main 1992.

7 M. Leonard: The end of the affair? In: European Council in Foreign Relations ECFR, London-Paris-Bruxelles-Berlin, [www.ecfr.eu](http://www.ecfr.eu), 28.07.2012, S. 1-3.

8 Handelsblatt Düsseldorf: Euro-Krise: Unilever wirbt um die Armen. Rückkehr der Armut nach Europa. In: Handelsblatt Düsseldorf, 27.08.2012, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/euro-krise-unilever-wirbt-um-die-armen/7058158.html>.

in dieser Weise noch nie dagewesenen ideologischen Polarisierung der US-Gesellschaft, die - mit den prominenten Rollen von radikalpopulistischen Bewegungen wie der „Tea Party“ auf rechter und der „Occupy Wall Street“ und „99%“ Bewegungen auf linker Seite - im Kern nicht- oder gar „post“-demokratische Rhetoriken und Verfahrensweisen praktiziert<sup>9</sup>, ist das andere.

Diese Seitenfaktoren erzeugen zusammengenommen zusätzliche Dynamiken. Sie scheinen vor allem westlichen Beobachtern weitere Beweise dafür zu sein, dass der Westen im Niedergang ist. Alle Elemente zusammen scheinen Teil einer scheinbar auf verschiedensten Ebenen zusammenwirkenden, gleichsam universalen Verfahrenheit, die sich des demokratischen, liberalkapitalistischen und individualistischen Westens bemächtigt zu haben scheint.

Zwar trifft das meiste davon in der beschriebenen Verkürzung, welche die öffentliche Debatte innerhalb des Westens derzeit bestimmt, objektiv gar nicht zu - vor allem nicht bezogen auf die neue Leitmacht China. Empirisch besehen hat China heute, nach Jahrzehnten beispiellosen Wirtschaftswachstums, gerade ein Zehntel des Pro-Kopf-Einkommens zum Beispiel Italiens erreicht (2011: Italien 37.000 Dollar, China 3.700 Dollar). Eine gleichbleibende Entwicklung ist unwahrscheinlich, weil sich das chinesische Problemniveau mit dem Ende der Niedriglohnphase, Inflation, wachsender sozialer Ungleichheit, einer rasch wachsenden Mittelklasse und fehlender internationaler Innovationsfähigkeit radikal verändert. Doch selbst wenn China weiterhin ähnlich und konstant wachsen würde, würde es in 10 Jahren erst ein Drittel des Pro-Kopf-Einkommens des Westens erreichen. Zwar sinkt dessen Wohlstand leicht, aber auf sehr hohem Niveau (Projektion 2020: Italien 30.000 Dollar, China 10.000 Dollar).<sup>10</sup> Dazu kommt: Solange China keine Demokratie ist, wird es den Produktivitäts- und Innovationsrückstand zu den Demokratien des Westens niemals wettmachen können. In den USA zum Beispiel leben heute 315 Millionen Menschen, die allesamt frei und kreativ sein können; während in China von den 1,35 Milliarden Menschen nur 40-50 Millionen kreativ sein dürfen, während die anderen vom System ruhig gestellt werden.

Das bedeutet: Der Westen durchleidet eine Krise auf einem derart hohen Niveau, dass es der „aufsteigende“ Osten (ausgenommen Sonderzonen wie Singapur, Hongkong oder Schanghai) auch in den kommenden Jahrzehnten schwerlich erreichen wird.<sup>11</sup> Außerdem bedeutet der Aufstieg des Ostens nicht notwendigerweise den Niedergang des Westens. Man kann im Gegenteil die begründete

9 F. Fukuyama: American Political Dysfunction. In: The American Interest, Vol. VII, No. 2, November/December 2011, <http://www.the-american-interest.com/article.cfm?piece=1114>.

10 D. De Masi: Reiche Länder werden ärmer. Soziologe Domenico De Masi beschreibt Trends für 2020. In: Dolomiten, 22.-23.09.2012, S. 3.

11 M. Leonard: Why Europe Will Run the 21st Century. Public Affairs Publishers, London 2010.

These vertreten, dass durch die Angleichung der Wohlstandsniveaus neue Chancen für den Westen sowie eine gemeinsame, exponentielle Steigerung des globalen Gesamtwohlstands möglich werden.<sup>12</sup> In dieser Perspektive ist ein Abstieg des Westens gar nicht im Interesse des Ostens.<sup>13</sup>

Trotzdem ist die sozialpsychologische und ideelle Wirkung der ständigen Rede vom Niedergang des Westens schwerwiegend - vor allem in ihm selbst. Zeitgleich und in dialektischer Einheit, also zusammengenommen, bilden der „Aufstieg des Ostens“ und der „Abstieg des Westens“ ein mächtiges sozialpsychologisches und ideengeschichtliches Motiv der Gegenwart, das voraussichtlich noch einige Jahre Politiken, Finanzsysteme und globale Gleichgewichte nachhaltig beeindruckt und beeinflusst. Ob nun zu Recht oder zu Unrecht - die Beeindruckung an sich ist ein realitätsschaffendes *factum sui generis*.

## Ambivalenz amerikanischer Zukunftsvisionen

In dieser Lage sind nun Visionen für eine positive Zukunft des Westens inmitten einer multipolaren Welt in der - inzwischen vielfach innerlich und äußerlich gebrochenen - westlichen Hemisphäre selbst zunehmend von Tiefenambivalenz gekennzeichnet.

Sie sind *einerseits* zu tagespolitischem Populismus oder zu welthistorischen Regressionsphantasien verführt. So, für den aktuellen US-Präsidentenwahlkampf gesprochen, beim republikanischen Kandidaten Willard „Mitt“ Romney, der als Antwort auf die „Post-Empire“-Depression den Spieß einfach umzudrehen versucht - und „mutig“ ein „neues amerikanisches Jahrhundert“ rückwärts-gewandten, alten monolateralen US-Musters um jeden Preis propagiert, seiner Meinung nach wenn nötig auch um den Preis neuer globaler Kriege. Europa habe sich dem unterzuordnen und die Führungsrolle der USA sowohl „intern“ wie global anzuerkennen und zu unterstützen.<sup>14</sup>

Die Visionen in den USA sind *andererseits* - nicht zuletzt in bewusst wahlstrategischem Kontrast dazu - mit der Behauptung eines nicht tagespolitischen Populismus „mittelfristig bis langfristig angelegt“. Sie tendieren weg vom Atlantik und hinein in den Pazifik, wie bei Barack Obama und

12 N. Razak: The rise of the East does not mean the fall of the West. In: The Banker, March 1, 2012, <http://www.thebanker.com/Comment/Viewpoint/The-rise-of-the-East-does-not-mean-the-fall-of-the-West?ct=true>.

13 P. Mishra and S. Chakraberty: „Decline of the West and rise of the East a pyrrhic victory for us“. In: Daily News & Analysis, August 26, 2012, [http://www.dnaindia.com/lifestyle/interview\\_decline-of-the-west-and-rise-of-the-east-a-pyrrhic-victory-for-us\\_1732784](http://www.dnaindia.com/lifestyle/interview_decline-of-the-west-and-rise-of-the-east-a-pyrrhic-victory-for-us_1732784).

14 M. Romney: An American Century. A Strategy to Secure America's Enduring Interests and Ideals. In: Official Homepage of the Republican Presidential Election Campaign 2012: Mitt Romney for President, <http://www.mittromney.com/collection/foreign-policy>, September 2, 2012. Cf. P. Rucker: Mitt Romney calls for new 'American century' with muscular foreign policy. In: The Washington Post, October 7, 2012.

seiner offiziellen US-Vormachtstrategie für das 21. Jahrhundert: „Asia First“, die er bei Amtsantritt im Januar 2009 als neue Globaldoktrin der USA vorstellte und im Januar 2012 als „Chefsache“ mit Top-Priorität im Pentagon bestätigte.<sup>15</sup> Europa wird im Rahmen dieser Strategie im Augenmerk der USA als die - auf das Jahrhundert besehen - „absteigende Region“ abgewertet und Asien als die „aufsteigende Region“ aufgewertet. Obamas Administration hat nicht die Vision eines „neuen amerikanischen Jahrhunderts“ nach dem Muster der „einzigsten Supermacht“ der vergangenen Jahrzehnte wie Romney, sondern vielmehr umgekehrt eines „pazifischen Jahrhunderts Amerikas“, wie dies sowohl Obama selbst wie auch seine Außenministerin (Secretary of state) Hillary Clinton immer wieder programmatisch darlegen.<sup>16</sup> Zum ersten Mal in der Geschichte werde, so Clinton, das Geschick der USA nicht mehr im Atlantik, sondern im Pazifik entschieden - und Amerika müsse aus dieser Einsicht die Konsequenzen ziehen und sich pragmatisch darauf einstellen, also von Europa ab- und Asien zuwenden.<sup>17</sup> Dass die US-Wahl 2012 zeitgleich mit dem tiefreichenden chinesischen Generationen-Machttransfer vom November-Dezember 2012 stattfindet, dass also zeitgleich in beiden „G-2“-Mächten des Pazifik ein Machtübergang mit unsicherem Ausgang erfolgt, gibt der „Asia First“-Strategie des Weißen Hauses zusätzliche Brisanz - und entfernt den Wahlkampf der regierenden Demokraten noch weiter von Europa.

Beide Varianten für eine neue „grand strategy“ der USA: die „Amerikanisches Jahrhundert“-Strategie Romneys wie die „Asia First“-Strategie Obamas zeigen also bei allen Differenzen eine entscheidende Gemeinsamkeit. Beide neigen zu einer Abwertung Europas und darüber hinaus - wichtiger - zu einer Spaltung des Westens zwischen dem alten und dem neuen Kontinent. Die Vision Romneys durch die Überbetonung amerikanischer Führungskraft und den - bewusst „restaurativ“<sup>18</sup>

15 B. Obama: Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense, January 2012: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/2012-dsg.pdf>.

16 B. Obama: „Der Verteidigungshaushalt wird immer noch größer sein, als er es gegen Ende der Regierung Bush war.“ US-Präsident Barack Obama stellt die neue Verteidigungsdoktrin der USA vor - Rede im Pentagon im Wortlaut (deutsch). In: AG Friedensforschung, 05. Januar 2012, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/2012-dsg.html>. Vgl. E. Pilkington: Barack Obama sets out plans for leaner military in historic strategy shift. President says armed forces will move away from large-scale ground warfare and focus more on China in wake of budget cuts. In: The Guardian, 5 January 2012, <http://www.guardian.co.uk/world/2012/jan/05/barack-obama-plans-leaner-military>, sowie M. Klare: Asiens Aufstieg hat die geostrategische Landkarte verändert. Eine Politikanalyse. In: AG Friedensforschung, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/pazifik5.html>.

17 H. Clinton: America's Pacific Century. The future of politics will be decided in Asia, not Afghanistan or Iraq, and the United States will be right at the center of the action. In: Foreign Policy, November 2011, [http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas\\_pacific\\_century?page=full](http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/11/americas_pacific_century?page=full).

18 S. Palin: Sarah Palin Wants To Help Restore America. In: The Palin Express: Politics, Media and Faith. Edited by Sarah Palin. May 27, 2011, <http://thepalinexpress.wordpress.com/2011/05/27/sarah-palin-wants-to-help-restore-america/>.

genannten - Traum neuer Militarisierung, wodurch Stärke nach dem Muster der 1990er Jahre erreicht werden soll, was zugleich eine „Vereigentlichung“ nach innen, nämlich eine „Renaissance amerikanischer Werte“ antreiben soll.<sup>19</sup> Die Vision Obamas durch die erstmals programmatische und systematische Verlagerung des Schwerpunkts der USA vom Atlantik in den Pazifik, die einhergeht mit einem konsequenten, schier endlosen „Europe-bashing“ zum Zweck der „Verselbstung“ mittels Distanzierung, also einem Aufbauen Europas zum Sündenbock der „Post-Empire“-Depression bei allen nur möglichen Gelegenheiten und Erklärungen - was die Obama-Administration mit einer Hingabe und in einer Häufigkeit und Breite betreibt, die in der neueren US-Geschichte einmalig ist. Beide, Romney und Obama, bauen dabei gleichermaßen stark auf historische Negativklischees Europas; und beide benutzen das Motiv der Abgrenzung gegen Europa im Wahlkampf aktiv als Mittel zur Verdeutlichung ihrer Visionen für Amerika.<sup>20</sup>

### Europas neuer Nicht-Amerikanismus: Schleichender und passiver, aber weitreichender?

Auf der anderen Seite des Teichs ist es kaum anders. In Europa sind die sozial- und politik-psychologischen Mechanismen im Gefolge der „Post-Empire“-Depression ähnlich: sie tendieren zur Spaltung der beiden Hauptsäulen des demokratischen Westens. Die Visionen zur Zukunft sind hier ebenso ambivalent - neigen sie doch allesamt zu einer neuen Abgrenzung Europas von den USA zum Zweck der „eigenständigen“ Krisenerholung und „Verselbstung“ in Richtung europäische Einheit. Das inzwischen faktisch in sich zweifach zerfallende Europa:

1. zwischen Nicht-Euro-Ländern und Euro-Ländern einerseits, und
2. zwischen Gewinner- und Verliererstaaten der Eurozone andererseits (Nordstaaten versus Südstaaten)

hat zwar sehr unterschiedliche Perspektiven auf seine weitere Entwicklung nach dem Ende der mittlerweile mehr als sechsjährigen Schulden- und Finanzkrisen. Darunter sind *erstens* ein „Mehrgeschwindigkeiten-Europa“, ebenso wie *zweitens* ein (reiches) Kerneuropa versus ein (peripheres, wirtschaftlich strukturschwächeres) Gesamteuropa; oder auch *drittens* eine Re-Nationalisierung der europäischen Großländer nach dem möglichen Ende des bisherigen Euro-Traums.

19 M. Romney, a.a.O.

20 R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign. In: European Foreign Affairs Review. Published by the Center for Research in Public Law, University of Montreal. Kluwer Publishing Law Division, New York, Dordrecht and London, Volume 17/2012, Issue 3 (July-August), pp. 351-365. Official link: <http://www.kluwerlawonline.com/toc.php?area=Journals&mode=bypub&level=5&values=Journals~European+Foreign+Affairs+Review~Volume+17+%282012%29>.

Doch all diese noch so unterschiedlichen Visionen teilen ein auffälliges gemeinsames Grundmotiv: die Tendenz zu einem „Nach-Amerikanischen Europa“.<sup>21</sup> Es handelt sich dabei um eine prinzipielle neue Indifferenz Europas gegenüber den USA bis zu dem Punkt, dass Amerika in den meisten Strategiepapieren sowohl in Brüssel wie der einzelnen europäischen Hauptstädte, allen voran Berlin und Paris, nur noch als ein Faktor und Alliiertes unter vielen aufscheint. Dass sich Berlin weigert, in Libyen zu intervenieren, Washingtons Ratschläge zur Schuldenkrisenbekämpfung anzunehmen oder seine neuen „Spezialbeziehungen“ zu Peking<sup>22</sup> mit den USA abzustimmen, Paris seine Soldaten vor dem vereinbarten Termin aus dem gemeinsamen Afghanistan-Einsatz zurückzieht und zugleich die bisherige NATO-Kommandostruktur massiv in Frage stellt, während eine offene Konfrontation zwischen den USA und der zentraleuropäischen Achse zu Modalitäten und Zeitpunkt des Iran-Konflikts ausgebrochen ist, der im Spätsommer 2012 in offene diplomatische Konflikte mündete, sind da nur Einzelsymptome einer weit umfassenderen Bewegung. Das völlige Abdriften Großbritanniens, traditionell nicht Teil Europas, sondern der „großen Familie der angelsächsischen Völker“ (Margareth Thatcher), von Kontinentaleuropa gibt die Richtung vor, in die sich auch das Verhältnis zwischen den USA und Europa derzeit entwickelt.

Europa ist bei alledem zwar nicht durch einen aktiven Anti-, wohl aber durch einen passiven Nicht-Amerikanismus gekennzeichnet. Dieser kommt weniger deutlich, militant und propagandistisch daher als der politische Gestus der Hoch-Zeiten des Anti-Amerikanismus in den 1970er und 1980er Jahren. Dafür wirkt er aber möglicherweise - gerade wegen seiner schleichenden, passiven und angeblich „rein pragmatischen“ Form - tiefergehend als jener.

### Die „Abstiegs“-These des demokratischen Westens: Objektiv umstritten, aber psychologisch tiefgehend

Insgesamt sind sowohl in den USA wie im Europa in Zeiten des US-Wahlkampfes 2012 „aufbauende“, positive Visionen und balanciert tragfähige Entwürfe für eine gemeinsame Zukunft des demokratischen Westens als *Ganzen* Mangelware. Genauer: Es mangelt an Visionen, die sowohl das demokratische Anliegen auf beiden Seiten des Atlantik (und möglicherweise darüber hinaus) integrieren, die Agenden zusammenführen, die atlantischen Nationen gemeinsam führen wie auch zögernde globale Schwellenländer am Scheideweg ihrer gesellschaftspolitischen Entwicklung neu für Demokratisierung begeistern könnten. Die

21 J. Shapiro and N. Witney: Towards A Post-American Europe. A Power Audit of EU-US Relations. European Council on Foreign Relations Report, London, November 2009.

22 H. Kundnani and J. Parello-Plesner: China and Germany: Why the emerging special relationship matters for Europe. In: European Council on Foreign Relations (ECFR), ECFR Policy Briefs 55, May 2012, [http://ecfr.eu/content/entry/China\\_and\\_Germany\\_a\\_new\\_special\\_relationship](http://ecfr.eu/content/entry/China_and_Germany_a_new_special_relationship).

meisten Visionen des Westens der Gegenwart für seine eigene Zukunft sind insofern tiefenambivalent, als sie nicht mehr die Gemeinsamkeit, sondern die Eigenständigkeit, ja substantielle Losgelöstheit Amerikas und Europas voneinander ins Zentrum stellen - sei es nun aktiv oder indirekt, bewusst oder beiläufig.

Zwar sprechen die meisten quantitativen Indikatoren aus objektiver Sicht wie gesagt nach wie vor - und auch noch für die kommenden Jahrzehnte - deutlich gegen jede *absolute* „Abstiegsthese“ des Westens. Denn die westlichen demokratischen Gesellschaften sind aufgrund ihres Individualismus weiterhin unangefochten die produktivsten der Welt. Sie verfügen über die wichtigsten Wirtschaftsräume - wenn auch vermutlich nicht mehr lange bezogen auf Kapitalreserven, so doch in Bezug auf Produktivkraft, Innovation und realwirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Und sie haben nach wie vor die technologische Führungsrolle, da in ihnen im Prinzip alle Menschen frei und ohne Vorgaben kreativ sein dürfen - was bedeutet, dass nicht-demokratische Gesellschaften sie in Punkto Pro-Kopf-Innovation, -Produktivität und -Kreativität niemals einholen werden, solange sie sich nicht partizipatorisch neu strukturieren, was letztlich nach bisherigen Erfahrungswerten stets auf - liberale oder illiberale - Demokratisierung hinausläuft.<sup>23</sup>

Trotzdem ist mit dem Aufstieg nicht-westlicher Mächte und der Entstehung einer multipolaren Weltordnung sowie einer Pluralität von miteinander zunehmend im internationalen Wettbewerb liegenden Modernitäts- und Modernisierungskonzepten („competing modernities“<sup>24</sup>) doch ein relativer Abstieg des Westens verbunden. Denn die *alleinige* Führungsrolle des Westens, die zwischen 1989-91 und 2007 auf der einen Seite im wesentlichen mit der ökonomischen, politischen und militärischen Führungsrolle der USA sowie auf der anderen mit der diese in mehr oder weniger enger Abstimmung flankierenden, rechtsstaatlich-juridischen Ausgleichs-, Vermittlungs- und „soft power“-Rolle Europas zusammenfiel, ist offenkundig vorbei.

Die relative Abnahme von Macht des Westens nach außen, das damit einhergehende Gefühl der Redimensionierung („wenn jemand neben dir wächst, wirst du automatisch kleiner, obwohl du gleich groß bleibst“) und die entsprechende, zum Teil zweifellos sozialpsychologisch-irrational überzogene Ohnmachtsempfindung führen zu Selbstzerfleischungstendenzen nach innen.

23 L. Hinchman und T. Meyer: Theorie der sozialen Demokratie. Wiesbaden 2005.

24 M. Jacques, a.a.O.

## Folgen der „Post-Empire“-Depression: Spaltungstendenzen innerhalb des Westens

Selbsterfleischung ist eine natürliche Folge und der zentrale Funktionsmechanismus von Depression. Die Kraft, die nach außen keinen Anhaltspunkt findet, weil sie am Gegebenen - berechtigt oder unberechtigt - verzweifelt, wendet sich gegen sich selbst. Diese Selbsterfleischung ist bezogen auf die atlantische Gemeinschaft USA-Europa derzeit auf zwei Ebenen im Gange.

Sie ist *erstens* auf der *Meso-Ebene innerhalb der beiden Hauptmächte des Westens* im Gang, und zwar sowohl innerhalb der USA (zwischen Republikanern und Demokraten sowie zwischen Reichen und Mittelschicht) wie innerhalb Europas (zwischen Gewinner- und Verliererstaaten der Eurozone, Eurozonen- und Nicht-Euroländern sowie zwischen dem Kontinent und der britischen Sphäre), wenn auch in unterschiedlichen, dynamischen und daher zum Teil rasch variierenden Formen.

Sie ist aber - noch weit wichtiger - *zweitens* auch auf der *Makro-Ebene zwischen den USA und Europa* am Werk. Dies unter anderem in Gestalt neuer, kulturpsychologisch ebenso wie kontextpolitisch rasch an Bedeutung für die Identitätsbildung nach Innen und die Politikgestaltung nach Außen zunehmenden Nicht-Amerikanismen auf der einen und Anti-Europäismen auf der anderen Seite. Beide „-ismen“ sind, kombiniert man die im Raum stehenden Elemente historischer Symptomatologie, derzeit auf dem Weg zu einer Intensivierung - wenn auch wiederum mit unterschiedlichen Ansatzpunkten und auf verschiedenen Ebenen.

In Europa äußert sich die Spaltungstendenz zwischen den atlantischen Partnern eher tages- und (angewandt) ausrichtungspolitisch. Sie hat weniger einen programmatischen Charakter, sondern „geschieht einfach“ als Nebenprozess wachsenden Eigeninteresses. Sie vollzieht sich einerseits als sich rapide häufende, ja zum (vielleicht auch nur unbewusst) System werdende Nichtbeachtung amerikanischer Wünsche und Strategien (Deutschland). Andererseits als Wiederauferstehung von Unabhängigkeits- und Eigenständigkeitsphantasien (Frankreich), die immer öfter offene bilaterale Konflikte hervorrufen wie etwa Ende August 2012 in der Bewertung des Zeitpunkts für die Bildung einer syrischen Übergangsregierung zwischen Francois Hollande und Hillary Clinton. Pauschale kulturelle Abwertungen Amerikas sind im heutigen Europa eher die Ausnahme, es gibt (nicht zuletzt wegen der noch immer weitgehend fehlenden gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik) keine ausdrückliche „Andere Regionen sind wichtiger für Europas Zukunft als die USA“-Strategie. Auch kulturell spielt der Anti-Amerikanismus heute nur eine sehr untergeordnete Rolle. Europas Abspaltungstendenz von Amerika ist, seit dem kurzen und umstrittenen Aufflammen einer ernsthaften intellektuellen Eigenständigkeitsdebatte im Gefolge des Irak-Kriegs George W. Bushs am 31. Mai 2003 durch die konzertierte öffentliche Initiative

Jacques Derrida, Umberto Eco und Fernando Savater „Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“<sup>25</sup>, an die sich heute bereits kaum mehr jemand erinnert, zur Zeit eher implizit als explizit, und eher passiv als aktiv. Vergessen wir in diesem Zusammenhang als Seitennote kontextueller Politikanalyse nicht: Es gibt nach wie vor weltweit keinen Kontinent, auf dem die amerikanische Populärkultur erfolgreicher ist als in Europa. Das gilt auch für das Jahr 2012. Die US-Populärkultur ist in Europa wirtschaftlich sogar erfolgreicher als in den USA selbst. Das mag dazu beitragen, einen offenen Anti-Amerikanismus faktisch zu verunmöglichen.

In den USA dagegen ist die „atlantische Spaltung“ zumindest in ihrer öffentlichen Rhetorik ausdrücklich strategisch und programmatisch grundgelegt vor allem in den makrostrategischen Programmen des Weißen Hauses, zugleich in ihrer Tiefenwirkung kulturell und typologisch-populistisch konturiert. Das fast täglich medial präsente „Europe-bashing“ der Führungsspitze um Barack Obama und seiner Eliten, die mit bemerkenswerter Präzision keine Gelegenheit versäumen, auf Europa abwertend, kritisch oder durch offenes Missfallen einzugehen - wie etwa beispielhaft im Rahmen der berüchtigten „Eurokrisen-Vorlesung“ Obamas im September 2011<sup>26</sup> -, um ihre „Andersheit“ zu betonen, hat Amerika auf einen Wandel eingestellt, den Obama bewusst anstrebt: Amerika soll sich enteuropäisieren und dafür pazifischer werden. Das gilt aus Sicht der derzeitigen Administration für die Eliten, die Regierung und die Institutionen ebenso wie für die Kultur, die Intellektuellen, das geistige und historische Selbstverständnis, das Bildungswesen und die demographische Entwicklung. Das aktiv und zum Teil aggressiv anti-europäische Verhalten Obamas, das in europäischen Regierungsstuben spätestens seit seiner einseitigen, kurzfristigen Absage des Madrider US-EU-Gipfels vom Februar 2010 - mit der berühmt-berüchtigten Begründung „weil ich für Gerede keine Zeit habe“ - Topos geworden ist, verweist zwar auf eine tatsächliche Bedeutungsabnahme Europas für die USA.<sup>27</sup> Es zielt aber auch auf populären Zuspruch bei einem Thema, bei dem man in den gegenwärtigen USA „nur gewinnen“ kann, weil die meisten Amerikaner ihre durch die tiefen Krisen der vergangenen Jahre erstmals tiefgehend in Frage gestellte Identität und Loyalität zur „größten Nation der Erde“ durch Rückgriff auf den historischen Topos der Abgrenzung zu den Ursprüngen in Europa wiedergewinnen wollen. Das ist in scheinbar einfachen historischen Rückgriffen möglich, ist angesichts der mehr als 6-jährigen Krise Europas argumentativ gut zu untermauern und außerdem ein mythologisch tief ver-

25 J. Habermas und J. Derrida: Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas. In: FAZ, 31.05.2003, <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/habermas-und-derrida-nach-dem-krieg-die-wiedergeburt-europas-1103893.html>.

26 K. Allen and D. Gordon Smith: Obama's Euro-Crisis Lecture Is 'Pitiful and Sad'. In: Der Spiegel online International, September 28, 2011, <http://www.spiegel.de/international/world/0,1518,788807,00.html>.

27 E. MacAskill: Obama's EU summit snub sparks diplomatic row. In: The Guardian, February 2, 2010, <http://www.guardian.co.uk/world/2010/feb/02/barack-obama-eu-summit-snob>.

wurzelter traditioneller Topos lagerübergreifend, also „bipartisan“-tauglich sowohl bei Liberalen wie Konservativen. Dieser Topos feiert im US-Wahlkampf 2012 seine wohl bemerkenswerteste Renaissance seit Jahrzehnten.

Diese zwei großen Tendenzen: Anti-Europäismus in Amerika, Nicht-Amerikanismus in Europa bestimmen den US-Wahlkampf zwischen Obama und Romney mit. Der *eher passive Nicht-Amerikanismus* der europäischen Eliten ohne klare kulturelle Abgrenzung und der *aktive Anti-Europäismus* der amerikanischen Eliten samt breiter kultureller Abgrenzung drohen die bisherigen atlantischen Beziehungen zu untergraben, ja sogar an ein Ende ihrer bisherigen Gestalt, Zielsetzung und Funktionsweise zu bringen. Inwiefern?

### **Weltanschauungen der US-Präsidentschaftskandidaten: Das Bild Europas in den „Post-Empire“-depressiven USA**

Ein klassischer Ausweg aus Depression ist die Projektion eigener Probleme nach außen, aber niemals nach „ganz außen“, sondern nach „innen außen“ - also in das, was nahe steht und also verfremdet werden kann, um Veränderung zu bewirken. Es ist der unbewusste Mechanismus der Entidentifizierung durch Abstreifung auf den symbolischen „Anderen“. Die „depressiven „Post-Empire“-USA haben Europa als diesen historischen „Anderen“ ihres Selbst in der Dialektik zwischen Romney und Obama wiederentdeckt.

Europa gilt heute in der öffentlichen Rationalität Amerikas als die Projektion all dasjenige, was Durchschnitts-Amerikaner nicht mögen: der klassische „Verlierer“ (loser), „auf dem Abstieg“ (declining), unbeweglich und „von gestern“ (outdated). Den „alten Kontinent“ als chaotisch, „dysfunktional“ (Obama), ja „rettungslos verloren“ (Romney) zu sehen, ist im Jahr 2012 so geläufig, das jedes Schulkind dieses Motiv sofort assoziieren kann, weil es so bekannt ist. Es ist geradezu ein fragloser Selbstläufer geworden, eine nicht einmal politisch inkorrekte kulturelle Halb-Konvention, zu der keine weiteren Erläuterungen notwendig sind.

Dies nicht zuletzt, weil die amerikanischen Eliten, um sich selbst zu rechtfertigen und die Probleme des Landes auszulagern und zu legitimieren, seit 2007 regelmässig den nach wie vor mit Abstand weltgrößten Wirtschaftsraum, wichtigsten Handelspartner und größten Fremdinvestor der USA: eben Europa für die eigenen, seit Jahren zähflüssig anhaltenden Finanz-, Währungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrisen verantwortlich machen. Unterstützt von den die Welt dominierenden, allesamt in den USA angesiedelten und nach US-Recht aktiven drei großen Ratingagenturen, die vor allem europäische Länder nach völlig anderen Kriterien als die anglo-amerikanische Welt oder zum Beispiel Schwellenländer bewerten, war

diese Rethorik bereits seit Jahren vergleichsweise erfolgreich. Mit Obamas Amtsantritt am 20. Januar 2009 hat sie sich in der Öffentlichkeit endgültig durchgesetzt, weil von Obamas nur allzu offener Geringschätzung Europas ein Habitus ausgeht, der längst in die Tiefenschichten der US-Öffentlichkeit eingesickert ist.

Die entsprechende Einzelargumentation hat in den vergangenen Jahren öfters gewechselt, ihr Grundmotiv blieb aber stets gleich: Weil Europa es „nicht begreift“, wie Moderne - einschließlich der kulturspezifisch amerikanische, das heißt radikal antizipative Umgang mit Geld und Schulden - funktioniert, muss Amerika den Preis zahlen. Das für US-Amerikaner bedeutende, weil in eine neue Sonderrolle (die sich kaum von einem neuen „Neutralismus“ unterscheidet) weisende Diktum Obamas anlässlich der Beendigung des Irak-Krieges im Dezember 2011: dass die Welt nicht länger ihre Probleme nach Amerika auslagern und ihren Wohlstand von amerikanischen Importen abhängig machen könne, weil Amerikas Kraft Grenzen gesetzt seien, war da nur eine von buchstäblich dutzenden Varianten, die im Kern ein Wink mit dem Zaunpfahl vor allem an den europäischen Partner waren. Ohne dass dieser europäische Partner jedoch genau verstand, was da eigentlich gemeint war.

Angesichts des zum Sport, ja zuweilen, wie es den Anschein hat, geradezu zum Vergnügen gewordenen „Auf-Europa-Herumhackens“ der Obama-Administration und der - zumindest indirekt unter ihrer Ägide agierenden - drei großen Ratingagenturen sah sich sogar die britische EU-Außen- und Sicherheitskommissarin Catherine Ashton zur öffentlichen Analyse gezwungen, dass die hier waltende US-Logik völlig undurchsichtig sei. Denn die Ratingagenturen wendeten in ihrem Einfluss auf die globalen Finanzmärkte keinesfalls objektive und gleiche Kriterien auf die USA und Europa an. Diese Äußerung Ashtons war einer von mehreren Hinweisen auf eine sich rasch auch auf europäischer Seite vertiefende atlantischen Grabenmentalität. Es sei doch bemerkenswert, dass immer, wenn die US-Wirtschaftsdaten nach unten korrigiert werden und negativ sind, die großen US-Ratingagenturen europäische Länder ins Visier nehmen und - meist unangemessen oder gar ungerechtfertigt - angreifen, um von den Problemen des eigenen Landes abzulenken, ließ eine genervte Außenkommissarin im Juli 2011 verlauten. Eine gewiss nicht besonders diplomatische Stellungnahme - aber immer noch staatstragend im Vergleich zur aktuellen amerikanischen Anti-Europa-Rethorik sowohl seitens Regierung wie Opposition, für die übereinstimmend Europa die wesentliche Schuld an Amerikas Krise trägt. Punktum.

Doch worauf verweist all dies?



## Gemischte Gefühle Amerikas im Wahlkampfjahr 2012: Ist das pragmatische China der US-Kultur letztlich näher als das (post-)idealistische Europa?

Europa ist im US-Wahlkampf 2012, vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der atlantischen Nachkriegsbeziehungen in solcher Schärfe, geradezu zum national einheitlichen „negative blueprint“ der USA geworden - sowohl auf Seiten der Republikaner wie der Demokraten. Während China als ernsthafter, aber zusehends anerkannter Konkurrent angesehen wird, dessen Aufstieg mit einer Mischung aus Respekt und Fatalismus begegnet wird, sind sich zum ersten Mal alle über Europas Negativität einig, und zwar auf beiden Seiten des politischen Spektrums. Ernsthaft öffentlich gehörte Widersprüche gegen diesen Trend gibt es im US-Wahlkampf 2012 kaum. Die wenigen verteidigenden Stimmen beschränken sich auf kulturelle Rückzugsgefechte wie die Erinnerung an die Leistungen der Griechen und Römer, Napoleon, moderne Malerei, Literatur und Musik, oder auf die Schönheit und Kultiviertheit von Orten wie Venedig, Lissabon, George Clooneys Comer See oder Johnny Depps Südfrankreich. Politisch und wirtschaftlich, aber auch bezogen auf zukunftsrelevante Aspekte des Westens sind Verteidigungsgefechte pro Europa auf verlorenem Posten. „Europa ist zu kompliziert. So viele Kleinnationen in einer Geldeinheit ohne politische Einheit: das konnte nie funktionieren, und das wird nie funktionieren“ - das ist der Tenor, dem im wesentlichen alle zustimmen, seien es Konservative oder Liberale, selbsternannte Restauratoren (wie Sarah Palin<sup>28</sup>) wie auch selbsternannte Innovatoren Amerikas (wie Fareed Zakaria<sup>29</sup>). Den ersteren ist Europa zu wenig „ursprungstreu“ und „wertefest“, den letzteren zu wenig vorwärtsgewandt und zu reflexiv, um Zukunft gewinnen zu können. Selbst die US-Grünen und -Linken zweifeln an Europas Ernsthaftigkeit, das Richtige konsequent umzusetzen, und fordern im Wahlkampf einen eigenen amerikanischen Weg in dieselbe Richtung.

Ein Beispiel? Während in Europa Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz weitgehend gleichbedeutend sind und jedenfalls ursächlich wie perspektivisch zusammengehören, sind sie in den USA Gegenkonzepte, die sich ausschließen. Ideen von *Ressourceneffizienz* und *grüner Technologie* werden in den USA weitgehend allgemein akzeptiert auf der Grundlage jenes natürlichen Pragmatismus der US-Kultur, der sie mit ihrem Ursprung in der britischen, willensbegründeten Weltzivilisation verbindet: Was funktioniert ist gut, was nicht, nicht. Also muss mit 2 Gallonen (7,6 l) Benzin statt 100 km 200 km fahren zu können gut sein, ganz gleich wie die dahinterliegende Philosophie und die Wege dazu sind. Dagegen wird Nachhaltigkeit als „typisch europäische“, weil „anti-innovative“ Idee abgelehnt. Nicht um *Nachhaltigkeit* als „Dauerhaftigkeit desselben“

geht es der anti-historischen Erneuerungs-, Dauerumbruchs- und Zukunftskultur Amerika, sondern um Innovation - nämlich Umformung des Bestehenden in das kommende Mögliche, das nach allen Kräften in die Gegenwart herein antizipiert werden soll, und sei es um den Preis der Zerstörung alles Bestehenden. Nicht zufällig spielen praktisch alle amerikanischen Blockbuster-Hollywoodfilme, die Umwälzungen, Menschheits- und Zukunftsszenarien gewidmet sind, mit der aktiven Zerstörung des eigenen Landes - eine unbewusste Vorwegnahme des „neuen Anderen“, um das sich die gesamte US-Kultur ständig dreht, was zum Teil zweifellos auch eine inhärente Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit begründet.<sup>30</sup>

Europa dagegen wird in völligem Gegensatz dazu als die einzige Kultur identifiziert, die - noch dazu, wie der Rio-Gipfel 2012 erneut gezeigt hat, weitgehend isoliert, wenn nicht gar ganz allein<sup>31</sup> - Nachhaltigkeit propagiert, während sie zugleich in allen anderen führenden Mächten der Welt, darunter USA und China, durch Ressourceneffizienz und grüne Innovation ersetzt wird. In dieser Optik scheint das im Gegensatz zu Europa „aufsteigende“ China eines gegenwartsbezogenen Pragmatismus nun plötzlich in vielen Aspekten, nicht nur betreffend die für die zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts zu erwartende doppelte Führungsrolle der pazifischen „G-2“-Mächte USA und China, sondern auch mental und im „gesunden Menschenverstand“ sowie im natürlichen kulturellen Empfinden näher als Europa - und zwar nicht ohne Verwunderung, ja Erschrecken vieler Amerikaner. Wenn China der durchschnittlichen US-Mentalität in wichtigen Fragen wie Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit näher steht als Europa - wie sehr hat sich dann die Welt in kurzer Zeit gewandelt? Und wie unendlich weit ist Europa inzwischen weg - nicht nur geographisch, sondern auch geistig?

Europa geht nach unten, China nach oben, und zwar nicht zuletzt auch betreffend die Ideen im Zentrum der jeweiligen Leitmacht: das ist Amerikas zwar typologisch reduzierte, aber deshalb umso wirksamere Wahrnehmung; und darauf sucht es sich unter Barack Obama einzustellen. Das macht, wie man sich denken kann, äußerst komplexe und vielschichtige Manöver notwendig, die das „Land der Freien und Tapferen“ derzeit voll beschäftigen. Das Paradoxon daran ist, dass der Topos vom Aufstieg Asiens keineswegs neu ist, sondern bereits seit dem verlorenen Vietnamkrieg 1965-1975 unterschwellig ebenso erwartet wie gefürchtet wird.

30 R. Benedikter: Geborene Identität - geborene Überlegenheit? US-amerikanische Kultursymptome heute: Zur Filmlitologie „The Bourne Trilogy“ und ihren Paradigmenimplikationen. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Herausgegeben von der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik Berlin. 17. Jahrgang, Heft 6/2006, Schwerpunkt: „Prekäre Identitäten“. Berlin 2006, S. 56-63.

31 G.-J. Gerbrandy: Rio Summit 2012 features totally isolated Europe. In: The European Parliament: 8. Outcome of the Rio+20 summit (20-22 June 2012) (debate), 5 July 2012, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+CRE+20120705+ITEM-008+DOC+XML+V0//EN&language=EN>.

28 S. Palin, a.a.O.

29 F. Zakaria: The Post-American World, a.a.O.

Doch zum ersten Mal ist die universale Abwertung, ja Ablehnung Europas von einem Seitengeräusch zum Hauptakkord geworden, den alle, unabhängig von ihrer Stellung im politischen Spektrum oder ihrer Zugehörigkeit zu den „social and political stripes“ ähnlich spielen. Diese Syntonie ist nicht nur bemerkenswert, sondern vielleicht sogar einmalig in der oft auch für die US-Bürger selbst schwer erträglichen Kakophonie amerikanischer Präsidentschaftswahlkämpfe.

Die Abwertung, ja systematische Ablehnung Europas wird, von wahltaktischen Manövern tagessaktuell noch zusätzlich instrumentalisiert und akzentuiert, im Rahmen des Wahlkampfes 2012 insgesamt vom tagespolitisch-vergleichenden zum systemisch-orientierenden Faktor sowohl der inneren US-Gesellschaftspolitik wie zugleich ihrer äußeren Macht- und Globalpolitik. Die Gleichzeitigkeit innerer und äußerer „Neubewertung“ Europas und das Systematische, Methodisch-Taktische dahinter ist das eigentlich Neue des heutigen Bildes Europas in der Sozialpsychologie der USA - ein Neues, das vorher so kaum in der atlantischen Geschichte existiert hat.<sup>32</sup> Ganz sicher nicht unter George W. Bush jr., nicht unter dessen Vater George H. W. Bush, und nicht in den dazwischenliegenden Clinton-Jahren. Der Abstieg Europas in den USA ist in seiner heutigen, radikalen Gestalt ein Ausdruck der Ära Barack Obama - halb passiv der neuen globalen Konstellation, halb aktiv dem Präsidenten und seinen Strategen geschuldet. Damit kommt das Ende der bisherigen atlantischen Beziehung gefährlich nahe - und zwar paradoxerweise gerade durch den in Europa bis heute vergötterten Barack Obama, nicht durch seinen allseits verlachten und gehassten Vorgänger George Bush. Es ist der „erste pazifische Präsident der USA“<sup>33</sup>, wie sich Obama selbst stolz tituliert, der Europa als erster Präsident der amerikanischen Geschichte ernsthaft abschreibt; nicht der „letzte Atlantier“<sup>34</sup> George Bush, der an der Zentralstellung der Achse Europa-USA für die globale Entwicklung festhielt. Europa sollte darüber nachzudenken beginnen, was das bedeutet - nicht nur im Hinblick auf eine mögliche Wiederwahl Obamas.

### Das gemeinsame Grundmotiv Obamas und Romneys: Abwertung Europas

Bei alledem zeigt sich nun die erste von drei zentralen Paradoxien, die die Gegenwart der atlantischen Beziehung kennzeichnen. Obama, der Lieb-

ling Europas, der Europa im - nach Kennedy - wohl reinsten amerikanischen Populismus außerhalb der US-Grenzen seit den 1970er Jahren im Herbst 2008 für seine Wahl als Schaubühne benutzte, ist geostrategisch und bündnispolitisch gegen Europa. Dagegen ist Romney, ehemaliger Pariser Missionar und zugleich Europas apokalyptisch-messianischer Verdammer, aus makro-politischer Sicht für Europa.

Beide, Obama und Romney, halten zwar wenig von Europa - aber aus unterschiedlichen Gründen und auf unterschiedliche Weisen, die sich genau spiegelverkehrt überkreuzen. Beide versuchen, die Ablehnung Europas, die sie eigentlich zutiefst verbindet, im Wahlkampf gegeneinander zu wenden, um sich gegeneinander abzugrenzen und bei ihren Wählern zu punkten.

Obama schätzt gewisse *innenpolitische* Aspekte des europäischen Wohlfahrtsstaates, hat Europa aber *weltpolitisch* als Alliierten völlig zugunsten Asiens abgeschrieben. Er gibt die atlantische Achse im Rahmen seiner „Asia First“ Strategie als erster US-Präsident der Geschichte - was er jederzeit stolz hervorhebt - weitgehend auf. Es ist daher kein Wunder, dass seine Administration in Bezug auf die US-europäischen Beziehungen durch geradezu aktive und systematische Untätigkeit, ja Herablassung glänzt.

Romney dagegen hält an der zentralen Bedeutung der atlantischen Beziehung für die Zukunft des Weltgeschehens fest und misst dabei Europa weiterhin Sonderstatus bei, wenn auch nur in der untergeordneten und „helfenden“ Rolle eines „second-handers“. Er hält aber rein gar nichts von europäischer Kultur, Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat, ja verdammt in seinen Reden Europa gern als den „Kontinent der Finsternis“ und den „aussterbenden, verlorenen Ort“, der nichts mehr habe, wofür es sich zu kämpfen lohne. Denn Europa habe das Christentum zugunsten eines ausufernden Säkularismus aufgegeben und suhle sich in Gruppen- statt in Individualrechten. Daher verkörpere, so Romney in seinen Wahlkampfäusserungen, Europa all das, was Amerika eben gerade nicht sein solle und nicht sein dürfe, ohne dass letztlich die ganze Welt ins Wanken gerate.<sup>35</sup>

Aus diesen spiegelverkehrten „Unterschieden in Gemeinsamkeit“ zwischen Romney und Obama ergibt sich im Wahlkampf eine bestimmte, anti-europäische Dialektik, die in der US-Geschichte ihresgleichen sucht. Diese Dialektik besteht im wesentlichen darin, dass Romney keine Gelegenheit versäumt, Europa *ideologisch-kulturell* zu verdammen, während Obama darauf mit Blick auf die politische Lage, wo die Rede vom „Niedergang

32 Vgl. dazu ausführlicher R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign, a.a.O.

33 M. Allen: 'America's first Pacific president'. In: Politico, November 13, 2009, <http://www.politico.com/news/stories/1109/29511.html>. Cf. P. Zengerle and C. Bohan: America's 'first Pacific president' woos China, North Korea, and Burma. In: The Independent, 15 November 2009, <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/americas-first-pacific-president-woos-china-north-korea-and-burma-1820975.html>.

34 D. Hodges: David Cameron in Washington: We are all Atlanticists now. In: The Telegraph London, March 12th, 2012, <http://blogs.telegraph.co.uk/news/danhodges/100143136/david-cameron-in-washington-we-are-all-atlanticists-now/>.

35 R. Marquand: Is Mitt Romney's Europe-bashing well placed? In: The Christian Science Monitor. January 11, 2012, <http://www.csmonitor.com/World/Global-News/2012/0111/Is-Mitt-Romney-s-Europe-bashing-well-placed>; und A. Good: Mitt Romney: 'European socialist policies not right for US'. In: The Telegraph London, September 23, 2011. Videodocument: <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/republicans/8783948/Mitt-Romney-European-socialist-policies-not-right-for-US.html>.

Europas“ so allgegenwärtig geworden ist, dass er sie nicht ignorieren kann, mit unablässigem, jeweils klug, weil scheinbar sachlich begründetem, daher meist tagespolitisch angestoßenem *global-politischem* „Europe-Bashing“ reagiert.

Zu Recht hat der Mitgründer und Direktor des European Council on Foreign Relations (ECFR), Mark Leonard, darauf hingewiesen, dass

„das Paradoxon darin besteht, dass Obama zwar einerseits gewisse Brüche der transatlantischen Beziehung heilte, aber zugleich auch jener amerikanischen Präsident werden könnte, der über das Ende des Westens als politischer Gemeinschaft wacht. Obamas große Zustimmungswerte in Europa verbergen die Tatsache, daß die westliche Allianz in der Imagination von Politikern auf beiden Seiten des Atlantik niemals unbedeutender war als unter ihm. Obamas Mangel an persönlicher Wärme hat es ihm versagt, jene menschlichen Beziehungen zu europäischen Führungspersonlichkeiten aufzubauen, die Allianzen mit Leben füllen. Gefragt, wer seine engsten Alliierten sind, nennt Obama regelmäßig und ausschließlich nicht-europäische Staatsmänner wie Recep Tayyip Erdogan aus der Türkei und Lee Myung-bak aus Südkorea.“<sup>36</sup>

Und das ist kein Zufall, wie es scheint:

„Innerhalb eines Jahres nach seiner Wahl hatte es Obama bereits geschafft, die Führer der meisten europäischen Staaten zu entfremden, von Gordon Brown über Nicolas Sarkozy bis hin zu Jose Luis Rodriguez Zapatero. Amerikaner erinnern sich kaum daran, aber Europa wurde kollektiv bloßgestellt und gedemütigt durch Obamas Weigerung, die Reise nach Europa zum EU-US Gipfel in Madrid 2010 anzutreten. Erst in der allerletzten Phase des US-Präsidentschafts-Wahlkampfes 2012 hat sich Obama von sich aus an die europäischen Alliierten gewandt, um den Eindruck zu vermeiden, dass der einzige Weg, als Europäer einen freundlichen Empfang in Washington zu erhalten der ist, eine Problemnation zu sein. Das war aber viel zu spät, um den Eindruck zu verwischen, dass Europa für diesen amerikanischen Präsident nur wenig bedeutet.“<sup>37</sup>

Doch woran genau liegt das? Dazu abschließend Leonard:

„Obama glaubt, dass die Überrepräsentation Europas in Institutionen wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds eine Bedrohung der neuen, auf Ausgleich zwischen dem Westen und den aufsteigenden Mächten hinauslaufenden neuen, multipolaren Weltordnung ist. Das führt ein absteigendes Amerika zunehmend dazu, sich gegen Europa zu wenden in einer breiten Palette von Fragen, die von Klimaveränderung bis Währungsaspekten reichen. Das deutlichste Beispiel dafür kam beim G-20 Gipfel in Pittsburgh 2009,

als Obama mit den aufsteigenden Schwellenmächten zusammenarbeitete, um Europa unter Druck zu setzen, seine Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds IWF aufzugeben.

Die langfristige Konsequenz dieser Entwicklung könnte die Aushöhlung jener Weltordnung sein, welche die atlantischen Mächte in den vergangenen Jahrhunderten erbaut haben. Die große, ungeschriebene Geschichte der letzten Jahrzehnte jedenfalls ist die Art und Weise, wie eine europäisch inspirierte liberale ökonomische und politische Weltordnung in der Muschelschale einer amerikanischen globalen Sicherheitsordnung gezimmert wurde. Es ist eine Ordnung, die die Macht von Staaten und Märkten begrenzt und den Schutz der Individuen ins Zentrum stellt. Die Vereinigten Staaten waren der Sheriff dieser Ordnung, Europa sein Gerichtshof. Das alles wird nun (durch den wachsenden amerikanisch-europäischen Gegensatz, R.B.) in Frage gestellt...“<sup>38</sup>

### **Die rechts-republikanische Gleichung: Europa ist Abgrund und Niedergang - und Obama ist Europa**

Zu diesem ersten kommt nun ein - mittelfristig ebenso wichtiges - zweites Paradoxon. Es besteht im zentralen Wahlkampfmotiv Romneys.

Während der selbsternannte „erste pazifische Präsident der USA“, Obama, sich mit seiner „pazifischen“ Ausrichtung brüstet und seit seinem Amtsantritt Europa in einem fort brüskiert, hat der „letzte Atlantier“ Romney ausgerechnet die Strategie gewählt, Obama als „Europäisierer“ der USA darzustellen und dies als den Untergang Amerikas zu brandmarken. Romneys Gleichung lautet: Europa ist Abgrund und Niedergang - und Obama will die USA mehr als jeder andere US-Präsident vor ihm europäisieren, siehe zum Beispiel Gesundheits- oder Finanzreform, Nähe zur Zivilgesellschaft oder auch dialog- statt elitenorientierte Gesellschaftspolitik. Damit entfremde Obama die USA von sich selbst, und führe sie wie Europa in eine Konstellation, wo große Teile der Bevölkerung mit Hilfe des Staates leben, aber keine Verantwortung für ihr eigenes Leben übernehmen.

Beispielhaft für inzwischen zahllose ähnliche Propaganda, die im übrigen auffällig zunehmend auch für den Geltungsbereich der pazifischen Alliierten der USA geschrieben wird, schreibt John Ambrose:

„Obama's agenda is Europeanizing America and bringing us ever closer to a disastrous tipping point. It would be one in which our program bloat, romance with debt, smothering regulation and other governmental excesses get even more out of hand, creating a mess resembling what we now see most vividly in Greece, Italy, Spain, Portugal and Ireland. Much of Europe is not far behind, thanks

<sup>36</sup> M. Leonard: a.a.O., S. 1-3.

<sup>37</sup> Ebda.

<sup>38</sup> Ebda.

to trying to give the public more and more with policies that leave businesses producing less and less. When escaping reality became impossible, officials tried timid austerity measures... Ours is a president of spectacular negligence... Obama and Congress headed in (the European) direction, ending up with a mishmash that ignored straight-forward, relatively cheap alternatives. Sadly, this (Obama) administration has a European cast of mind, and America will pay dearly if a second term eventuates."<sup>39</sup>

Dieses Motiv ist für Romneys Wahlkampf zentral. Obwohl es repräsentativ für den Kern der gesamten republikanischen Strategie seit den „midterm elections“ vom November 2010 ist, hat es doch erst Romney zum Kern seiner Wahlagenda gemacht. Europa dient dabei als negative Folie, auf die die Politiken Obamas propagandistisch projiziert werden. Dabei hat es in Wirklichkeit ironischerweise noch nie einen US-Präsidenten gegeben, der so wenig von Europa gehalten hat wie Obama - was Romney und seiner Entourage natürlich genau bewusst ist.

### **Der große Widerspruch der Obama-Regierung: Die WASP-Elite führt die USA von Europa weg**

Ein *drittes* Paradoxon besteht in der seit dem Amtsantritt Hillary Clintons aktiv antieuropäischen Rolle des traditionell vollkommen Europa-lastigen, WASP-Ostküsten-Establishments der USA, - das nun unter Obama gegen seine eigenen Ursprünge und *forma mentis* arbeitet (WASP = Akronym für White Anglo-Saxon Protestant - zu Deutsch: „weißer angelsächsischer Protestant“; Anm. der Red.). Ausgerechnet Hillary Clinton, die wohl „weißeste“ Außenministerin seit langem, vollkommene Verkörperung des klassischen Ostküsten-Establishments, verkündet in ihren großen Signalartikeln wie „America's Pacific Century“ stolz, sie habe bewusst als erste Außenministerin der US-Geschichte ihren Antrittsbesuch nicht mehr in Europa, sondern im Pazifik getätigt, um ein welthistorisches Signal der Abwendung von Europa und der Zuwendung zum Pazifik zu setzen.<sup>40</sup> Dass ihre gesamte Geisteshaltung weiblicher Emanzipation, demokratiepolitischer Dialogführung und ihre medial-kulturpolitische Gesamtausrichtung ebensowenig im Pazifik einen Hintergrund finden wie ihr Versuch, China zu demokratisieren, ist nur einer der vielen Widersprüche der heutigen Obama-Regierung.

Die USA steuern unter Obama und Clinton weg von Europa, hin nach Asien - aber das könnte sich als der größte makropolitische und strategische Fehler der USA aller Zeiten erweisen. Denn im Pazifik ist historisch-kulturell niemals eine Demokratie entstanden, weil asiatische Gesellschaften

traditionell nicht Individualismus, sondern Kollektivismus im Zentrum tragen; ebensowenig wie das Konzept der Freiheit oder Menschenrechte in Asien einen historisch-zivilisatorischen Widerhall findet. Beide werden vielmehr als westliche Erfindungen angesehen, und zwar auch in den mit den USA alliierten asiatischen Gesellschaften, die formal - von der USA Gnaden - Demokratien sind. Sollte sich also Amerika, wie von Obama gewünscht, in Richtung Pazifik umformen und sich von seinen europäischen Ursprüngen abkoppeln, dann könnte es sein, dass es dabei seine Grundpfeiler, auf die es gebaut wurde, in Frage stellt - mit unabsehbarem Ausgang. Der bisherigen Obama-Administration scheint diese Gefahr, die zentral mit ihrer programmatischen Abwendung von Europa verbunden ist, nicht bewusst zu sein. Man hat manchmal den Eindruck, die heutige Administration, allen voran Clinton und Obama, wissen gar nicht, welche großen historischen Weichen sie da stellen; und sie scheinen vor allem nicht um die vollen Implikationen dieser Weichenstellung zu wissen.

Nun gibt es freilich Stimmen, dass Europa und Amerika seit der Kolonialgeschichte und dem Befreiungskampf der USA gegen seine Kolonialmacht Großbritannien im 18. Jahrhundert immer schon ein schwieriges Verhältnis hatten, das durch die Krisen des Kalten Krieges und seiner Nachwehen, die Einheit gegen das äußere Feindbild des Kommunismus erforderten und gewissermaßen eine Notgemeinschaft der Werte hervorbrachten, nur temporär überdeckt wurde.

In Wahrheit hat die gegenseitige Entfremdung zwischen Amerika und Europa mit dem Amtsantritt von Barack Obama eine völlig neue, nie dagewesene Dimension erreicht. War George W. Bush, der in Europa verhassteste und meistgeschmähte US-Präsident aller Zeiten, paradoxerweise der „letzte Atlantier“, der in Zeiten des globalen Terrors seit 9/11 von der zentralen Bedeutung der Achse Amerika-Europa für die globale Entwicklung mindestens so sehr wie alle Nachkriegs-Präsidenten vor ihm überzeugt war, so brüstet sich Obama seit dem 20. Januar 2009 öffentlich fast wöchentlich damit, der - wie er anlässlich der offiziellen Vorstellung der neuen amerikanischen Überlegenheitsstrategie im Januar 2012 im Pentagon erneut bekräftigte - „erste pazifische Präsident der USA“ zu sein, der Europa keine Priorität mehr einräumt, sondern das große amerikanische Schiff vom Atlantik in den Pazifik steuert. Für Obama spielt - nach eigener Aussage - Europa in der entstehenden multipolaren Welt nur eine untergeordnete Rolle, wenn überhaupt. Amerikas Zukunft liege in einer „Mittlerrolle“ und einer „Metaposition“ zwischen Atlantik und Pazifik, mit deutlicher Inklinationsrichtung in den Pazifik.

Nach dem Tod Samuel P. Huntingtons im Dezember 2008, eines gewiss nicht beispielgebenden, aber auf seine Weise unbeirrbareren Vertreters der bisherigen atlantischen Beziehung<sup>41</sup>, der die Be-

39 J. Ambrose: Europeanizing America Into Crisis. In: The Korea Times, May 21, 2012, pp. A7.

40 H. Clinton, a.a.O.

41 R. Benedikter: Die Projektion des 20. in das 21. Jahrhundert. Zur historischen Symptomatik neuerer US-amerikanischer Politik- und Kulturwissenschaft. Ein Nachruf

deutung der europäischen Wurzeln und Tradition für den kulturellen und geistigen Weiterbestand der USA genau einsah, ist die heutige Generation von Intellektuellen und Eliten die erste, die Europa auch theoretisch abschreibt. Dass Hillary Clinton, die WASP-Vertreterin par excellence, hier eine immer öfter theatralisch, ja zum Teil emotional-heroisch inszenierte Vorreiterrolle spielen zu müssen meint, ist von unvergleichlicher historischer Ironie. Es ist aber ohne Obamas Präsidentschaft nicht denkbar, denn eine Präsidentin Hillary Clinton hätte - auch das eine Paradoxie - einen weit balancierteren Kurs zu Europa gefahren, was in ihrem Mitarbeiter- und Beraterumfeld ebenso wie bei ihren Vorgängerinnen wie Madeleine Albright ein nur allzu offenes Geheimnis ist.

### **Obamas Reaktion auf Romneys Taktik der „Europa-Identifikation“: „Europe-bashing“**

In der Tat hat Barack Obama die gegenseitige Entkoppelung von Amerika und Europa seit dem Beginn seiner Amtszeit nicht nur entschieden aufgegriffen, sondern die Abwertung der atlantischen Partnerschaft auch wie kein US-Präsident vor ihm aktiv und bewusst vollzogen. Im Wahlkampfjahr nimmt sein „Europe-bashing“ als Antwort auf Romneys Vorwurf des „Europäisierers“ immer aggressivere Formen an, die die Grenze zur Brüksierung und Demütigung der europäischen Partner immer häufiger bewusst überschreiten, um mit Blick auf die US-Wählerschaft den Vorwurf der Europafreundlichkeit zu widerlegen. Ein Beispiel unter zahllosen vom Juni 2012:

„Ein bissiger Streit zwischen der EU und dem Rest der Welt ist auf dem Gipfel der wichtigsten Industriestaaten und Schwellenländer im mexikanischen Los Cabos ausgebrochen. Der Gipfel hatte noch gar nicht richtig begonnen, da platzte schon EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso der Kragen. Die Krise sei nicht in Europa ausgelöst worden, sondern in den USA - durch die unorthodoxe Praxis in einigen Bereichen des Finanzmarktes. Dann seien die EU-Banken infiziert worden. US-Präsident Obama sagte nach einem Gespräch mit Merkel ein geplantes Treffen mit den übrigen Vertretern der EU einseitig gleich ganz ab. Grund: Es gebe keinen Gesprächsbedarf mehr.“<sup>42</sup>

Beispiele wie dieses zeigen, dass sich Obama dazu genötigt sieht, Romneys Anti-Europäismus öffentlich mit wachsender Deutlichkeit zu imitieren, wie im übrigen auch Aspekte von Romneys „Neues amerikanisches Jahrhundert“-Propaganda<sup>43</sup>, um

auf Samuel P. Huntington (1927-2008) aus grundsatzorientierter europäischer Sicht. In: Zeitschrift für Politik. Wissenschaftliches Organ der Hochschule für Politik München. 90. Jahrgang, Heft 2/2010, München 2010.

42 C. Hauenstein: Treffen mit US-Präsident Obama bei G-20 Gipfel abgesagt: Bissiger Streit zwischen EU und dem Rest der Welt um Euro-Krise. In: Die Krone Wien, 20. Juni 2012, S. 3.

43 Vgl. z.B. D. Jackson: Obama echoes Romney (and Luce) on 'American Century'. In: USA Today, May 23, 2012, <http://content.usatoday.com/communities/theoval/post/2012/05/>

die amerikanischen Wechselwähler anzusprechen. Dass man Obama für seine „Romney-Nachahmung“ sowohl im Hinblick auf Europa wie auf die US-Globalstrategie politische Charakterlosigkeit vorwerfen kann, scheint den Präsidenten nicht weiter zu stören.

### **Zusammenfassung: Die drei heutigen atlantischen Paradoxien und ihre Begleitgeräusche**

Zusammenfassend ergeben sich also *drei zentrale Paradoxien* innerhalb des US-Wahlkampfes mit Blick auf Europa. Diese drei Paradoxien stellen ebenso symbolisch versinnbildlichende wie realpolitisch konstitutive Motive für die Struktureigenschaften der heutigen atlantischen Beziehung dar. Das Gesamtbild dieser Beziehung im Spannungsfeld zwischen Barack Obama und Mitt Romney zeigt sich wie folgt:

1. Romney und seine Entourage sind gegen Europa - allerdings vorwiegend kulturell, nicht makropolitisch und strategisch. Während sie Europa kulturell und sozial als den „Kontinent der Finsternis“ kennzeichnen und ihm Anti-Individualismus vorwerfen, halten sie zugleich an Europas makropolitische Bedeutung für die USA fest. Die nach rechts radikalisierten Republikaner setzen in ihren globalen Strategien für ein „Neues amerikanisches Jahrhundert“ weiterhin zentral auf die atlantische Achse.

2. Obama und seine Administration sind ebenfalls gegen Europa - aber vorwiegend makropolitisch und strategisch, nicht kulturell und auch nicht bezogen auf gesellschaftspolitische Einzellösungen. Dabei besteht aus Sicht der regierenden Demokraten eine Differenz zwischen Europas innen- und außenpolitischer Rolle für die USA. Obamas „Asia First“-Strategie wertet Europa außen- und globalpolitisch massiv ab, da er ihm unter anderem Entscheidungsschwäche und Uneinigkeit vorwirft. Zugleich ist Europa für wichtige innenpolitische Agenden der Demokratischen Partei wie Gesundheitsreform, Sozialsystem, partizipatorische Erneuerung der Demokratie, Institutionen- und Wahlreform oder Reform des Finanzwesens in ausgewählten Aspekten ein wichtiger Orientierungspunkt Obamas, ohne dass die europäischen Verhältnisse direkt kopiert werden sollen.

3. Daraus ergibt sich die Paradoxie, dass Europa eigentlich Romney bevorzugen müsste, da er Atlantiker und nicht Pazifiker ist wie Obama - obwohl Romney in vielerlei Hinsicht das genaue Gegenbild Europas ist, und auch aktiv sein will.

4. Romney versucht, Obama als den „Europeanizer“ der USA darzustellen, obwohl dieser als „pazifischer Präsident“ in seiner politischen Essenz weniger mit Europa am Hut hat als Romney.

obama-echoes-romney----and-luce----on-the-american-century/1#.UENP3b8w-qQ.

5. Umgekehrt bevorzugen die europäischen Konservativen wie David Cameron oder Angela Merkel klar Obama und ignorieren ihren natürlichen „Parteikollegen“ Romney völlig, ja lehnen ihn bei jeder sich bietenden Gelegenheit ab - was ironischerweise insgesamt aus Gründen des weitverbreiteten amerikanischen Anti-Europäismus für Obama schlechter ist als für Romney, was eine weitere Paradoxie darstellt. Romney ist kein Konservativer aus europäischer Sicht, weshalb Europäer Obama bevorzugen. Obama wiederum ist aus europäischer Sicht kein Linker, weshalb ihn europäische Linke genauso ablehnen, wie sie Romney ablehnen.

6. Das Ganze gipfelt dann noch in einer Reihe von Seiten-Widersprüchen, darunter die in sich vielfach gebrochenen und gespaltenen „atlantischen Unabhängigkeitspolitiken“ Europas, insbesondere Deutschlands und Frankreichs, gegenüber den USA, die aber nur aufgrund der militärischen Schutzpolitik der USA und der engen Beziehungen der Eurozone zum atlantischen Partner überhaupt möglich sind.

Insgesamt besteht also eine durch zahlreiche Paradoxa gekennzeichnete Situation, durchzogen von ebenso zahlreichen historischen Ironien, und kein Ausweg in Sicht. Wenn nämlich am 6. November Obama die Präsidentschaftswahl gewinnt, nimmt das pazifische Jahrhundert endgültig Form an, und Europa bleibt links liegen. Das atlantische Bündnis wird dann an Bedeutung weiter abnehmen. Wenn dagegen Romney gewinnt, wird die atlantische Achse voraussichtlich wiederbelebt, aber in einem militanten und kriegerischen Sinn (Iran!), gegen die Deutschland und die anderen führenden europäischen Mächte, einschliesslich sogar Großbritanniens, das noch immer ein gebranntes Kind des Irak-Kriegs ist, bereit seit Jahren opponieren. Mit Romneys Sieg ergäben sich neue Zwangslagen, innere Konflikte und Handlungsengpässe für Europa. Diese wären zwar anders gelagert als gegenüber Obama, aber insgesamt nicht weniger komplex.

### **Fazit: Vom Regen in die Traufe? Europa zwischen Barack Obama und Mitt Romney**

Fazit? Europa findet sich im US-Wahlkampfjahr 2012 vor die Wahl zwischen Barack Obama und Mitt Romney gestellt. Es befindet sich damit - zumindest aus selbstbezogener Sicht - in der Falle zwischen Skylla und Charybdis. Es steht zu erwarten, dass seine „Post-Empire“-Depression auch wegen - und mittels - dieser schier unauflösbaren Klemme nicht nur für die Eurozone, sondern für Gesamt-Europa in den kommenden Jahre anhalten wird - auch über den November und Dezember 2012 hinaus.

Wie auch immer man es dreht und wendet: Die Zukunft des atlantischen Bündnisses ist düster. Von „Zwielicht“ zu sprechen etwa für Obamas

ständige Negativität und systematische Abwertung Europas auf globaler Ebene, wie es viele amerikanische Beobachter tun, scheint beinahe eine Untertreibung anlässlich des unüblich offenen und undiplomatischen Verhaltens des Präsidenten. Europas Bedeutung scheint in den Augen Obamas endgültig an ihre Ende gelangt. Eine zweite Amtszeit wird dies zuspitzen. Könnte demgegenüber ein neuer amerikanischer Präsident Romney nicht zuletzt mittels der Schockwirkungen seiner zu erwartenden Brachial- und Radikalpositionen zumindest einen Weckeffekt für die immer stärker (aktiv) eingeschlaferten Beziehungen zwischen den führenden demokratischen Weltregionen haben? Wäre ein Wechsel an der US-Führungsspitze demnach im Sinn der Behauptung der auf globaler Ebene im Sinn der Demokratie dringend nötigen Einheit der führenden demokratischen Regionen gegen die rasch aufsteigenden, mehrheitlich nicht-demokratischen Gesellschaften der entstehenden multipolaren Weltordnung? Oder steht Europa, vor die Wahl zwischen Obama und Romney gestellt, aufgrund von Romneys offensichtlicher Unfähigkeit letztlich aussichtslos zwischen Regen und Traufe?

Die Antwort ist ebenso offen wie ambivalent. Beide Spieler decken für den Wahlkampf nicht alle ihre Karten auf. Überraschende Wenden sind zwar in dieser Phase des Wahlkampfs nicht mehr zu erwarten, können aber für die Zeit nach der Wahl nicht ausgeschlossen werden. Trotzdem lassen sich einige Grundlinien für die nächste Amtszeit des US-Präsidenten 2013-2016 zeichnen.

Auf der einen Seite ist Obama definitiv kein Freund Europas, das er für vernachlässigenswert, ja für aus den globalpolitischen Mechanismen heraus notwendig und unausweichlich progressiv unbedeutender hält. Dazu kommt, dass Obama in dieser Haltung durch den Wahlkampf, in dem er sich permanent gegen die „Obama, der Europäisierer der USA“-These der Republikaner absetzen und mit dem Beweis des Gegenteils profilieren musste, weiter radikalisiert wurde, und zwar nicht unbedingt gegen seine Überzeugungen. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil sein letzter Wahlkampf mit der in der amerikanischen Öffentlichkeit unvergessenen, für ihn beispiellos negativen Berlin-Aktion 2008 und dem unverdienten „antizipativen“ „europäischen“ Friedensnobelpreis 2009, der ihm selbst eher lästig war und ihm unter der US-Bevölkerung ebenso geschadet hat, ja in der Tat diesen Anschein der Europa-Affinität erweckte.

Das legt nahe: Obama wird aus seinem zweiten und letzten Präsidentschaftswahlkampf als radikalerer „Europe-basher“ hervorgehen, als er es bisher bereits war. Das ist keine gute Nachricht für ein von ihm ohnehin schon bei jeder sich bietenden Gelegenheit an den Pranger gestellte, gerügte und aktiv an den Rand globaler Agenden gedrängtes Europa, das er der Verbesserung der Beziehungen zu asiatischen Nationen opfert, auch wenn diese nicht demokratisch sind und im Wettstreit mit den USA liegen.

Diese Ausrichtung Obamas wird sich in einer möglichen zweiten Amtszeit nicht ändern. Im Gegenteil. Obama wird bei Wiederwahl die Politik der Schwächung Europas, die für ihn ein *circulus vitiosus* zwischen selbsterfüllender Prophezeiung, globaler Gerechtigkeit und welthistorischer Notwendigkeit ist, weitgehend ungebrochen fortsetzen. Da er - im Unterschied zu Romney - mangels Wiederwahlmöglichkeit bis 2016 von diplomatischen und taktischen Zwängen weitgehend befreit ist, wird er - ebenso wie in seinen innenpolitischen Agenden - auch bezüglich der Abkoppelung von Europa (mit Ausnahme Großbritanniens) einen noch deutlicheren Kurs fahren, falls eine Steigerung angesichts seiner bisherigen Haltung denn überhaupt möglich ist.

Obama wird einen Kurs fahren, der Amerika nicht mehr an der Seite Europas, sondern zwischen Europa und Asien positioniert - mit allen Konsequenzen auch für Amerika selbst, das dadurch weiter „enteuropäisiert“ werden wird, und zwar sowohl demographisch wie schon heute, aber auch politisch, gesellschaftspolitisch und kulturell. Obama ist sich völlig bewusst, dass er selbst der erste konsequente, oder wie er es selbst bewußt messianisch ausdrückt, „Fleisch gewordene“ Ausdruck der künftigen „Metaposition“ der USA mittels ihrer Enteuropäisierung ist. Von ihr erhoffen sich er und ein Teil der US-Eliten die Rettung des amerikanischen Status und Wohlstandsniveaus in einer (wenn auch nur machtpolitisch, militärisch und technologisch) „gleicher“ entwickelten Welt. Aufgrund seiner von ihm selbst berichteten „eingeborenen pazifischen Herkunft und Neigung“, an der er bei keiner Gelegenheit einen Zweifel läßt, sowie seines Bewußtseins, Teil des demographischen Wandels der amerikanischen Eliten und der amerikanischen Gesellschaft zu sein, ist nicht damit zu rechnen, dass sich Obamas aktiver Anti-Europäismus in seiner zweiten Amtszeit ändern wird - Katastrophen und Sonderereignisse, auf die Europa nicht hoffen sollte, einmal ausgeschlossen.

Wie gesagt könnten Obamas Hoffnungen allerdings für die USA und ihr bisheriges Selbstverständnis ein gefährliches Spiel werden, dessen Tiefe und singuläre Bedeutung den heutigen Eliten noch nicht ausreichend bewußt ist - geschweige denn der Durchschnittsbevölkerung. Obamas Steuerung des amerikanischen Schiffes vom Atlantik in den Pazifik könnte sich für die USA und ihren spezifischen „Geist“, vor allem aber für ihre Gesellschaftsform als größtes Missverständnis ihrer Geschichte erweisen. Denn die USA werden nicht die bleiben, die sie - aus Europa heraus - mittels freimaurerischen und rosenkreuzerischen, aufklärerischen Impulsen in Gestalt ihrer Verfassung von 1776 geworden sind, wenn sie, wie Obama es vorhersieht, weitgehend „pazifiziert“ und „versüßlicht“ werden. Aus Asien kommt weder jener proto-spirituelle Gesellschaftsimpuls der Individualität und der „self-reliance“, auf die Amerika wie kein anderes Land der Welt gegründet ist, noch der Impuls der Demokratie oder der Meta-Kulturalität. All diese ideengeschichtliche und kontextpolitische Kräfte,

die im Zentrum der Sonderstellung der USA als Nation stehen, welche als einzige „die gesamte Menschheit“ zu repräsentieren imstande ist, sind dem aufsteigenden Asien entweder unbekannt, fremd, oder wurden ihm erst von den USA geschenkt.

Das bedeutet: An die Wurzel der europäischen Ursprünge und der von ihnen erst ermöglichten Zentrumsidentität des Kosmopolismus zu rühren, könnte das Ende jener USA bedeuten, die wir kennen. Allerdings erst langfristig, und lange nach Obamas Amtsabschied. Doch es gibt nicht erst seit Samuel P. Huntingtons noch stark republikanisch, chauvinistisch und „WASP“ („White, Anglosaxon, Protestant“)-geprägten Alarmrufen wie etwa „Who Are We? The Crisis of American Identity“<sup>44</sup> eine zunehmende Aufmerksamkeit von Teilen der amerikanischen Eliten, und zwar auch der progressiven, liberalen und „linken“, auf den intrikaten Zusammenhang zwischen Geschichte (die in den USA traditionell zugunsten der Zukunft vernachlässigt wird), Kultur, kollektiver Identität, Ursprungs- und Gründungsmythologien und politischem System. Darunter sind in wachsender Zahl auch balancierte Teile der US-Intellektuellen nicht nur der Ostküste, die Obamas „kulturpolitischen“ Kurs gegen Europa zunehmend kritisch sehen, ja sich teilweise eben im Sinn der Wurzeln der Aufklärung und der ideengeschichtlichen Grundlagen der USA gegen ihn wenden, obwohl sie ihn 2007-08 noch enthusiastisch unterstützt hatten.

Wird dies Romney zugutekommen? Wäre er in langfristiger Perspektive - zumindest aus europäischer Sicht - gar der „bessere“ Präsident für die Zukunft des Westens?

Fakt ist: Romney wird als Präsident die Außenpolitik der USA wenn nicht „re-europäisieren“, so doch Europa wieder stärker annähern. Zugleich aber wird er innenpolitisch und kulturell die Kluft vergrößern und einen autoritären Einzelgängerstil, wie er unter dem „Befehlshaber des Westens“ George W. Bush Gang und Gäbe war, wiederbeleben - zum Erschauern der meisten Europäer. Romneys Politikstil und seine provinzielle, allzu ausschließlich und überheblich wirkende amerikanische Persönlichkeit werden die Kluft zwischen den USA und Europa in Sympathiewerten und Zusammengehörigkeitsgefühl mindern, wenn nicht auf neue Negativ-Rekordwerte fallen lassen. In vielen Agenden wie etwa Klimaveränderung, Umweltschutz oder soziale Partizipation sowie Ankündigung neuer „präventiver Globalkriege zum Schutz amerikanischer Agenden“ wie gegen den Iran oder Syrien ist Romney geradezu das Gegenbild Europas und ein aktiver politischer Gegner der Agenden, die Europa global und regional wichtig sind. Romney könnte insgesamt als der US-Präsident in die Geschichte eingehen, der die gegenseitige atmosphärische Entfremdung auf einen Tiefpunkt der 250jährigen Beziehung treibt

44 S. P. Huntington: Who Are We? The Challenges To America's National Identity. Simon & Schuster, New York 2004.

- und zwar ohne besonderen Taten, sondern rein aufgrund seines Auftretens, das ebenso linkisch wie arrogant wirkt und dabei wenig historische Beispiele hat.

Mit einem Wechsel der Präsidentschaft von Obama zu Romney könnte Europa also vom Regen in die Traufe kommen.

Dazu kommt ein drittes: die unheilige Einheit der beiden so unterschiedlichen Kandidaten in ihrer Geringschätzung Europas, die sie unter anderem in einer aktiv anti-säkularen Haltung vereint. Beide potentiellen Präsidenten sind vor allem in einem Punkt eins, der sie geradezu zum Gegenbild Europas macht: In ihrer bewussten, ungebrochenen und aktiven Mythologisierungsrhetorik, die im säkularen und laizistischen Europa nicht nur auf wenig Gegenliebe, sondern auf Unverständnis stößt. Romney treibt Obama auch in diesem Punkt vor sich her, und Obama reagiert mit Angleichung an republikanische Muster. Wenn zum Beispiel Obama im August 2012 als seinen größten Fehler im bisherigen Wahlkampf ausmacht, er habe zu wenig beachtet, „dass es das Wesen dieses Amtes ist, dem amerikanischen Volk eine Geschichte zu erzählen, die ihm ein Gefühl von Einigkeit und Sinn und Optimismus gibt“<sup>45</sup>, dann ist er damit so weit entfernt wie nie zuvor in seiner Amtszeit von einem Europa, das sich selbst seit dem zweiten Weltkrieg der Demythologisierung, der soweit als möglich nüchternen Rationalisierung und einem Dialogismus, der im Kern ein nominalistischer Dekonstruktivismus ist, verschrieben hat. Der Unterschied zu Obamas Vorgänger George W. Bush ist hier gar nicht so groß, wie es die Obama-Euphoriker in der Europäischen Union am Beginn seiner Amtszeit triumphal glauben machen wollten.

Dasselbe gilt allerdings für Romney. Er, der bekennende Mormone, beschuldigt Europa, deshalb ein „aussterbender Kontinent“ zu sein, weil „keine religiösen Ideale mehr“ im Staats- und Gemeinschaftswesen, also letztlich in der Politik vorfindlich seien - und weil die großen Heils-Erzählungen des Christentums nicht mehr wörtlich, buchstäblich genommen würden.<sup>46</sup> Gar nicht zu reden von dem - nach eigener Definition - „Kulturkrieger“ Romney, der den Hauptunterschied zwischen den USA und Europa, „der aus unserer Sicht alles entscheidet“, in der verschiedenen Art, Geschichten zu erzählen und Geschichten in die Zukunft zu spinnen sieht.<sup>47</sup> Das gab er unter anderem bei seiner unvergleichlich desaströsen, sogar George W. Bush an Ungeschick und Peinlichkeit übertreffenden Wahlkampf-Weltreise in der Olympiastadt London zum Ärger der britischen konservativen Regierung „weltweise“ von sich. Obwohl Amerika schon grundsätzlich in seiner gesamten, bis heute im Gegensatz zu

45 B. Obama, in: Dpa: US-Präsident ganz reumütig. Obama verrät seinen „größten Fehler“. In: HNA Nachrichten, 26.08.2012.

46 Vgl. dazu ausführlich R. Benedikter: Eurozilla? Europe's Spectre in the U.S. Presidential Election Campaign, a.a.O.

47 A. Good: Mitt Romney: 'European socialist policies not right for US', a.a.O.

Europa unmittelbar lebendigen Zivilreligion weit stärker mit Geschichten und Mythen verbunden ist als das säkulare Europa, was geradezu den Kern seines Zukunftsgeistes ausmacht, gegenüber dem jede Vergangenheit und Gegenwart verblasst, öffnet diese Differenz in Gestalt der beiden jetzigen Kandidaten ein weiteres atlantisches Dilemma, das bei fortschreitendem Auseinanderdriften zu einem atlantischen Abgrund werden könnte.

## Zusammenfassung und Ausblick

Was bedeutet das für Europas eigenes Handeln, seine künftige atlantische Handlungsfähigkeit? Mitt Romney und Barack Obama: Beide Präsidentschaftskandidaten bieten unterschiedliche Optionen für Europa.

*Gegenüber Romney* kann Europa außen- und globalpolitisch punkten, indem es sein „Neues amerikanisches Jahrhundert“, und damit die globale Vorherrschaftsphantasie Amerikas über 2012 hinaus unterstützt; indem es also Romneys rückwärts-gewandten und kriegerischen Neo-Atlantizismus durch Kooperation bestärkt. Der Nachteil ist, dass Romney ein „harter“, möglicherweise kriegerischer und expansiver Präsident sein wird, der im Dienst der 1% reichsten Amerikaner das Land nach innen kolonialisiert, Europa äußerlich als Vasall hält und dabei Europa kulturell für das Gegenbild all dessen hält, was Amerika ist und werden soll. Das ist keine gute Ausgangslage für vertiefte, vertrauensvolle Kooperation auf der Grundlage gegenseitigen Verstehens.

*Gegenüber Obama* hat Europa den Vorteil, in verschiedenen innenpolitischen Reformagenden Vorbildwirkung zu entfalten und Anerkennung zu erhalten, indem es sein Know-How in Einzelfragen zur Verfügung stellt - vor allem in solchen Fragen, in denen es, wie zum Beispiel Klimatechnologie oder Ressourceneffizienz, den USA gut ein Jahrzehnt voraus ist. Zugleich ist Europa unter Obamas Kurswechsel des amerikanischen Schiffs vom Atlantik in den Pazifik zu strategischer, außen- und globalpolitischer Bedeutungslosigkeit innerhalb der Allianz verdammt. Obamas Indifferenz, ja geradezu systematische globalpolitische Brückierung und Demütigung Europas auch außerhalb des Wahlkampfes ist für die Zeit nach seiner möglichen Wiederwahl keine gute Ausgangslage. Da Obama in den ersten zwei Jahren seiner zweiten Amtszeit, also bis zu den „midterm elections“ im November 2014, wie jeder US-Präsident freie Handlungsbahn hat und in diesem kurzen Zeitraum alles erreichen muss, wofür er in die Geschichte eingehen und erinnert werden will, wird er radikalisiert aus einem möglichen Sieg hervorgehen und daher Europa noch weiter zugunsten innenpolitischen Reformen und pazifischer Konsolidierungen vernachlässigen.

Zusammenfassend bedeutet das:

Beide möglichen US-Präsidenten der Jahre 2013-2016 sind keine Freunde Europas. Europa scheint



gefangen zwischen der Skylla Obama und der Charybdis Romney - beides Optionen, die man, wenn auch aus verschiedenen Gründen und auf unterschiedliche Weisen, kaum als unbefriedigender bezeichnen kann. Und eine „Wetterbesserung“ scheint bis auf weiteres aufgrund des tiefgreifenden, nicht zuletzt persönlich gefärbten Anti-Europäismus *beider* Kandidaten nicht in Sicht.

„Es wird eine Wahl zwischen zwei verschiedenen Wegen für Amerika... nämlich eine Wahl zwischen zwei fundamental verschiedenen Visionen für die Zukunft“<sup>48</sup>, sagte Obama beim demokratischen Wahlkongreß am 6. September 2012. Das gilt zweifellos für Amerika, aber kaum für die Wirkung der Wahl auf Europa. Europa ist mit beiden potentiellen Präsidenten schlecht bedient.

Das einzige, was Europa heute tun kann, ist,

1. seine multiplen Krisen zu überwinden,
2. aus ihnen gestärkt und
3. - etwa im Rahmen des von Angela Merkel im Spätsommer 2012 in Betracht gezogenen neuen EU-Konvents zur Schaffung einer erstmals ernsthaften, umfassenden und operativ beweglichen politischen Union neben und in Einheit mit der anvisierten Fiskalunion - erneuert hervorzugehen.

Darauf aufbauend kann es dann

4. Amerika durch Stärke davon überzeugen, dass es sein unentbehrlicher Partner und seine weiterhin wichtigste global- und wirtschaftspolitische Stütze und Achse ist.

Dabei sind neo-chauvinistische Aussagen von Teilen der europäischen Eliten als Reaktion auf Europas Abwertung wie jene Robert Menasses, Europa sei heute der einzige selbstkritische Kontinent, ebenso unangebracht wie überzogenes Krisen- und Leidensbewusstsein, das ebenfalls um sich greift. Was stattdessen nötig ist, ist ein neuer Realismus in der Arbeit an den atlantischen Beziehungen. Alles andere wird Europas - zumindest relativen - Abstieg weniger global, wohl aber innerhalb der westlichen Allianz weiter beschleunigen. Unabhängig davon, ob der nächste US-Präsident nun Obama oder Romney heißt.

## Der Autor

Roland Benedikter ist Europäischer Stiftungsprofessor für Zeitanalyse, Politische Antizipation und Kontextuelle Politikanalyse an der Universität von Kalifornien in Santa Barbara und an der Stanford Universität, USA. Autorisierte Internetseiten: <http://europe.stanford.edu/people/rolandbenedikter/> und [http://en.wikipedia.org/wiki/Roland\\_Benedikter](http://en.wikipedia.org/wiki/Roland_Benedikter). Kontakt: [rben@stanford.edu](mailto:rben@stanford.edu).

48 B. Obama: Schicksalshafte Wahlen. In: ORF Teletext, 07.09.2012, S. 127.

# Berichte, Initiativen, Termine

## Hunderttausende demonstrieren für soziale Gerechtigkeit

In Deutschland gab es im September Massendemonstrationen für eine gerechtere Vermögensverteilung. Unter der Losung „Umfairteilen“ nahmen daran 40.000 Menschen teil. Große Kundgebungen gab es in Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Bochum Köln und Bremen, auch in anderen Städten wurde demonstriert. Zu den Aktionen hatte ein Bündnis von Zivilgesellschaft - Gewerkschaften, Sozialverbände, Atac u.a. - aufgerufen hatte. Die Demonstranten forderten eine Vermögensabgabe. 30 Jahre Neoliberalismus, so der Tenor vieler Reden auf den Kundgebungen, habe die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert.

Im New Yorker Central Park nahmen 60.000 Menschen an einem Rockkonzert teil, mit dem gegen weltweite Armut demonstriert werden sollte. Bekannte Rockbands leisteten dazu ihren Beitrag.

Gewaltige Massenproteste gegen den Sparkurs auf Kosten der sozial Schwachen fanden in Spanien, Portugal und Frankreich statt.

In Madrid protestierten die Menschen gegen die jüngsten Sparbeschlüsse der Regierung Rajoy. Deren Haushaltsentwurf für 2013 sieht Kürzungen in Höhe von 39 Milliarden EUR vor, man geht inzwischen davon aus, dass die Staatsverschuldung 2012 mit 85 % weit über den bisherigen Prognosen liegen wird. Dreimal innerhalb einer Woche zogen die Protestierenden unter der Losung „Rettet die Demokratie“ zum Parlament.

Am Rande der Demonstrationen kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen aufgebrachten Jugendlichen und der Polizei, die Schlagstöcke und Gummigeschosse einsetzte. Attac Deutschland protestierte bei spanischem Botschafter gegen Polizeigewalt in Madrid. Bei den Demonstrationen war ein führendes Mitglied von Attac Spanien verhaftet worden.

Auch in Lissabon gingen 10.000 auf die Straße, die Menge protestierte gegen „den Diebstahl an Löhnen und Renten“, Forderungen nach einem Generalstreik wurden laut.

Zur Großdemonstration in Paris hatte ein Bündnis aus 60 linken Gruppierungen - Parteien, Gewerkschaften und NGOs - aufgerufen. Die Beteiligung lag bei mehr als 50.000 Menschen. Die Demonstration fand kurz vor dem Beginn der Debatte über die Ratifizierung des EU-Fiskalpaktes in der Pariser Nationalversammlung statt.

## Alternativer Nobelpreis 2012

Der von Jakob von Uexküll gestiftete und seit 1980 vergebene Alternative Nobelpreis geht dieses Jahr an folgende Preisträger: an Sima Samar, eine afghanische Vorkämpferin für die Menschenrechte und die Rechte der Frauen, an den US Konfliktforscher Jean Sharp - er wird für die Entwicklung und Propagierung von Prinzipien und Strategien des gewaltlosen Widerstandes geehrt - und an die Campaign Against Arms Trade in Großbritannien, die die Ächtung des weltweiten Waffenhandels betreibt. Sie teilen sich ein Preisgeld von 150.000 Euro.

Einen Ehrenpreis erhält der 90-jährige Hayrettin Karaca, ein Pionier der Umweltbewegung in der Türkei.

## Bericht: Ausnahmestand in Karlsruhe

**Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. September zu Euro-Rettungsschirm (ESM) und Fiskalvertrag**

***Roman Huber (Mehr Demokratie e.V.)***

Mit dem schönen Doppeldecker-Omnibus fahren wir zum Gericht in Karlsruhe. „Menschen für Volksabstimmung“ steht in großen Lettern auf den Seitenwänden. 200 Meter vor dem Gericht geht es nicht weiter, wir müssen an der Schranke aussteigen und zu Fuß zum Gericht gehen. Omen?! Vor und im Gerichtssaal ist die internationale Presse versammelt, ein Rummel, wie es ihn noch nicht gab vor diesem Gericht. Wir mitten drin. Dann die Urteilsverkündung, über eine Stunde lesen die Richter weite Passagen aus dem 80-seitigen Dokument vor. Wohlgemerkt: Es ist nur eine Entscheidung über die einstweilige Anordnung. Eine Entscheidung in der Hauptsache folgt noch.

**Was wir nicht erreicht haben:**

1. ESM und Fiskalvertrag sind nicht verfassungswidrig.
2. Es wird keinen Volksentscheid über diese Verträge geben.

**Was wir erreicht haben:**

ESM und Fiskalvertrag können so nicht ratifiziert werden. Bundestag oder Bundesregierung müssen zwei Auflagen zu Protokoll geben, die wichtige Punkte gegenüber den anderen Mitgliedstaaten völkerrechtlich verbindlich klarstellen. Das gab es in der Geschichte des Verfassungsgerichts noch nie.

**Vorbehalt A**

Stammkapital von 190 Mrd. ist die absolute Haftungs-Obergrenze, sie darf auch nicht gerissen werden. Damit hat das Gericht drei wichtige Schlupflöcher gestopft, die wir moniert hatten. Wenn das Stammkapital erhöht werden soll, muss der Bundestag zustimmen.

**Vorbehalt B**

Kontroll- und Informationsrechte des Bundestags wurden gestärkt, es gilt nicht mehr die Unverletzlichkeit der Archive sowie die Immunität und Geheimhaltungspflicht der Bediensteten des ESM gegenüber dem Bundestag. Zudem wurde klargestellt, dass der ESM nicht bei der EZB Kredite aufnehmen darf, er bekommt also keine Banklizenz.

In der Hauptsache werden noch mindestens fünf weitere Punkte zur Sprache kommen, z.B. dass nicht nur der Finanzminister, sondern auch das deutsche ESM-Direktoriumsmitglied gegenüber dem Bundestag weisungsgebunden und rechenschaftspflichtig sein muss. Wir hoffen auch, dass sich das Gericht in der Hauptsache über die rote Linie äußern wird, ab der zwingend Volksentscheide über die weitere europäische Integration stattfinden müssen. Nach unserer Einschätzung stehen wir bereits mitten AUF dieser roten Linie.

Das Gericht hat aber auch klargestellt, dass es nicht ständig den Ausputzer spielen kann und hat den Ball weit zurück ins Feld der Politik geschlagen... „das BVerfG darf seine (politische) Einschätzung nicht anstelle des Gesetzgebers stellen“...

**Fazit**

Wir haben nicht erreicht, was wir wollten. Dennoch: die Klage hat sich gelohnt. Wir haben unser Thema in die Mitte der Gesellschaft gebracht. An der Demokratiefraage wird in Zukunft niemand mehr vorbeikommen.

**Der Blick in die Zukunft**

Der Kampf wird weitergehen. Er wird politisch geführt werden müssen. Auch das Gericht sagt: „Nur als demokratisch legitimierte Rechtsgemeinschaft hat

Europa eine Zukunft.“ Unsere Forderung nach Referenden und Volksentscheiden ist so wichtig wie nie zuvor. Wir wollen kein Europa der Finanzmärkte und Regierungen, wir wollen ein Europa der Parlamente und Bürger. Helfen Sie uns dabei. Wir werden dicke Bretter bohren müssen, das wird Jahre dauern. Das schaffen wir nur mit Ihrer Unterstützung. Werden Sie Mitglied bei uns!

Quelle: [www.mehr-demokratie.de](http://www.mehr-demokratie.de), 13.9.2012

## 25 Jahre für die Volksabstimmung unterwegs

*Omnibus für direkte Demokratie*

### Geburtsstagsfeier des Omnibus für direkte Demokratie am 8. September

Die Idee von Brigitte Krenkers, mit einer fahrenden Schule für die Volksabstimmung durch Deutschland zu reisen, hat vor 25 Jahren zur Gründung unseres Unternehmens OMNIBUS FÜR DIREKTE DEMOKRATIE geführt. Diese aufregenden, arbeitsreichen und mitunter auch schwierigen Jahre wurden und werden stetig von der Idee einer für alle Menschen sinnvollen Zukunftsgestaltung getragen. Das verleiht die Ausdauer, erzeugt den immer neuen Schwung und befeuert den nicht nachlassenden Willen.

Rund 80 Gäste waren nach Wiesbaden gekommen, Grußbotschaften per Post und Internet (auf youtube.de Suche: 25 Jahre Omnibus) haben uns erreicht und die MitarbeiterInnen von Schloß Freudenberg haben uns, wie schon so oft, aufmerksam, kreativ, formvollendet und liebevoll umsorgt. Alles in allem: es war ein schönes, warmes Fest des Innehaltens, des Krafttankens und auch der Selbstvergewisserung. Es wird dazu beitragen, unsere Basis für weitere 25 Jahre Arbeit an der Sozialen Plastik zu stärken und in jüngere Hände weiter zu reichen.

### Europa braucht mehr Demokratie - Verfassungsbeschwerde zu ESM und Fiskalvertrag

Am 12. September haben wir in Karlsruhe am Bundesverfassungsgericht unseren Prozessbevollmächtigten Roman Huber mit dem OMNIBUS vorgefahren. Viele werden dies ja auch in den „ZDF Tagesthemen“ gesehen haben. Die Klagen wurden im wesentlichen abgewiesen, aber dennoch: Auch wenn wir nicht mit unserer Hauptforderung einer Volksabstimmung bei so weit reichenden Souveränitätsabgaben erfolgreich waren, so hat unsere Klage dazu beigetragen, dass das Tor für eine unbegrenzte Haftung für alle Verbindlichkeiten im Euro-Raum

zunächst geschlossen wurde, und es muss eine Informationspflicht des Gouverneursrates im ESM an das Parlament eingeführt werden. Die ursprünglich als geheim geplanten Beschlüsse erhalten so eine Anbindung an die jetzt existierende demokratische Struktur. Das eigentliche Urteil wird in dieser Hinsicht gewiss noch präzisere Festschreibungen vornehmen.

Beruhigen darf diese Entscheidung letztlich niemanden. Die Arbeit, Souveränitätsrechte in Deutschland und Europa auszubauen und nicht weiter zu verlieren, muss mit unverminderter Zähigkeit, Kreativität und Ausdauer vorangetrieben werden. Die Finanzindustrie beherrscht mittlerweile umfassend die Wirtschaft und die Politik. Dieser Umstand greift so sinnverdrechend in die Welt ein, dass er am Ende alles zerstören wird. Mit der Volksabstimmung könnten wir uns die Gestaltungshoheit zurückholen und die Verantwortungslosigkeit stoppen. Wir könnten das Zerstörerische durch ein sinnvolles Ringen um die stimmigen, sach- und menschengemäßen Formen ersetzen.

## Erfolge in Hamburg und Schleswig-Holstein

### Hamburg: Transparenz braucht Vertrauen

Der Hamburger Senat hat die Forderungen des Bündnisses für ein Transparenzgesetz übernommen. „Künftig müssen Politik und Verwaltung Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet in einem Informationsregister zur Verfügung stellen. Aus dem Informationsrecht der Bürgerinnen und Bürger wird eine Informationspflicht für die Behörden.“

### Schleswig-Holstein: Bundesratsforderung

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat beschlossen, eine Gesetzesinitiative zur Einführung bundesweiter Volksabstimmungen in den Bundesrat einzubringen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik fordert ein Bundesland im Bundesrat die Einführung deutschlandweiter Volksabstimmungen.

Die verbesserten Regelungen für Bürgerbegehren wurden zunächst abgelehnt. Dennoch werden verbesserte Bürgerentscheidungsregelungen jetzt wohl auf dem Verhandlungswege erreicht. Selbst Abstimmungen über die Bauleitplanung scheinen in Teilen in Zukunft möglich zu werden.

Quelle: [www.omnibus.org](http://www.omnibus.org)

## Hessnatur will kritische Kunden verklagen

**C. Strawe**

1. Juni 2012 übernahm die Schweizer Private-Equity-Gesellschaft Capvis das Fairtrade-Unternehmen Hessnatur. Hessnatur gilt als der Pionier im Handel von Fairtrade- und Ökotextilien. Die Gründung von Hessnatur durch Heinz Hess im Jahr 1976 war zugleich von großer Bedeutung für die Entwicklung des ökologischen und fairen Baumwollanbaus. Menschen, die bei Hessnatur kaufen, tun dies ganz bewusst, um ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften zu unterstützen. Viele fürchteten jedoch durch Übernahme des Unternehmens durch die Schweizer Investmentgesellschaft Capvis, mit einem Einkauf bei Hessnatur in Zukunft den genau entgegengesetzten Zweck zu finanzieren. Einige boykottieren seither das Unternehmen, nachdem Versuche, die Firma in genossenschaftliches Eigentum zu überführen, nicht zum Erfolg geführt hatten.

Jetzt soll Anwalts-Riese Allen & Overy Stimmen über finanzielle Verbindung zwischen Capvis und Rüstungsindustrie zum Schweigen bringen. Capvis hat unsere Dreigliederungsfreunde Johannes Mosmann und Andreas Schurack, die sich in der Auseinandersetzung um Hessnatur besonders engagiert haben, verklagt. Die beiden haben dringend gebeten, an der Herstellung einer breiten Öffentlichkeit mitzuwirken und entsprechende Informationen zu verbreiten.

### Presseerklärung der Kundeninitiative „Wir sind die Konsumenten“

Die neuen Eigentümer der Hess Natur-Textilien GmbH haben Allen & Overy LLP beauftragt, gegen die Initiatoren der Kundeninitiative wir-sind-die-konsumenten.de juristisch vorzugehen. Allen & Overy ist eine der größten Anwaltskanzleien der Welt, und vertritt mit ihren 2.700 Anwälten vorrangig große Konzerne, Finanzinstitutionen und Regierungen. Den beiden Initiatoren des Webportals wird vorgeworfen, eine finanzielle Verbindung zwischen Capvis und Militär bzw. Rüstungsindustrie, behauptet sowie zum Boykott aufgerufen zu haben und deshalb für Gewinnrückgänge bei Hessnatur verantwortlich zu sein. Der Gegenstandswert der Auseinandersetzung wird mit 200.000 Euro beziffert. Die Kanzlei bietet Andreas Schurack und Johannes Mosmann jedoch einen Nachlass bei den Schadensersatzforderungen an, sollten sie unterschreiben, folgendes nicht mehr zu behaupten: die Zahlungen der Hessnatur-Kunden gingen in die Rüstungsindustrie; die Anteilseignerin Capvis der Hess Natur-Textilien GmbH sei in die Rüstung verstrickt; das australische Militär vermehre sein Geld über jeden Einkauf bei der Hess Natur-Textilien GmbH.

Andreas Schurack und Johannes Mosmann (Institut für soziale Dreigliederung, Berlin, Anm. d. Red.) haben die Unterlassungserklärung nicht unterzeichnet, sondern die Kanzlei Barkhoff & Partner beauftragt,

ihre Interessen zu vertreten. In einem offenen Brief nimmt Johannes Mosmann Stellung zu den Vorwürfen. Darin heißt es: „Beide Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage. Weder habe ich zu einem Boykott aufgerufen, noch habe ich über das Verhältnis zwischen Capvis und Rüstung, oder Capvis und dem australischen Militär die Unwahrheit gesagt.“

Als Private-Equity-Fonds verwaltet Capvis die Gelder anderer Gesellschaften, die auf diese Weise anonym bleiben und einer finanziellen Haftung aus dem Weg gehen wollen, wie Wikipedia erklärt. Es ist daher nicht bekannt, wessen Gelder Capvis mit Hilfe der Hessnatur-Gewinne bzw. durch den Weiterverkauf nach Beendigung der „Laufzeit“ von Hessnatur vermehrt. Jedoch belegen die Jahresberichte von HarbourVest, einer großen amerikanischen Investmentgesellschaft, dass HarbourVest in Capvis investiert. HarbourVest verwaltet allerdings ihrerseits wiederum das Kapital anderer Gesellschaften. Einer der Investoren von HarbourVest ist [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>1</sup>, wie der aktuelle Jahresbericht des Verteidigungsministeriums belegt. Außerdem investiert HarbourVest in Avio [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>2</sup>. Wie man es also auch drehen und wenden mag - faktisch profitiert von jedem Euro, den die Kunden über Hessnatur an Capvis zahlen, auch HarbourVest, und damit [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>3</sup>. (Vorausgesetzt natürlich, Capvis sagt die Wahrheit, wenn sie behauptet, der Eigentümer von Hessnatur zu sein.)

Viele langjährige Kunden des Ökopioniers stellten in den vergangenen Wochen ihre Einkäufe bei Hessnatur ein. Sie zeigten sich entsetzt über die Übernahme, und warfen Capvis Intransparenz, mangelnde Kundeninformation und einen „Ausverkauf der Werte“ vor. Die Mehrheit will das Fair-Trade-Unternehmen nach wie vor gerne in den Händen der Genossenschaft hnGeno sehen. Andreas Schurack und Johannes Mosmann hatten das Webportal wir-sind-die-konsumenten.de eingerichtet, um den Kunden ein Forum zu geben und die Kundenmeinungen an Hessnatur weiterzuleiten. Es ist mehr als fragwürdig, ob dieser aggressive Schritt des Investors gegen die beiden Kunden nun tatsächlich den Namen von Hessnatur verteidigt oder ob er ihn nicht eher ruiniert.

Quelle: <http://wir-sind-die-konsumenten.de/presse/hessnatur-verklagt-kunden.html>

1 Aufgrund einer durch die Hess Natur-Textilien GmbH erwirkten einstweiligen Verfügung müssen die beiden Genannten bei Androhung von Bußgeldern Stellen entfernen, die den Inhalt der einstweiligen Verfügung betreffen. Johannes Mosmann und Andreas Schurack haben ihren Anwalt beauftragt, Widerspruch gegen diese Verfügung zu erheben.

2 Vgl. Anm. 1

3 Vgl. Anm. 1

## Stellungnahme von Johannes Mosmann und Andreas Schurack

Eine offene Antwort auf den Versuch der Capvis Equity Partners AG, meine Aussagen über eine Verbindung zur 4XXXXX mit Hilfe der Anwaltskanzlei Allen & Overy zu verhindern.

Sehr geehrte Eigentümer von Hessnatur, sehr geehrtes Capvis-Management, sehr geehrter Herr Marc Sommer,

Hiermit nehme ich, Johannes Mosmann, als Betreiber der Webseite wir-sind-die-konsumenten.de Stellung zum Schreiben der Anwaltskanzlei Allen & Overy vom 18. September. Ich spreche dabei auch für Andreas Schurack. In ihrem Schreiben unterstellen die neuen Eigentümer von Hessnatur uns einen Boykottaufruf, bezichtigen uns einer Lüge und fordern uns zur Unterlassung angeblicher falscher Aussagen auf.

Ich möchte Ihnen im Vorfeld dieser Auseinandersetzung dringend empfehlen, zu prüfen, ob der Name Capvis, den Sie jetzt in den Mittelpunkt einer gerichtlichen Auseinandersetzung um den Wahrheitsgehalt einer Aussage zur Rüstungsindustrie stellen möchten, damit tatsächlich verteidigt wird. Dasselbe gilt natürlich um so mehr für den Namen Hessnatur. Ich schreibe Ihnen das, um Ihnen zu zeigen, dass ich an irgendwelchen Strategien zum Schaden von Marc Sommer und Capvis gar nicht interessiert bin. Mir geht es ausschließlich um den Erhalt der Marke Hessnatur.

Ich habe deshalb häufig darauf hingewiesen, inwiefern die Eigentümer durch ihr Vorgehen Hessnatur und sich selbst Schaden zufügen könnten. Ich habe festgestellt, dass die neuen Eigentümer keine Beziehung zu dem sozialen Umfeld haben, in das sie jetzt investieren möchten, und daher falsch einschätzen, wie ihre vermeintlichen vertrauensbildenden Maßnahmen auf die Kunden und damit auf den Namen Hessnatur wirken. Capvis und ihr „Generalbevollmächtigter“ Marc Sommer hatten also jederzeit die Gelegenheit, die Kunden ernst zu nehmen, und davon abzusehen, sich selber Schaden zuzufügen. Und so ist es auch jetzt. Ich möchte mich zwar nicht gerade bei Ihnen für diese Offerte bedanken, aber doch darauf hinweisen, dass wir uns missverstehen, wenn Sie jetzt nicht etwas gründlicher erfassen, wie Ihre Kritiker eigentlich denken und handeln.

Ich werde die Unterlassungserklärung nicht unterzeichnen, und ich werde auch die Honorarkosten Ihrer Anwaltskanzlei, die sie freundlicherweise angehängt hat, nicht bezahlen. Vielmehr werde ich jetzt die Vorbereitungen für eine gerichtliche Auseinandersetzung treffen. Denn beide Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage. Weder habe ich zu einem Boykott aufgerufen, noch habe ich über das Verhältnis zwischen Capvis und Rüstung, oder

4 Siehe Anmerkung 1

Capvis und dem australischen Militär die Unwahrheit gesagt. Ich werde mich bemühen, Ihnen das hiermit kurz zu begründen. Die Zusammenhänge sind jedoch komplizierter, so dass sie vielleicht tatsächlich erst durch eine Schadensersatzforderung, beziehungsweise durch eine einstweilige Verfügung Ihrerseits, den Raum erhalten können, den sie verdienen.

1. Es hat nie einen Boykottaufruf gegeben. Einzelne Hessnatur-Kunden, mittlerweile mehrere Tausend, boykottieren Hessnatur. Viele von Ihnen berichten darüber auf dem Webportal [wir-sind-die-konsumenten.de](http://wir-sind-die-konsumenten.de). Dieses Portal haben Andreas Schurack und ich errichtet, lange bevor Capvis und Marc Sommer Hessnatur gekauft haben. Es sollte gerade nicht ein Aufruf gestartet, sondern den Kunden die Möglichkeit gegeben werden, zu einer damals erst drohenden Übernahme durch einen Private-Equity-Fonds Stellung zu nehmen. Der von Ihnen beanstandete Satz „Wir kaufen erst wieder, wenn die Arbeiter und Kunden, die sich zur Genossenschaft hnGeno zusammengeschlossen haben, hessnatur weiterführen dürfen!“ bringt zum Ausdruck, was Tausende Kunden selbst geäußert haben. Und er bringt in gleicher Weise die Meinung von Andreas Schurack und mir zum Ausdruck. Wir werden definitiv erst wieder bei Hessnatur kaufen, sollte die Genossenschaft der fähigen und langjährigen Mitarbeiter das Unternehmen übernehmen, die als einzige die Absicht und die Erfahrung hat, Hessnatur über die Laufzeit des „Capvis Fonds III“ hinaus weiterzuführen. Diese Meinung über die Verwendung meines eigenen Geldbeutels werde ich stets und überall vertreten, und ich werde weiterhin bekannt machen, dass mittlerweile etliche Tausend Kunden exakt dasselbe geäußert haben.

Sofern der Eindruck einer einheitlichen „Botschaft“ entstand, war diese übrigens zunächst eine positive: die meisten Kunden wollten bei der Genossenschaft hnGeno kaufen, sollte diese Hessnatur in dem damals gerade laufenden Bieterverfahren erwerben können. Die Kunden trauten der Genossenschaft nämlich am ehesten zu, die Marke Hessnatur zu erhalten, die Mitarbeiter langfristig zu beschäftigen und die gewohnte Qualität der Produkte zu liefern. Einem reinen Finanzinvestor dagegen standen sie sehr skeptisch gegenüber, wie Sie den einzelnen Standpunkten entnehmen können. Als dann zur Überraschung aller ausgerechnet Capvis den Zuschlag bekam, führte die so geäußerte Treue der Kunden logischerweise zu einem faktischen Boykott von Capvis, und damit auch von Hessnatur selber. Ein öffentlicher Boykottaufruf ist aber bisher noch nicht erfolgt, weder von uns, noch von Seiten einer NGO. Falls ein Boykottaufruf jedoch unvermeidbar werden sollte, würde ich ihn kompromisslos als mein Recht der freien Meinungsäußerung verteidigen.

Sowohl Capvis als auch Marc Sommer waren die oben skizzierten Konsumentenstandpunkte bereits bekannt, bevor sie Hessnatur kauften. Es lag also allein in ihrer Verantwortung, Schaden von diesem Unternehmen abzuwenden, das offensichtlich über eine ganz besondere Kundenbindung verfügt. Der

Investor Carlyle, der ein Hundertfaches des Finanzvolumens von Capvis verwaltet, hat tatsächlich verantwortlicher gehandelt als Capvis und aufgrund der Kundenmeinungen von einer Kaufabsicht wieder Abstand genommen.

Angesichts eines Kundenstamms von 1 Million dürften die Entscheidungen der knapp 3.500 Kunden, die sich auf [wir-sind-die-konsumenten.de](http://wir-sind-die-konsumenten.de) eingetragen haben, nicht alleine für die Gewinnrückgänge bei Hessnatur verantwortlich sein. Offenbar sind die Meinungen dieser 3.500 Kunden aber repräsentativ für die Haltung weiter Teile der Kundschaft. Marc Sommer behauptet jedoch in einer von ihm selbst verfassten Pressemitteilung, dass die Kundenmeinungen insgesamt überhaupt keine Rolle spielen. Ich zitiere: „Capvis und das hessnatur-Management begrüßten den Tenor im Unternehmen, dass sich die Mitarbeiterschaft mehr Ruhe und keine weiteren Störfeuer mehr von außen wünsche, wie u.a. von ‚wir-sind-die-konsumenten.de‘ - insbesondere von angeblichen hessnatur-Kunden, die noch nie bei hessnatur eingekauft hätten. „Weniger als 0,1 Prozent der Kunden haben sich in den vergangenen Wochen aus der Kundendatei streichen lassen“, stellte Marc Sommer fest. Trotz öffentlicher Diskussion im Internet würden sich die hessnatur-Kunden nicht so leicht erschüttern lassen und nach wie vor „dem Unternehmen und der besonderen Markenphilosophie die Treue halten.“ Der von Ihnen mit 200.000 Euro bezifferte Streitwert kann also nur wahr sein, wenn die Pressemitteilung von Marc Sommer unwahr ist. Darüber müsste im Vorfeld einer Klage diskutiert werden. Sie werden, sollte es zu einem Verfahren kommen, darzulegen haben, wie Sie auf diesen Streitwert kommen.

2. Ich habe niemals und nirgendwo die Unwahrheit gesagt in Bezug auf die Verbindung zwischen Capvis und der Rüstungsindustrie. Capvis erklärt im Rundbrief „Capvis-Standpunkt 4/08“, der mir vorliegt, dass HarbourVest einer Ihrer größten Investoren ist. Und die Jahresberichte von HarbourVest bestätigen, dass HarbourVest in Capvis investiert. Bei HarbourVest handelt es sich aber, wie bei Capvis, ebenfalls um eine Private-Equity-Gesellschaft. HarbourVest verwaltet also selbst nur das Geld anderer Leute. Und einer der Investoren von HarbourVest ist das australische Militär. Der aktuelle Jahresbericht des Pensionsfonds des Verteidigungsministeriums, aus dem hervorgeht, dass Gelder in HarbourVest angelegt werden, liegt mir ebenfalls vor. Außerdem verfüge ich über eine Aufstellung des Portfolios von HarbourVest, wonach HarbourVest ihrerseits in Avio, einen italienischen Rüstungsproduzenten, investiert.

Das heißt: [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>5</sup>. Das, und nichts anderes habe ich in meinen Texten behauptet. Ich behauptete, dass [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>6</sup>. Dabei habe ich dem Leser stets den Grund für diese Behauptung und die Quellen

5 Vgl. Anm. 1

6 Vgl. Anm. 1

genannt, anhand derer er diesen Zusammenhang selbst nachvollziehen kann.

Wenn ich zu etwas aufgerufen habe, so habe ich gerufen: Schaut bitte hin, denkt bitte gründlich darüber nach, wie denn eines Tages eine menschenwürdige Wirtschaft möglich sein kann? Das Thema Militär und Rüstung steht deshalb, wie ich immer wieder betonte, gar nicht im Zentrum meiner Bemühungen. Meine Frage ist: Kann der Kunde überhaupt für ein solidarisches und ökologisches Wirtschaften wirken, wenn die Hessnatur-Mitarbeiter nicht über die Verwendung der Gewinne entscheiden und wenn die Mittelverwendung sogar im Dunkeln liegt? Selbstverantwortlichkeit der arbeitenden Menschen und Transparenz der Kapitalströme sind meines Erachtens die Voraussetzungen für eine bewusste und faire Gestaltung unserer ökonomischen Beziehungen.

Diese Meinung teile ich mit vielen Hessnatur-Kunden. Es ist für sie undenkbar, dass sie mit ihren Zahlungen einen Gewinn erwirtschaften, der nicht wieder in faire und ökologische Wirtschaft zurückfließt, sondern einer neuen Bestimmung ganz außerhalb dieser Zusammenhänge zugeführt wird - einer Bestimmung, die prinzipiell im Dunkeln liegt. Die allermeisten Eintragungen auf [wir-sind-die-konsumenten.de](http://wir-sind-die-konsumenten.de) kritisieren deshalb auch nicht eine Verbindung zum Militär, sondern grundsätzlich die Tatsache einer Übernahme eines Fair-Trade-Unternehmens durch einen Private-Equity-Fonds. Offensichtlich stellen viele Hessnatur-Kunden einen Zusammenhang zwischen Transparenz und Fairness her. Sie möchten wissen, wo genau ihr Geld letztendlich ankommt, und was damit finanziert wird. Ich habe Capvis deshalb unmissverständlich darauf hingewiesen, dass es nichts helfen wird, die Namen der übrigen Investoren zu verheimlichen, weil genau diese Heimlichtuerei der Hauptgrund dafür ist, dass die Kunden sich abwenden.

Was denken Sie, welchen Eindruck das auf die an Umwelt und fairem Handel interessierten Kunden macht, dass ausgerechnet die Verbindung zu HarbourVest die einzige ist, die überhaupt bekannt wurde? Und was denken Sie, wird geschehen, wenn es Ihren Anwälten tatsächlich gelingen sollte, meine Aussagen über die Verbindung zu [wegen einer einstweiligen Verfügung entfernte Textstelle]<sup>7</sup> wieder verschwinden zu machen?

Ich meine, was ich sage: das Recht ist nicht käuflich. Und die Wahrheit ist auch nicht käuflich. Falls Sie etwas richtig zu stellen haben, spreche ich gerne mit Ihnen darüber, aber nicht hinter verschlossenen Türen, und schon gar nicht im Austausch gegen einen Nachlass bei einer Schadensersatzforderung. Denn wie Sie meinen Texten entnehmen können, kritisiere ich den Ausverkauf des Rechts am Industriekapital Deutschlands an Investoren wie Capvis gerade deshalb, weil ich unbedingt an einen Rechtsstaat glaube, und diese Fragen deshalb im Rahmen rechtsstaatlicher Prozesse, und gerade nicht unter dem Tisch, verhandelt wissen will. Im Interesse dieser

<sup>7</sup> Siehe Anm. 1

Frage muss und wird es daher auch unbedingt der Öffentlichkeit bekannt werden, sobald der neue Eigentümer von Hessnatur gegen kritische Verbraucher vorgeht und durch Schadensersatzforderungen oder eine einstweilige Verfügung eine Verbindung zur Rüstungsindustrie unsichtbar machen will.

Sie bezichtigen mich der Lüge, angeblich im Interesse der Wahrheit. Ich will Sie trotzdem gerne beim Wort nehmen, und bin deshalb bereit, gemeinsam mit ihnen herauszufinden, was die Wahrheit ist. Wenn Sie möchten, dürfen Sie deshalb jederzeit sowohl auf [wir-sind-die-konsumenten.de](http://wir-sind-die-konsumenten.de), als auch auf [www.dreigliederung.de](http://www.dreigliederung.de) eine Gegenmeinung veröffentlichen. Es sollen nicht nur die Meinungen der Kunden, sondern auch die der neuen Eigentümer sichtbar werden und ins Gespräch kommen. Ich geniere mich dabei auch nicht, wenn ich persönlich angegriffen werde. Freuen würde ich mich natürlich, wenn Sie bei dieser Gelegenheit dann einfach selbst bekannt geben könnten, wohin genau die Zahlungen der Hessnatur-Kunden seit dem 01. Juni 2012 fließen. Mir ist nämlich an der Wahrheit gelegen. Aus genau diesem Grund kann ich aber unmöglich behaupten, ich habe gelogen, denn das wäre die Unwahrheit. Ich gehe davon aus, dass Sie mit dieser Antwort gerechnet haben.

<http://wir-sind-die-konsumenten.de/presse/stellungnahme-schurack-mosmann.html>. Kontakt: Johannes Mosmann, Institut für soziale Dreigliederung, Liegnitzer Straße 15, 10999 Berlin, Tel.: 030 - 26305202, [johannes.mosmann@dreigliederung.org](mailto:johannes.mosmann@dreigliederung.org), <http://www.dreigliederung.de>

## Aktionsaufruf: Der Lärm der leeren Töpfe

### Lautstarker Protest gegen Nahrungsmittelspekulation

Über 900 Millionen Menschen hungern. Diese Situation wird verschärft durch die preistreibende Spekulation mit Nahrungsmitteln. Die europäischen Regierungen beraten im Herbst über eine Regulierung der Preiswetten auf Nahrungsmittel und können dann dem Geschäft mit dem Hunger einen Riegel vorschieben. Sie müssen nur wollen, und genau deshalb müssen wir aktiv werden!

### Cacerolazo am 14. Oktober in Berlin: Macht Lärm gegen Hungerprofite!

In Kanada und Chile konnten wir ihn 2012 bereits bei den Studentenprotesten hören: den Lärm der leeren Töpfe. Cacerolazos (von cacerola = Topf) sind ein lautes Zeichen für Empörung. Gleichzeitig sind leere Töpfe aber ein Symbol für Armut und besonders für Hunger. Von den buchstäblich leeren Töpfen sind in Deutschland nur wenige Menschen betroffen. Im Süden Europas sieht das seit der Euro-

Krise bereits anders aus. Weltweit sind allerdings Schätzungen zufolge 925 Millionen Menschen von Hunger betroffen. Der steigende Trend zu Nahrungsmittelspekulation verschärft diese Situation. Banken und Fonds wetten auf die Entwicklung von Nahrungsmittelpreisen und treiben sie immer wieder in die Höhe.

### **Diese Geschäfte mit dem Hunger müssen aufhören!**

Am Sonntag vor dem Welternährungstag werden wir gegen die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln protestieren. Im Bündnis mit neun entwicklungspolitischen Organisationen und Campact machen wir unsere Solidarität mit den 925 Millionen Hungernden mit dem Lärm von 925 leeren Töpfen laut hörbar und fordern die Bundesregierung auf, sich für eine europaweite Regulierung der Agrarrohstoffmärkte einzusetzen.

**Unsere Forderungen:** Stopp der preistreibenden Spekulation mit Agrarrohstoffen (u.a. durch Positionslimits und das Verbot von Publikumsfonds sowie den Ausschluss institutioneller Investoren) | Wirksame Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde, die auch präventiv eingreifen soll. | Transparenz über die börslichen und außerbörslichen Rohstoff-Geschäfte.

Unterstützt unsere Forderungen und verschafft ihnen Gehör! Kommt am **14. Oktober nach Berlin!** Wir starten um 11 Uhr vor dem Brandenburger Tor und enden mit größtmöglichem Lärm vor dem Kanzleramt. Packt Töpfe und Kochlöffel ein und bringt Freunde und Freundinnen mit! Verbreitet den Aufruf!

Das Bündnis gegen Nahrungsmittelspekulation (Attac, Campact, Oxfam, WEED, medico international, Welthungerhilfe, Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, terre des hommes, Misereor, Südwind, katholische ArbeitnehmerInnenbewegung. Quelle: [www.attac.de](http://www.attac.de)

## **Studienkreis zum „Nationalökonomischen Kurs“ in Wuppertal**

**Stefan Padberg**

Die Termine 2012: 24.9., 22.10., 12.11., 26.11., 10.12., jeweils um 20.00 Uhr bis 21.30 Uhr in der Rudolf-Steiner-Schule Wuppertal, Schluchtstr. 21, 42285 Wuppertal.

Rudolf Steiner hielt den sogenannten „Nationalökonomischen Kurs“ 1922 auf Bitten von Studierenden der Nationalökonomie (was man heute in etwa mit „Volkswirtschaftslehre“ bezeichnen würde). Er entwickelte in ihm ungewohnte Gesichtspunkte zur Betrachtung der Weltwirtschaft. Diese Vorträge sind gerade angesichts der andauernden weltweiten Wirtschafts- und Finanzprobleme von bitterer Aktualität.

Weitere Interessenten sind herzlich eingeladen. Besondere Vorkenntnisse werden nicht vorausgesetzt. Ein offenes Herz und ein wacher Verstand reichen völlig aus. Außerdem ergänzen sich in einem Studienkreis erfahrungsgemäß die Fragen, Erfahrungen und Kenntnisse der verschiedenen Teilnehmer. Es ist allerdings nicht verkehrt, wenn man das Buch vorher - zumindest teilweise - gelesen hat. Den Vortrag, den wir beim nächsten Treff bearbeiten wollen, bitte vorher lesen.

Für den 24.9. haben wir uns den 1. Vortrag vorgenommen. Interessenten melden sich bitte bei: Stefan Padberg, Borner Str. 18, 42349 Wuppertal, Telefon: 0202 - 554356, Mobil: 0173 - 9219845, E-Mail: [futur3@stefan-padberg.de](mailto:futur3@stefan-padberg.de)

## **Ausbildung Sozialökonomie**

### **an der Akademie Vaihingen**

Der Blick ins Lexikon erklärt uns, dass die Aufgabe der Wirtschaft die planvolle Deckung des menschlichen Bedarfs ist. Der Blick in die Welt zeigt uns ein anderes Bild: Im Jahr 2008 gab es 140 Mio. mehr hungernde Menschen auf der Welt als 1990, dem gegenüber stehen Überproduktion und übermäßiger Reichtum. Auch mit den naturzerstörenden Auswirkungen unseres Handelns sind wir täglich konfrontiert. Seit Jahrzehnten leben wir in diesem Bewusstsein und mit diesen Widersprüchen. Die Frage ist, können und wollen wir etwas verändern?

7 Kurseinheiten, jeweils Donnerstag 10 - 21:30 Uhr, Freitag 09 - 12:30 Uhr, auch einzeln belegbar. Kursleitung: Christine Blanke, Basel/Schweiz

13. - 14. September 2012 (Kurs 1): Kulturgeschichte als Bewusstseinsgeschichte mit Roland Halfen, Stuttgart und Dornach/Schweiz. 25. - 26. Oktober 2012 (Kurs 2): Wirtschaften im Spannungsfeld von Organisation und Gestaltung mit Stephan Eisenhut, Frankfurt am Main. 24. - 25. Januar 2013 (Kurs 3): Macht Wirtschaft Sinn? mit Paul Mackay, Dornach/Schweiz. 14. - 15. März 2013 (Kurs 4): Führung, Verantwortung, Geistesgegenwart, mit Hilmar Dahlem, Hannover. 18. - 19. April 2013 (Kurs 5): Nachhaltigkeit im Unternehmen, mit Lothar Bracht, Karlsruhe und Stephan Andrae, Nürnberg. 06. - 07. Juni 2013 (Kurs 6): Sich vertragen mit Verträgen - Die Kunst des Rechts mit RA Ingo Krampen, Bochum. 04. - 05. Juli 2013 (Kurs 7): Wie kommt das Neue in die Welt, mit Christine Blanke, Basel/Schweiz und Hanjo Achatzi, Gauting. Jeweils mit Exkursionen am Freitag nachmittag.

Weitere Informationen und Anmeldung: [http://www.akademie-vaihingen.de/fuehrung\\_\\_\\_unternehmen/sozialoekonomie/](http://www.akademie-vaihingen.de/fuehrung___unternehmen/sozialoekonomie/)



## Weltkongress zum Grundeinkommen

Ergebnisse und Ausblick des  
14. BIEN-Kongresses

*Ronald Blaschke*

Vom 14. bis zum 16.09. 2012 fand in Ottobrunn der 14. Internationale BIEN (Basic Income Earth Network)-Kongress mit über 150 ReferentInnen aus 29 Ländern und mit insgesamt 450 TeilnehmerInnen statt. Das Thema des Kongresses lautete: „Wege zum Grundeinkommen“.

Die Grundeinkommensbewegung wird breiter - aber auch die Themen, die im Zusammenhang mit dem Grundeinkommen diskutiert werden. Beispielsweise findet der Zusammenhang zwischen dem Grundeinkommen und der notwendigen Senkung des Naturressourcenverbrauchs oder Genderaspekte des Grundeinkommens immer mehr Aufmerksamkeit. Insbesondere wurde die Grundeinkommensbewegung mit den Fragen der ökonomischen Krise durch die VertreterInnen aus den anderen EU-Ländern konfrontiert. In diesen Diskussionen spielt das Grundeinkommen als ein Lösungsansatz eine zentrale Rolle.

Die Debatte über Wege zum Grundeinkommen wird immer vielfältiger, denn die vorgeschlagenen Ansätze orientieren sich stärker an den jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Situationen - der Weg zum Grundeinkommen in den Ländern Afrikas oder in Asien wird ein anderer sein, als in Europa. Diese differenziertere Sicht bringt uns in der Umsetzung weiter. Das zeigen die vielfältigen Grundeinkommensprojekte in verschiedenen Ländern der Welt, die auf dem Kongress vorgestellt wurden.

Bemerkenswert für den Kongress war, dass WissenschaftlerInnen und AktivistInnen der Grundeinkommensbewegung enger zusammenarbeiten. Dadurch wird der Diskurs zum Grundeinkommen differenzierter, Argumente werden durch wissenschaftliche Erkenntnisse untermauert. Aber auch aus der Praxis heraus werden neue Fragen für den wissenschaftlichen Diskurs aufgeworfen.

Auch für Deutschland wird das Grundeinkommen mit der Debatte um die Bewältigung der Krise immer wichtiger. Mit den Erkenntnissen des Kongresses werden wir das Thema Grundeinkommen gemeinsam mit PartnerInnen aus den anderen sozialen Bewegungen auf die politische Agenda setzen. Keine politische Partei wird mehr an dem Thema Grundeinkommen vorbeikommen. Das Netzwerk Grundeinkommen wird unter anderem die Parteivorsitzenden zu einem Dialog über die Wege zum Grundeinkommen einladen. Mit der Aktion „Grundeinkommen ist wählbar“ werden wir allen KandidatInnen für den Bundestag die Möglichkeit geben, sich zum Grundeinkommen zu positionieren.

Weitere Informationen [www.grundeinkommen.de](http://www.grundeinkommen.de) und [www.bien2012.de](http://www.bien2012.de). Quelle: Pressemitteilung von Roland Blaschke für das Netzwerk Grundeinkommen vom 16. September 2012.

## Literatur- hinweise

### Vier Bücher zum Grundeinkommen

Vor interessiertem Publikum haben die Herausgeber und einige der beteiligten Autoren (Götz Werner, Ronald Blaschke, Karl Reitter und Wolfgang Strengmann-Kuhn vor Beginn des BIEN-Kongresses vier neue Bücher zum Grundeinkommen vorgestellt:

Werner, Götz W.; Eichhorn, Wolfgang; Friedrich, Lothar (Hrsg.): **Das Grundeinkommen. Würdigung - Wertungen - Wege**. Karlsruher Verlag KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2012. ISBN 978-3-86644-873-5.

Der Sammelband umfasst 25 Beiträge renommierter Wissenschaftler aus verschiedenen Fachbereichen sowie einen Essay des Künstlers Johannes Stüttgen. Die Beiträge befassen sich mit dem Problem der Verbesserung der Wohlfahrt der Gesellschaft und ihrer Glieder. Der zentrale Begriff in diesem Zusammenhang ist der des Grundeinkommens, der je nach qualitativem bzw. quantitativem Inhalt die volle oder eine teilweise Lösung von Problemen ermöglicht wie: Armut, Wahrung der Würde und wachsende Ungleichheit der Einkommensverteilung. Und noch eine epochale Innovation kann so erreicht werden: Die Arbeitsmärkte der Gegenwart, die allesamt Zerrbilder eines freien Austauschs von Angebot an und Nachfrage nach Arbeit im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft sind, können innerhalb eines neuen Ordnungsrahmens freie, gut funktionierende Märkte werden. Liegt das Grundeinkommen über der Armutsgrenze, können die arbeitnehmende und die arbeitgebende Seite auf gleicher Augenhöhe frei verhandeln, und Neinsagen ist wie auf jedem freien Markt möglich. Den Band kann man auch kostenlos herunterladen unter: <http://digbib.ubka.uni-karlsruhe.de/volltexte/1000028770>

Reitter, Karl: **Bedingungsloses Grundeinkommen: Intro**. Mandelbaum Verlag, Wien 2012. ISBN 978-3-85476-609-4.

Karl Reitter zeichnet die internationale Geschichte der Grundeinkommensdebatte nach. Die unterschiedlichen Zugänge zur Forderung nach einem Grundeinkommen werden dargestellt. Es wird auch der Kritik des Grundeinkommens ausreichend Platz eingeräumt. Der Autor verknüpft in seiner Begründung die Forderung nach dem Grundeinkommen mit der Analyse der aktuellen Krisen und gesellschaftlichen Umbrüche. Das Grundeinkommen erweist sich vor diesem Hintergrund als wesentliche Bedingung, die kapitalistische Gesellschaft zugunsten eines

solidarischen Gemeinwesens zu überschreiten. Ein kommentiertes Literaturverzeichnis, ein Überblick über bisherige Versuche, das Grundeinkommen ansatzweise zu realisieren, sowie Informationen über Netzwerke und Organisationen, die für das Grundeinkommen eintreten, komplettieren das Buch.

*Jacobi, Dirk; Strengmann-Kuhn, Wolfgang; Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): **Wege zum Grundeinkommen.** Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2012. ISBN 978-3-927995-02-4.*

Die Diskussion um das Grundeinkommen wird sowohl international als auch in Deutschland sehr intensiv geführt. Dabei ist auffällig, dass die weit überwiegende Zahl der Beiträge, die sich mit dem Vorschlag des Grundeinkommens beschäftigen, sich im Kern um zwei Fragen drehen. Zum einen um die Frage, ob ein Grundeinkommen gerecht ist oder nicht. Zum anderen um die Frage, welche Folgen die Einführung eines Grundeinkommens vermutlich zeitigt und ob diese wünschenswert sind oder nicht. Spätestens jedoch, wenn man zu der Schlussfolgerung gekommen ist, dass ein Grundeinkommen grundsätzlich wünschenswert ist, stellt sich die Frage, welche Wege zur Umsetzung eines Grundeinkommens gegangen werden können und welche davon Erfolg versprechend erscheinen. Im Vergleich zu der normativen Diskussion um das Grundeinkommen, die schon länger sehr ausführlich geführt wird, steht jene um Wege zum Grundeinkommen noch am Anfang. Der vorliegende Band soll diese Debatte gerade in Deutschland weiter beleben und weiter führen und fokussiert auf die Frage nach den gangbaren, realistischen und praktikablen Wegen, die zu einem Grundeinkommen führen können. Die Broschüre liegt in gedruckter Form vor. Sie kann in der Geschäftsstelle kostenlos abgeholt oder per E-Mail ([lazova@bildungswerk-boell.de](mailto:lazova@bildungswerk-boell.de)) bestellt werden.

*Blaschke, Ronald; Otto, Adeline; Schepers, Norbert (Hrsg.): **Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung.** VSA-Verlag in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2012. ISBN 978-3-89965-543-8.*

Nach einer Begriffsklärung wird im ersten Teil des Buches ausführlich auf die Entwicklung der europäischen Grundeinkommensbewegung eingegangen. Die Unterscheidung zwischen marktliberalen und emanzipatorischen Grundeinkommensansätzen bildet dabei einen Schwerpunkt. Im zweiten Teil des Buches wird der Zusammenhang zwischen dem Grundeinkommen und der aktuellen Krise in Europa diskutiert. Es wird ein detaillierter Überblick über die Akteure der französischen Grundeinkommensdebatte und über ein Forschungsprojekt in Finnland gegeben. Diskutiert werden die Beschlüsse über Grundeinkommen und Mindesteinkommen im Europäischen Parlament, die Entstehung und Entwicklung der Europäischen Bürgerinitiativen Grundeinkommen. Ein informativer Beitrag über notwendige Höhen von Transfers zur Existenz- und Teilhabesicherung und eine vergleichende Beschreibung aktueller Grundsicherungs- und Grundeinkommensansätze bzw. Grundeinkommensmodelle in Deutschland schließen das Buch ab.

## Helmut Creutz: Das Geldsyndrom 2012 Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung

Das Buch galt lange schon als Klassiker der zinskritischen freiwirtschaftlich orientierten Alternativökonomie. In diesem Jahr nun ist es im Wissenschaftsverlag Aachen neu aufgelegt worden. Helmut Creutz ist Jahrgang 1923, ein Wirtschaftspraktiker, der unermüdlich in Schrift und Rede für seine Auffassungen tätig war und ist und insofern als ein Pionier der Geldreformbewegung gelten kann, der viele Aktivisten dieser Bewegung mitgeprägt hat. Zur Intention des Werkes und besonders der Neuauflage schreibt der Autor, den unsere Leser auch aus Artikeln in diesem Heft kennen, im Vorwort:

„Dieses Buch ist kein Druckwerk das die Flut der Veröffentlichungen zu den aktuellen Krisenentwicklungen im Bereich der Banken und Finanzmärkte erweitern soll. Bereits 1993 erschienen und hier in der vierten aktualisierten Fassung vorliegend, ist es vielmehr ein Standardwerk, das die Entwicklungen im Wirtschafts- und Geldbereich seit Beginn unserer Wirtschaftsepoche kritisch begleitet und darlegt, warum und wodurch es zu den heutigen Problementwicklungen kommen konnte und sogar - aufgrund einprogrammierter Fehlstrukturen in unserem Geldsystem und einfacher mathematischer Gesetzmäßigkeiten- sogar kommen musste!

Schon vor dreißig Jahren wurde ich durch eine Zeitschrift angeregt, mich mit diesen Zusammenhängen zwischen Geld und Gesellschaft, Währung und Wirtschaft zu befassen. Anfangs skeptisch und sogar bemüht, den Briefschreiber zu widerlegen, entdeckte ich jedoch immer neue Widersprüche und Unstimmigkeiten, die mich anregten, den Entwicklungen in unserer Wirtschaft einmal genauer nachzugehen und sie bis heute kritisch zu begleiten. Denn es ist erschreckend, in welchem Maße die Fehlstrukturen im Geldbereich nicht nur unser Wirtschaften und damit unser Leben beeinflussen und belasten, sondern sogar unser Überleben zunehmend gefährden!

Belegt mit mehr als 60 Grafiken, halten Sie das Ergebnis dieser Analysen nun in Ihren Händen. Daraus geht nicht nur die Eigendynamik dieses „Geld-Syndroms“ hervor, sondern auch die Erkenntnis, dass sich, ohne eine Korrektur der Fehler in unserem monetären System, die gleiche Entwicklung auch nach einem Zusammenbruch und Neuanfang wiederholen muss!“

Das Werks enthält die folgenden Kapitel:

1. Einführung. Teil I: Begriffe und Funktionen rund ums Geld. 2. Kapitel: Klärung der geldbezogenen Begriffe und Vorgänge. 3. Geld und Guthaben. Geldumlauf - Geldkreislauf. 5. Geschäftsbanken, Notenbanken, Nichtbanken.

Teil II: Der Zins und andere Fehlstrukturen. 7. Kapitel: Die Wirkungen von Zins und Zinseszins. 8. Der Zins als Umverteiler. 9. Inflation und Deflation. 10. Das Problem der Geldhortung. 11. Das Dilemma der Geldmengensteuerung und des Geldumlaufs. 12. Geldschöpfung und Versorgung durch die Notenbank. 13. Die „Geldschöpfung“ durch die Geschäftsbanken. 14. Überentwicklung der Geldvermögen. 15. Die Überentwicklung der Schulden. 16. Staatsverschuldungen. 18. Die Überentwicklung der Spekulationen.

Teil IV: Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen. 19. Geld und Gerechtigkeit - die sozialen Folgen. 20. Geld, Wachstum, Umwelt - die Ökologischen Folgen. 21. Die Ursachen unseres Wachstumszwangs. 22. Geld und Krise: Die ökonomischen Folgen. 23. Krisenerscheinungen in den Planwirtschaften. 24. Das Problem der Arbeitslosigkeit. 25. Arbeitslosigkeit bei sinkenden Zinsen und die Rolle des Staates. 26. Marktwirtschaft - Kapitalismus - Globalisierung. 27. Geld, Krieg und Kapitalvernichtung. 28. Der Krieg gegen die Dritte Welt und gegen uns selbst.

Teil V. Überwindung der Fehlstrukturen. Wege zu einer krisenfreien Wirtschaft. 29. Von den Symptomen zu den Korrekturen. 30. Die Auswirkungen der Korrekturen. 31. Diverse Gedanken und Einwände zur Geldreform. 32. Tauschringe, Regionalwährungen und andere Alternativen. Es folgt dann noch eine anschließende Zusammenfassung.

„Außenseiter wie Helmut Creutz haben seit langem auf Denkfehler der gängigen Volkswirtschaftslehre hingewiesen. - Solange diese nicht angegangen werden, ist auch keine nachhaltige Lösung der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zu erwarten.“ (Prof. Dr. Christian Kreiß, Hochschule Aalen)

## Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit

**Arbeitstreffen für Dreigliederungs-Netzwerker, Samstag, 8. Dezember 2012, Stuttgart**

Ort: Freie Hochschule, Gebäude Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, 11 bis 18 Uhr

Auch dieses Jahr soll ein Treffen zum Jahresende Möglichkeiten bieten zum Austausch über die Zeitlage, unsere Arbeitserfahrungen und die Aufgaben, die wir uns für die Zukunft vornehmen. Eingeladen sind alle Interessierten, die sich mit der Initiative Netzwerk Dreigliederung verbunden fühlen.

Bitte anmelden unter [netzwerk@sozialimpulse.de](mailto:netzwerk@sozialimpulse.de)

# Leserpost<sup>1</sup>

## Zum Artikel „Verantwortung, Haftung, Schicksal“

in der Ausgabe „Sozialimpulse“ Nr. 2/Juni

**Sven Lauritzen, Mannheim**

Mit sehr herzlichem Dank habe ich Ihre Ausgabe Nr. 2/Juni 2012 erhalten und habe zugleich dabei mit großer Aufmerksamkeit Ihre Zusammenfassung eines Vortrags Ihres Kollegen Udo Herrmannstarter gelesen - da wurde ich jetzt besonders wieder an den Inhalt eines Vortrags von Herrn Dr. Kranich erinnert, den er anlässlich eines Bundeselternrates (BERT) der FWS in D. in den 80iger Jahren in der Freien Waldorfschule Mönchengladbach/NRW gehalten hatte, lang ist's her. Herr Dr. Kranich befasste sich in seinen damaligen Ausführungen besonders mit der Situation von Verhaltenweisen von Gemeinschaften, die sich zu einer bestimmten Aufgabe gebildet hatten, wie z.B. zu dem Elternrat einer FWS, wo es nicht allein darum gehen kann, wie man bei bestimmten gemeinsamen anstehenden tätigen Aufgaben miteinander oder untereinander oder füreinander umgeht, sondern eben auch wie man wegeneinander miteinander umgeht. Er versuchte darauf hinzuweisen: Wenn man nicht immer wieder regelmäßig dieses Wegeneinander in der Gemeinschaft hinterfragt, kann es sehr schnell zu einem Gegeneinander kommen und davor behüte uns der gnädige Gott. Lediglich zwei Buchstaben können da entscheidend sein. Wenn ich um der Verantwortung willen, die ich in einer Gemeinschaft eingegangen bin, mir nicht regelmäßig mit den anderen Freunden/Eltern dieses Wegeneinander bewusst mache, kann es eben zu einem Knatsch kommen und der ist ungut, unbefriedigend, wirkt zerstörend in der Gemeinschaft, dem fraglichen Elternrat der FWS, macht die lieben Seelen kaputt, zerreißt sie. Diese Vorbedingung ist wirklich in signifikanter Weise von Nöten, damit man kontinuierlich seine gestellten Aufgaben auch einlösen kann bzw. über die Lebensrunden bringt - das ist auch in einer Ehe relevant zu beachten. Wenn man sich das Wegeneinander regelmäßig gemeinsam zu Gemüte führt, kann man auch mit Freude gemeinsam Verantwortung, Haftung und Schicksal miteinander tragen.

Das, wie gesagt, kam mir wieder in Erinnerung beim Lesen Ihrer Zusammenfassung des besagten Vortrags von Herrn Herrmannstarter- nochmals herzlich Dank.

<sup>1</sup> Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.



# Sozialentwicklung

## Seminare/Studienkurs 2012/2013

**26. - 28. Oktober 2012,  
Rudolf Steiner-Haus, Frankfurt a.M.:**  
**Vertiefungsseminar „Von der Philosophie der  
Freiheit zum Nationalökonomischen Kurs“**

### **Wertschöpfung: Verständnis und praktische Konsequenzen**

**Freitag, 26. Oktober 2012**

19.00: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Von der Philosophie der Freiheit zum  
Nationalökonomischen Kurs  
(Vortrag Udo Herrmannstorfer, Aussprache)

**Samstag, 27. Oktober 2012**

9.30 - 11.00: Wertbildende Bewe-  
gungen und wertbildende Spannungen  
- Was ist wirklich „wertvoll“? (Vortrag Dr.  
Michael Ross, Aussprache)

15.00 - 16.30: Wertschöpfungsrechnung  
(doppelte Buchführung, Sozialbilanzen etc.)  
(Vortrag Christian Czesla und Aussprache)

17.00 - 18.30: Übungen mit Christian  
Czesla zum Vortragsthema

20.00: Wirtschaftliche Gesamtrechnung  
und Gemeinwohlökonomie (Vortrag Prof.  
Dr. Harald Spehl, Plenumsgespräch)

**Sonntag, 28. Oktober 2012**

Forum: Praktische Konsequenzen. Wie  
kann Wirtschaft allen dienen? (Gerechte  
Preisbildung, Kooperation, Pull- statt Push-  
Ökonomie) (Einleitung Christoph Strawe)

11.30: Gesprächsarbeit, Abschlussgespräch

#### **Teilnahmegebühr**

EUR 175,- + EUR 25,- für die  
Gemeinschaftsverpflegung

**3. - 9. Februar 2013, Unterlengenhardt:**

### **Arbeitswoche Soziale Dreigliederung als Weg zum Verständnis und zur Gestaltung sozialer Prozesse**

**9. - 12. Mai 2013,  
Freie Hochschule Stuttgart:**

### **Intensivseminar Grundlagen und Praxis der Selbstverwaltung in Schulen und anderen Einrichtungen**

**9. - 11. November 2013, Frankfurt a.M.:**

### **Vertiefungsseminar Thema noch offen**

### **Forschungskolloquia**

zur Zukunft des öffentlichen  
Sektors und der sozialen Sicherung -  
Termine noch offen

### **Weitere Info/Anmeldung:**

Institut für soziale Gegegenwartsfragen  
Libanonstr. 3  
D-70184 Stuttgart  
Tel. +49(0)711 - 2368950  
institut@sozialimpulse.de  
www.sozialimpulse.de  
www.sozialimpulse.de/studienangebot.html